Bayerischer Journalisten-Verband e.V.

BJV report

Ausgabe 1/2024

Medienpolitik und die Europawahl

Der BJV will sich strukturell verändern

Erster Volotag des Verbands im April

Zu Besuch beim Zeitungspförtner

www.bjv.de / www.djv.de

Das Hakeln ums Geld

Gewerkschaft, Tarif, Streik – heute und morgen

BJV wissen

Seminare von Februar bis April

Foto: SWR/Patricia Neligan

Gegen Falschinformationen – für mehr Nachrichtenkompetenz!

Journalismus macht Schule zeigt Journalist*innen, wie sie praktisches Medienwissen vermitteln können

Online-Gesprächsrunde mit Jörg Sadrozinski

Donnerstag, 29. Februar, 11-12:30 Uhr

Kostenlos

Foto: Gild

Mini-Stories

mit wenigen Worten eine ganze Geschichte schreiben

Webinar mit Anja Gild

Mittwoch, 06. März, 09-13 Uhr

Nur noch wenige Plätze frei!

Foto: Heike Rost

„The KI and I“

Künstliche Intelligenz für den journalistischen Alltag

Webinar mit Barbara Weidmann

Montag, 15. April, 9-13 Uhr

Ausgebucht
Warteliste für neue Termine: service@bjv.de

BJV macht schlau!

Weitere Infos unter bjv.de/seminare
Anmeldung unter service@bjv.de

Die Seminare des Bildungs- und Sozialwerks des BJV (BSW) sind für BJV-Mitglieder um 50 Prozent reduziert. Überschüsse aus den Seminargebühren kommen in Not geratenen Journalistinnen und Journalisten zugute. Auch Spenden sind willkommen: bjv.de/bsw

Michaela Schneider
Leitende Redakteurin
Foto: Günter Schneider

Wirksamkeit

Im Jahr 1908 kommt es im Weimarer Reichstag zum Streit zwischen Parlamentariern und den akkreditierten Journalisten. Letztere legen geschlossen die Arbeit nieder, landauf landab fehlt in den Zeitungen jede Parlamentsberichterstattung. Die Abgeordneten wollen ohne Presse nicht debattieren; Reichskanzler Bernhard von Bülow weigert sich, ohne nationale und internationale Presse zu den Abgeordneten zu sprechen. Erst nach fünf Tagen ist der Streit mit den Parlamentariern beigelegt und der Reichstag kehrt in den Normalbetrieb zurück. Warum der Protest funktionierte? Weil die Journalisten damals geschlossen die Arbeit niederlegten. Und, zugegeben, die Zeit war eine andere. Blende ins Jahr 2024. Wenn heute Journalist*innen in den Streik treten, bekommt die breite Öffentlichkeit davon kaum etwas mit – und das hat viele Gründe. Wir hinterfragen in unserer Titelstrecke, was es braucht, um dem Tarifsystem und Begriffen wie Solidarität wieder zu mehr Geltung zu verhelfen. Wir schauen über die Landesgrenzen und machen uns auf die Suche nach kreativen Arbeitskampf-Formen. Wir fanden Argumente, die auch in Zukunft für ein gewerkschaftliches Engagement sprechen könnten. Und wir schauen auf die aktuellen Tarifverhandlungen beim *Bayerischen Rundfunk*.
Ab Seite 16

Im Juni stehen die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament an – und in den Parteiprogrammen geht es auch um medienpolitische Themen. Deshalb konfrontierten wir die Parteien mit einem Fragenkatalog. **Ab Seite 7**

Beim Verlag Nürnberger Presse, aber auch bei der Mediengruppe Oberfranken rumort es gewaltig – und der *BJVreport* begann zu recherchieren. **Ab Seite 24**

Unser Titelbild

Benedikt Siegert
Foto: Ralf Lienert

Tarifverhandlungen sind eine zähe Angelegenheit. Es ist ein Ziehen und Ringen, ein Geben und Nehmen. Gelegentlich geht es ganz schön hart zur Sache. Und im Idealfall zieht am Ende keine Seite die andere komplett über den Tisch, sondern beide treffen sich – zum Kompromiss bereit – in der Mitte mit einem Handschlag. Denn letztlich sitzen im Medienhaus alle am gleichen Tisch und wollen vor allem eins: guten Journalismus – heute und in Zukunft. Unser Cover-Fotograf Benedikt Siegert, stellvertretender Redaktionsleiter Füssen bei der *Allgäuer Zeitung*, überlegte, wie sich das Thema bildlich umsetzen ließe und kam aufs bayerische Fingerhakeln. Nach dem Jura-Studium in München und Augsburg hatte der gebürtige Ostallgäuer bei dem Zeitungsverlag in Kempten ein Bildvolontariat absolviert. In seiner Freizeit wie im Beruf fotografiert der Text- und Bildjournalist, Jahrgang 1994, leidenschaftlich. Beim Wettbewerb Pressefoto Bayern 2023 belegte er in der Kategorie Kultur den ersten Platz.

Kaleidoskop

4 Medienköpfe
5 Social Media auf Papier

Verband

6 Überwachung, SLAPPS und „Fake News“
*Die Arbeitsbedingungen von Journalist*innen in Europa*
7 Drei Fragen an neun Parteien vor der Europawahl 2024

Titel

10 Schlägt bald die „goldene Gewerkschaftsstunde“?
Ein Blick auf den Solidaritätsgedanken, das Tarifsystem und Streiks heute
13 Vom Ende der Friedenspflicht zum neuen Tarifvertrag
14 Zwischen Streiken und Liken
Arbeitskampf kreativ: Best-Practice-Beispiele aus Europa
16 Einfach mal keine Schlagzeile liefern
Gewerkschaftliches Engagement macht sich auf Gehaltszettel bemerkbar
18 Schlechte Stimmung zum Geburtstag beim *BR*
Die Mitarbeitenden wollen mehr Geld, der Sender muss sparen
19 „10,5 Prozent bei Laufzeit von zwölf Monaten“
Die Tarifverhandlungen beim BR *laufen seit 25. Januar*
20 Pressestellen

23 Impressum

Medien-Szene

24 Das Mädchen für alles
Über den Tellerrand: Zu Besuch beim Pförtner in Augsburg
25 Leserbrief
26 Neue Konzernstruktur verunsichert
Bei der Mediengruppe Oberfranken wird um einen Sozialplan verhandelt
27 Drastische Veränderungen
Gedrückte Stimmung beim Verlag Nürnberger Presse

Verband

29 Demos als Mutmacher
Auf ein Wort mit der BJV-Schriftführerin Anne Webert
30 Aus dem Verbandsleben
33 Es geht darum, als Verband flexibler zu werden
Angedacht sind neue Strukturen und mehr Projektarbeit
34 Lost in Nahost
Officestory: Christian Limpert leitet das ARD*-Auslandsstudio in Tel Aviv*
36 Stipendiatin mit der Lizenz zum „Ausfragen“
DJS-Schülerin Lea Hruschka erhält ein Jahr lang BJV-Förderung
37 In der Stadtgesellschaft angekommen
Mutmacherin: Alexandra Haderlein und ihre Relevanzreporter
38 Der BJV-Newcomer: Malte Krasting
39 Die Medienprofis von morgen
Im April steigt in München das erste Volo-Camp des BJV
40 Endlich mehr Freiheit für Medien in Europa
BJV-Gruppe verfolgt die Debatte um den Media Freedom Act

Service

41 Unsere Tipps
42 Selbstständige Mitarbeit nur zum Schein
Rechtstipp: Pressefreiheit gilt als Indiz für Abgrenzung

Zur Person

43 Jubilare
44 Nachrufe

Sagen Sie mal...

45 „Das ist ein Riesenschritt für mehr Sichtbarkeit“
Mirjam Kottmann präsentiert als erste im deutschen Fernsehen die Nachrichten im Rollstuhl.

Foto: Oliver Clausen

Daniel Cremer (*@dcremer_*) ist seinen Job bei der *Bild* los. Er war mit Unterbrechungen 22 Jahre bei Springers Boulevardblatt und seit 2018 Leiter der Bayern-Redaktion sowie Mitglied der Chefredaktion. Die Freistellung erfolgte, weil die *Bild* zehn ihrer 15 Regionalbüros schließen will, weshalb es die Funktion der Redaktionsleiter so „nicht mehr geben" werde. Die regionalen Ausgaben werden vom Deutschland-Desk in Berlin gesteuert.

Daniel Funke und Burda haben sich zum 1. Februar getrennt. Der 42-jährige Journalist und Ehemann des *CDU*-Politikers Jens Spahn verlässt das Unternehmen „auf eigenen Wunsch". Er kam 2009 zum Peoplemagazin *Bunte*, für das er zehn Jahre als Büroleiter aus Berlin arbeitete. Seit 2019 leitete er das Hauptstadtbüro des Burda-Verlags. Seine dortige Position wird „bis auf Weiteres" nicht nachbesetzt. Das bestehende Team übernimmt alle Aufgaben.

Foto: Raimar von Wienskowski

Eva-Maria Bauch ist seit Jahresbeginn alleinverantwortlich als Geschäftsführerin der Mediengruppe Oberfranken (u.a. *Fränkischer Tag*). Sie folgt auf **Walter Schweinsberg**, mit dem sie sich die Geschäftsführung seit Juli 2023 teilte und der nun in den Ruhestand gegangen ist. Zuvor arbeitete die gebürtige Oberbayerin unter anderem für Axel Springer und die Bauer Media Group.

Oliver Stock (*@Oli_Stock*), seit 2020 bei Weimer Media als Herausgeber (*Markt und Mittelstand*) und Chefredakteur (*WirtschaftsKurier, The European*) im Einsatz, ist jetzt (nicht mehr nur übergangsweise) auch Chefredakteur und Herausgeber von *Business Punk*. Der bisherige Chefredakteur, Alexander Langer, hat den früheren G+J-Titel verlassen. Neu im Punk-Team sind: Ex-GQ-Chef **Tom Junkersdorf** als Head of Creative and Lifestyle, **Thorsten Giersch** als Head of Audio. Der ehemalige *Stern*-Redakteur **Matthias Lauerer** ist CvD.

Foto: Peter Jülich

Rückkehr zu alter Wirkungsstätte: **Thomas Kaspar** (*@bibliothomas*), Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau* (*FR*), ist zurück bei Ippen Digital in München, wo er bis zu seinem Wechsel 2019 nach Frankfurt bereits Produktchef war und unter anderem Chefredakteur von *merkur.de*. Sein Abgang steht im Zusammenhang mit Warnstreiks und Kündigungen bei der zur Ippen.Media-Gruppe gehörenden *FR*. Mitarbeitende streikten für bessere Arbeitsbedingungen und einen Tarifvertrag. Erst kürzlich zur *FR* gewechselten Kolleg*innen wurde gekündigt. Kaspar bedauerte öffentlich, dass er diese „Eskalation" nicht verhindern konnte. Bei Ippen Digital soll der 55-Jährige jetzt „zentrale Projekte vorantreiben".

Christian Strohmeier, Geschäftsführer von *egoFM*, hat das Münchner Privatradio im Guten verlassen. Als Grund seines Ausscheidens führt er den im Sommer 2023 begonnen Sparkurs an. Mehrheitsgesellschafter Konrad Schwingenstein hat die Geschäftsführung übernommen und führt *egoFM* gemeinsam mit Programmchef Manfred Schreiber. Strohmeier hat sich als Nachhaltigkeitsmanager selbstständig gemacht.

Foto: Aljoscha Kostomlatsky

Ralf Zinnow, seit 2013 Chefredakteur bei *Antenne Bayern*, ist zum Programmdirektor befördert worden. Der gebürtige Erlanger, Jahrgang 1966, folgt auf Daniel Lutz, der bei *Klassik Radio* in Augsburg eine neue Aufgabe gefunden hat. Zinnows Führungsteam wird ab 1. Juli komplettiert von Entertainment-Chef **Gerrit Kohr** in der neu geschaffenen Position des Creative Directors sowie von **Benni Kostal**, aktuell Programmdirektor bei *Antenne Niedersachsen*, der Kohrs Nachfolger wird. Von *Gong 96.3* München wechselt am 1. Mai **Nick Lisson** zu *Antenne Bayern* als Head of Infotainment. Im April kommt *FFH*-Musikchef **Matthias Weber** in gleicher Position nach Bayern.

Foto: Flo Hagena

Martin Weiss (56) musste im Januar seinen Vorstandsposten bei Burda überraschend räumen. Der ehemalige Unternehmensberater soll mit dem ehemaligen Journalisten und Vorstandskollegen Philipp Welte aneinandergeraten sein, was die Kernaufgaben von Zeitschriftenverlagen betrifft. Unter Weiss' Ägide brachte Burda ein komplett KI-generiertes Nudel-Rezeptheft heraus, was ihm intern den Spitznamen „Die Nudel" einbrachte. Die Führungsaufgaben von Weiss teilt sich der verbleibende Vorstand um Philipp Welte, Marc Al-Hames, Katharina Herrmann und Holger Eckstein untereinander auf.

Dagmar Biller wird zum 1. Mai Chefin einer neuen Doku-Einheit beim *Bayerischen Rundfunk*. Alle bisherigen redaktionellen Kräfte und finanziellen Ressourcen sollen unter ihrer Leitung in der „Redaktion Dokumentationen" zusammengefasst werden. Biller ist derzeit Geschäftsführerin der Produktionsfirma Tangram.

Christian Weiß hat die Leitung der Docutainment-Redaktion bei *RTLzwei* quittiert, um sich „neuen Herausforderungen" zu stellen. Er verantwortete Doku-Formate wie „Hartes Deutschland" und das Motormagazin „Grip". Nachbesetzen will der Sender die Stelle nicht.

Foto: *ARD*, Bene Müller

Tabea Werner (37), zuletzt Sprecherin des Frauensenders *Sixx*, hat einen neuen Job in der *ARD*-Programmdirektion. Sie leitet das Team Multiplikatoren- und Presse-Kommunikation.

Johann Oberauer, Salzburger Verleger (*Medium Magazin*), hat den Medienfachtitel *Meedia* von der insolventen BG Germany GmbH erworben. Mit der Übernahme wechselt auch das Redaktionsteam mit Chefredakteur **Gregory Lipinski** zum neuen Verlag. Die Einnahmen aus dem Verkauf sichern laut Torsten Glatz, Geschäftsführer der BG Germany, die langfristige Fortführung der in München produzierten Fachzeitschriften *Blickpunkt Film*, *Musikwoche*, *Digital Production* und *Games Markt*.

Roland Muschel (*@RMuschel*), zuletzt Baden-Württemberg-Korrespondent der *Südwestpresse*, verstärkt jetzt das Stuttgarter Büro der *Süddeutschen Zeitung*, das seit dem 11. Januar den wöchentlichen Newsletter „Im Südwesten" aussendet.

Senta Krasser

Was Non-Profit-Journalismus leisten kann

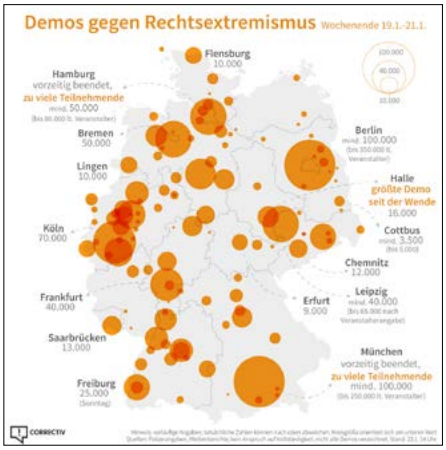
Mehr Rechtssicherheit für gemeinnützige Projekte täte auch der Demokratie gut

Von Thomas Mrazek

In unserer *BJVreport*-Serie „Mutmacher*innen“ stellen wir bayerische Journalist*innen vor, die ihr eigenes Ding machen. Alle zehn bisher vorgestellten Projekte existieren noch. Einem ging im November aber fast die Luft aus: Bei *torial* können freie Kolleg*innen kostenlos und werbefrei ihr journalistisches Portfolio präsentieren; derzeit nutzen 6000 dieses Angebot. Doch die Finanzierung wackelt: „Die Schwingenstein Stiftung gGmbH, die *torial* gebaut und seit 2014 finanziert hat, kann die Trägerschaft leider nicht weiter finanzieren“, teilte Gründer Marcus von Jordan mit. Drei Tage vor Weihnachten konnte er entwarnen: „Glücklicherweise hat das alles zu allerhand lauten Unmutsbekundungen geführt, die auch das Ohr eines sehr großzügigen Spenders erreicht haben, der uns nun erstmal mit 50000 Euro geholfen hat.“ Zugleich wies er darauf hin, dass sein Projekt immer noch einen neuen Träger und eine nachhaltige Finanzierung braucht.

+++ Keine Selbstausbeutung!

Schließen musste zum Jahresende das Online-Magazin *karla*. Einige Kolleg*innen wollten damit einen neuen Lokaljournalismus in Konstanz etablieren: „multimedial, partizipativ & gemeinwohlorientiert“. Aber die geplante Finanzierung für 2024 durch Stiftungen ergab sich einfach nicht. Obwohl das Magazin 900 zahlende Abonnent*innen hatte, blieben die Gründer*innen konsequent: „Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir kein Selbstausbeutungsprojekt sein werden.“ Die bittere Erkenntnis lautet: „Unabhängiger Lokaljournalismus mit Zukunftsperspektive wird unter dem wirtschaftlichen Druck und ohne engagierte Stiftungen immer unmöglicher.“ Ich habe *karla* von Anfang an beobachtet, ein wenig finanziell unterstützt und auch empfohlen, weil die Kolleg*innen beim Aufbau ihres Start-ups viel richtig gemacht haben: Sie berichteten transparent über ihr Vorhaben, sie bezogen Bürger*innen ein, sie zahlten faire Löhne, sie berichteten sehr solide und ausführlich – aber es sollte einfach nicht sein. Ralf Heimann (unter anderem Mitgründer des Online-Magazins *RUMS*, Münster) spricht in der Medienschau Altpapier



Journalismus wirkt: Demos gegen Rechtsextremismus vom 19.1. bis 21.1.

Illustration: Sebastian Haupt, *Correctiv*

von der „Ironie der Lokalgeschichte“. „Traurig, enttäuscht, wütend“, titelt Josef-Otto Freudenreich in der *Kontext:Wochenzeitung*. Das Scheitern sei ein Warnsignal für den Non-Profit-Journalismus.

bjv.de/mutmacherinnen
torial.com
karla-konstanz.de
bjvlink.de/ironie
bjvlink.de/traurig

+++ Gemeinnütziger Journalismus wirkt!

„Wir schaffen Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus“, steht im Koalitionsvertrag der Bundesregierung geschrieben. Anne Webert, Mitglied des geschäftsführenden BJV-Vorstands und stellvertretende DJV-Bundesvorsitzende, weist im *journalist* 1+2/2024 nochmals eindringlich auf dieses bis dato nicht erfüllte Versprechen aus der Politik hin. Von über 20000 Stiftungen in Deutschland, die unsere Gesellschaft unterstützen und die Demokratie stärken, helfen laut Webert „nur knapp zwei Handvoll“ dem Journalismus: „Die anerkannte Gemeinnützigkeit ist Förderbedingung der meisten Stiftungssatzungen.“

Die Kolleg*innen der Redaktion von *Correctiv* haben in den letzten Jahren schon vieles ausprobieren können. Seit ihrem Start 2013 haben wir auch immer wieder über gemeinsame Rechercheprojekte bayerischer Medien mit der gemeinnützigen Plattform berichtet. Mit der im Januar veröffentlichten Recherche „Geheimplan gegen Deutschland“ über die Pläne von Rechtsextremisten, zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland, gelang den Kolleg*innen ihr bisher größter Erfolg. Hundertausende Menschen demonstrierten nach der Veröffentlichung gegen die Rechtsextremisten. Der dieser Tage mit dem „Bert-Donnepp-Preis – Deutscher Preis für Medienpublizistik“ ausgezeichnete Quoted Medienpodcast der *Süddeutschen Zeitung* (betrieben von der Kommunikationswissenschaftlerin Nadia Zaboura und *SZ*-Autor Nils Minkmar) nahm dies für eine weitere Podcast-Folge zum Anlass: „Aufstehen gegen rechts: Braune Gefahr und Rolle der Medien.“ Die *Correctiv*-Recherche belegte, was (gemeinnütziger) Journalismus für die Demokratie leisten kann. Aber auch die Konsequenzen sollte man erwähnen: „Eine Woche nach Veröffentlichung der *Correctiv*-Recherche über das geheime Treffen von hochrangigen AfD-Politikern, Neonazis und privaten Unterstützern nehmen Hasskommentare und auch Drohungen gegen einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von *Correctiv* zu“, teilen die Kolleg*innen mit.

Für Kolleg*innen, die sich für den gemeinnützigen Journalismus interessieren, gibt es eine gute Nachricht: im Frühjahr soll die vom Vocer Institut für digitale Resilienz betriebene Plattform *NPJ.news* starten, NPJ steht für Nonprofit Journalismus. Das Portal soll „die Vernetzung befördern und wesentlich zur strukturellen Stärkung der journalistischen Praxis beitragen“. Es fließen Fördermittel des Bundes. Mit der zügigen Schaffung von Rechtssicherheit für den gemeinnützigen Journalismus wäre einigen Kolleg*innen aber noch viel besser gedient.

forum-gemeinnuetziger-journalismus.de
bjvlink.de/geheimplan
bjvlink.de/quoted
bjvlink.de/konsequenzen
npj.news

Überwachung, SLAPPS und „Fake News“

Zwei Expertinnen blicken auf die Arbeitsbedingungen für Journalist*innen in Europa

Von Johannes Michel

Können Journalist*innen in der Europäischen Union nach wie vor ohne Hindernisse arbeiten? Was hat sich verändert? Das wollten wir von zwei Expertinnen wissen: von Andrea Roth, die sich neben ihrer Position als stellvertretende BJV-Vorsitzende zudem als Vorsitzende der DJV-Kommission Europa, in der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF) sowie als Mitglied im Steering Commitee und in der ExpertInnen-Gruppe Arbeitsrechte (LAREG) engagiert. Und von EJF-Direktorin Renate Schroeder.

Andrea Roth
Foto: Thomas Geiger

Renate Schroeder
Foto: Roland Jalkh

*Ist Europa noch der sicherste Kontinent für Journalist*innen und die Medienfreiheit?*
Andrea Roth: Die Lage der Journalist*innen hat sich in Europa verschlechtert – auch wenn die EU immer noch als sicherer und freier gilt als andere Regionen oder Kontinente. Dennoch haben Übergriffe auf Journalist*innen stark zugenommen. Das Portal „Mapping Media Freedom“ verzeichnet allein für das erste Halbjahr 2023 über 300 Verletzungen der Medienfreiheit, ob physisch, online oder durch SLAPPS (strategische Klagen). Auch Überwachung und Spionage sowie die Verbreitung von „Fake News“ sind wachsende Anforderungen für Medien und Gesetzgebung. Zudem steht in mehreren europäischen Ländern der öffentliche Rundfunk unter Druck und riskiert den Verlust von Pressefreiheit. Die Kontrolle und der Einfluss von Regierung und Parteien auf öffentlich-rechtliche Rundfunksender stellen eine bedenkliche Entwicklung dar.

Welche Veränderungen bezüglich der Arbeitsbedingungen lassen sich beobachten?
Renate Schroeder: Seit den letzten Parlamentswahlen der EU hat sich im Medienbereich vieles verändert. Brüssel hat zunehmend erkannt, dass die EU nicht genug für den Schutz von Journalisten tut – und dass sich dies ändern muss, nicht zuletzt um die europäische Integration zu sichern und der zunehmenden Desinformation entgegenzuwirken. Die Europäische Kommission hat nach 2019 unter der Leitung ihrer Kommissarin für Grundrechte und Werte, Vera Jourova, zugesagt, sich mit Themen wie der Sicherheit von Journalisten, der wirtschaftlichen Aushöhlung des unabhängigen Journalismus durch die Vereinnahmung der Medien und den als „Strategic Lawsuits Against Public Participation“ (SLAPPs) bekannten schikanösen Klagen zu befassen. Keine Europäische Kommission zuvor hat so viel für die Medienfreiheit getan, einschließlich der Finanzierung mehrerer Projekte zur Überwachung von Angriffen auf Journalist*innen und von investigativem Journalismus, zu grenzüberschreitenden Projekten oder lokalem Journalismus.

Wie ordnen Sie das Europäische Gesetz zur Medienfreiheit ein?
Renate Schroeder: Das Europäische Gesetz zur Medienfreiheit wurde im Dezember verabschiedet und soll im März vom Plenum des Europäischen Parlaments angenommen werden. Die EJF und ihre Mitgliedsorganisationen, darunter der DJV, haben hart für eine ehrgeizige Verordnung gekämpft, um die Quellen von Journalisten, die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien und die redaktionelle Unabhängigkeit zu schützen, die Transparenz des Medieneigentums zu verbessern und Medienfusionen einer Kontrolle durch das öffentliche Interesse zu unterwerfen. Die Absichten waren gut, das Europäische Parlament hat hervorragende Arbeit geleistet, aber aufgrund des enormen Drucks mehrerer Mitgliedstaaten ist der endgültige Text viel weniger ehrgeizig als wir es uns gewünscht haben.

Was würde ein Rechtsruck im Europäischen Parlament für den Journalismus in Europa bedeuten?
Renate Schroeder: Die EJF ist hier sehr besorgt. Ein Rechtsruck im Europäischen Parlament würde dazu führen, dass das Parlament weniger daran interessiert wäre, Medienfreiheit und unabhängigen Journalismus zu unterstützen. Auch die neue Europäische Kommission könnte konservativer werden und weniger geneigt sein, ihre Arbeit für die Medienfreiheit fortzusetzen.

Wie lauten Ihre Forderungen an die EU-Institutionen?
Renate Schroeder: Die Umsetzung des Europäischen Gesetzes über Medienfreiheit (EMFA) in nationales Recht muss erfolgen. Auch die Anti-SLAPP-Richtlinie muss auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Künftige Verordnungen oder Richtlinien dürfen nicht die Verwendung von Verschlüsselung, die Online-Privatsphäre und die Freiheit der Meinungsäußerung sowie den Quellenschutz für Journalisten unverhältnismäßig bedrohen. Außerdem sollten EU-Mittel an Bedingungen geknüpft werden, wenn Verstöße gegen die Medienfreiheit in den Mitgliedstaaten die Rechtsstaatlichkeit und die Werte des EU-Vertrags verletzen. Journalismus sollte zudem als öffentliches Gut gefördert werden. Und in Sachen KI brauchen wir größtmögliche Transparenz.
Andrea Roth: Wir erwarten von den EU-Institutionen eine klare Unterstützung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, für seine Unabhängigkeit und sein Überleben. Viele der öffentlich-rechtlichen in Europa leiden unter dem Einfluss ihrer Regierung auf Programm und Inhalte und unter Finanzierungsproblemen sowie Anti-Kampagnen ultrarechter Parteien. Hier erwarten wir, gerade angesichts des European Media Freedom Acts, ein starkes Eintreten für die Unabhängkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Europawahl 2024: Drei Fragen an neun Parteien

Wo geht es in den nächsten fünf Jahren in der europäischen Medienpolitik hin?

Europa wählt alle fünf Jahre die Abgeordneten des Parlaments. In Deutschland findet die Europawahl am Sonntag, 9. Juni 2024, statt, 96 Sitze gehen an deutsche Abgeordnete. Welche Positionen vertreten die Kandidat*innen und ihre Parteien, wenn es um die Unabhängigkeit der Medien, die Pressefreiheit und die Arbeitsbedingungen für Journalist*innen geht? Der *BJVreport* hat den neun Parteien, die zur Wahl antreten, sechs Fragen gestellt. Die Antworten lesen Sie in dieser und der nächsten Ausgabe des *BJVreport*.

Das planen die Parteien zur Wahl 2024 (Parteien in alphabetischer Reihenfolge):

Die Bedrohung von Journalist*innen hat massiv zugenommen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Regierungen der Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, Strukturen zu schaffen, mit denen Journalist*innen bei ihrer Arbeit vor Übergriffen geschützt werden? Falls ja, wie könnte das Ihrer Meinung nach realisiert werden?

AfD

Freie Medien sind unabdingbare Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. Daher lehnt die AfD alle Bestrebungen der EU ab, Kontrolle über Medien auszuüben, Medienangebote Dritter zu zensieren oder die Meinungsfreiheit zu beschränken, wie sie in EU-Initiativen wie dem „European Democracy Action Plan", dem „Digital Service Act" oder dem sogenannten „Medienfreiheitsgesetz" zum Ausdruck kommen.

CDU/CSU-Gruppe in der EVP

In den letzten Jahren hat sich die Medienfreiheit in der EU verschlechtert, was eine ernste Bedrohung für die Demokratie darstellt. Wir wollen, dass die Mitgliedsstaaten effektive Strukturen zum Schutz von Journalisten schaffen und die EU-Empfehlung zum Schutz von Journalisten besser umsetzen. Der Media Freedom Act setzt dabei neue Standards. So müssen die EU-Staaten sicherstellen, dass journalistische Quellen und vertrauliche Mitteilungen wirksam geschützt werden. Die Offenlegung von journalistischen Quellen darf nicht erzwungen werden.

DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament

Mitgliedstaaten müssen strafrechtliche Möglichkeiten zum Schutz von Medienschaffenden ausloten, insbesondere müssen Angriffe unabhängig und nachhaltig aufgeklärt werden. Mitgliedstaaten, die die Unabhängigkeit von Strafverfolgungsbehörden und Justiz nicht gewährleisten, müssen sanktioniert und das muss auch bei der EU-Mittelvergabe berücksichtigt werden. Auch der Rat der Mitgliedstaaten ist hier gefordert, zu handeln.

Die Linke

Staatliche Eingriffe in journalistische Arbeit sind im Medienfreiheitsakt begrenzt worden, wenn auch mit Ausnahmen, wie dem Richtervorbehalt. Spionagesoftware gegen Journalist*innen und ihre Quellen ist weitgehend untersagt, wobei das komplette Verbot besser wäre. Wir unterstützen die Finanzierung der Medienfreiheitsinitiativen, wie das ECPMF, mit ihren Projekten eines „Rapid Response Mechanism" zum Schutz von Journalist*innen.

Freie Demokraten FDP

Eine unabhängige Medienaufsicht in der Union und allen Mitgliedstaaten ist aus unserer Sicht zentral zur Abwehr von Angriffen auf die Pressefreiheit. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Europäische Zentrum für Presse und Medienfreiheit (ECPMF) müssen gestärkt werden. In Zusammenspiel mit Sicherheitsbehörden müssen die Mitgliedstaaten so eine schützende Hand über Journalisten halten.

FREIE WÄHLER

Die Unversehrtheit von Journalisten muss selbstverständlich an erster Stelle stehen. Auch die Sicherheit im Internet ist von hoher Bedeutung. Deshalb muss die Online-Sicherheit von Journalisten bei allen einschlägigen Initiativen mit der Digitalstrategie der EU berücksichtigt werden.

PIRATENPARTEI Deutschland

Wir Piraten setzen uns auch weiterhin für den Schutz journalistischer Arbeit ein. In den Diskussionen um den European Media Freedom Act stemmten wir uns besonders gegen das Ausspionieren. Diskreditierung und Ausschaltung von Kritikern wäre sonst möglich, Quellenschutz kaum umsetzbar. Unverbindlichen EU-Empfehlungen sollten verpflichtende Gesetzgebungen folgen. Freie Berichterstattung auch aus Strafverfahren muss garantiert werden.

S&D WIR IN EUROPA

Neben dem Schutz vor Ausspähung braucht es ein Verbot jeglicher Zwangsmaßnahmen durch Regierungen, die auf die journalistische Arbeit selbst oder auf journalistische Quellen abzielen. Für die Arbeit von Journalist:innen ist dieser Schutz essentiell. Als Sozialdemokrat:innen werden wir uns auf europäischer Ebene weiterhin dafür einsetzen, dass die EU-Mitgliedstaaten das jetzt erreichte Mindestmaß an Regeln und die neuen Vereinbarungen des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes konsequent umsetzen und fortlaufend überprüfen.

Volt

Wir fordern die Verabschiedung eines soliden Anti-SLAPP-Gesetzes, um mächtige Personen oder Organisationen davon abzuhalten, unbegründet gegen Journalist*innen zu klagen, mit der alleinigen Absicht, sie zum Schweigen zu bringen oder in den Ruin zu treiben. Außerdem wollen wir die europäischen Institutionen stärken, so dass sie die Umsetzung ihrer Gesetze in den Mitgliedsstaaten besser prüfen. Und wir wollen die Whistleblower*innen, die mit Investigativjournalist*innen zusammenarbeiten, stärker schützen.

In einzelnen Mitgliedstaaten der EU sind strategische Klagen gegen Journalist*innen gang und gebe, um Ihnen finanziell zu schaden und sie mundtot zu machen. Hier soll die Anti-SLAPP-Richtlinie Abhilfe schaffen. Aber reicht das aus, um in der Praxis Journalist*innen besser zu schützen? Welche weiteren Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor?

AfD

Problematisch ist es zu definieren, ab wann eine SLAPP-Klage missbräuchlich ist. So ist denkbar, dass Gerichtsverfahren in Mitgliedsstaaten, die eine Politik verfolgen, die konträr zur linksliberalen EU-Agenda ist, von der EU als SLAPP klassifiziert wird, um diese Staaten mit Sanktionen überziehen zu können. Die AfD arbeitet für verbesserte nationalstaatliche Gesetze zum Schutz von Journalisten.

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im europäischen Parlament

Wir unterstützen die Anti-SLAPP-Richtlinie voll und ganz. Wir fordern, dass zügigere Verfahren, die Unterstützung für natürliche und juristische Personen, die sich an der öffentlichen Meinungsbildung beteiligen, sowie die Schulung von Praktikern schnellstmöglich angegangen werden. Wir begrüßen besonders, dass es für Opfer mutwilliger Prozessführung Schadenersatz und Prozesskostenerstattung geben wird. Jetzt muss die Praxis zeigen, ob die Vorgaben ausreichen, ob sie korrekt umgesetzt werden und ob die EU-Staaten versuchen werden, sie zu umgehen, und wenn ja, wie. Wir werden die Lage weiterhin genau beobachten.

DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament

Die Anti-SLAPP-Richtlinie ist ein erster Schritt zu besserem Schutz für Zivilgesellschaft und Journalismus in der öffentlichen Debatte und komplettiert den EU-rechtlichen Rahmen vier Jahre nach Annahme der Hinweisgeber-Richtlinie. Eine wichtige Unterstützung für Organisationen, die für Umwelt, Klima und Gleichberechtigung kämpfen. Leider kann die EU-Richtlinie nur grenzüberschreitende Fälle abdecken, wir setzen uns für umfangreiche nationale Regeln ein.

Die Linke

Die Anti-SLAPP-Richtlinie ist ein Baustein, der zum Whistleblowerschutz gehört. Wichtig ist zu verstehen, dass investigatives Arbeiten eines Schutzes vor staatlicher Verfolgung und harten Maßnahmen gegen den Druck von Großkonzernen bedarf, zum Beispiel durch Klageabweisung. Am Ende geht es oft um mehr als Rechtsschutz. Es muss ganzheitliche Anlaufstellen geben, die juristische und psycho-soziale Betreuung vereinen, vergleichbar den „Journalists in residence“-Programmen.

Freie Demokraten FDP

Die Anti-SLAPP-Richtlinie ist ein wichtiger Schritt als erstes europäisches Gesetz und Anhaltspunkt für betroffene Journalisten. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie nur als Basis nehmen und mit Leben füllen - dann muss die Europäische Kommission ihre Einhaltung prüfen. Darüberhinausgehende Maßnahmen auf nationaler Ebene begrüßen wir natürlich auch.

FREIE WÄHLER

Wir befürworten die Anti-SLAPP-Richtlinie als Ansatz für den Schutz von Journalisten. Es ist aber wichtig zu beachten, dass diese noch in nationales Recht umgesetzt werden muss. Die Ausgestaltung liegt daher bei den Gesetzgebern der jeweiligen Mitgliedstaaten, die auch über die EU-Vorgaben hinausgehen kann. Dieser Freiraum sollte so genutzt werden, dass regionale Aspekte und Unterschiede bestmöglich beachtet werden.

PIRATENPARTEI Deutschland

Mit der auf Initiative des EU-Parlaments auf den Weg gebrachten Anti-SLAPP-Richtlinie werden in grenzüberschreitenden Fällen rechtsmissbräuchlicher Klagen wichtige Schutzmechanismen zu schneller Abweisung, Kostenerstattung und Entschädigung EU-weit verankert. Für rein innerstaatliche Fälle kann die EU keine Vorgaben machen, jedoch kann hier der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Schutzstandards durchsetzen.

S&D WIR IN EUROPA

Die Anti-SLAPP-Richtlinie zum Schutz vor offensichtlich unbegründeten Klagen ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Solche schikanösen Klagen kosten Zeit, Nerven und Geld. Weiterhin müssen wir daran arbeiten, dass die EU-Mitgliedsländer Maßnahmen gegen innerstaatliche SLAPP-Klagen einführen. Gleichzeitig müssen die Regierungen sicherstellen, dass nationale Vorschriften gegen Verleumdungsklagen keine ungerechtfertigten Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit oder auf offene, freie und pluralistische Medien haben. In diesem Zusammenhang muss die EU ihre Mitgliedstaaten ebenfalls ermutigen, Freiheitsstrafen aufgrund von Verleumdung aus ihrem Rechtsrahmen zu streichen. Dazu werden wir die Umsetzung der Kommissionsempfehlungen an den Rat verfolgen, die Hand in Hand mit der Anti-SLAPP-Richtlinie einhergehen.

Volt

Nein, Volt Europa fordert zusätzlich die Einrichtung von europäischen Schnellreaktionsmechanismen für die sofortige Unterstützung für Journalisten, die von Drohungen oder Gewalt betroffen sind, einschließlich Rechtsbeistand, vorübergehender Umsiedlung und Sicherheitsdienste.

Die Parteien im Europäischen Parlament:

Die Fraktionen im Europäischen Parlament (EP) setzen sich nicht nach Nationen, sondern nach Interessen zusammen. Die CSU/CDU ist danach Teil der Europäischen Volkspartei (EVP), die SPD zählt zur Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D). FDP und Freie Wähler gehören zu Renew Europe. Die Grünen und die Linke tragen auch im EP diese Namen. Der deutsche VOLT-Abgeordnete Daniel Boeselager hat sich den Grünen angeschlossen. Die AFD gehört der Fraktion und Identität (ID) an.
Die PARTEI hat auf die Fragen des *BJVreport* nicht geantwortet.

In vielen Ländern wie Ungarn, Polen oder jüngst der Slowakei und Bosnien-Herzegowina ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch massive Eingriffe des Staates in seiner Unabhängigkeit gefährdet, die Pressefreiheit ist bedroht. Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier in der nächsten Legislaturperiode Druck aufzubauen und die Situation für die betroffenen europäischen Öffentlich-rechtlichen zu verbessern?

AfD

Belgien und Frankreich haben ihre Rundfunkgebühren abgeschafft. Das Vereinigte Königreich steht kurz davor. Die AfD fordert einen entideologisierten „Grundfunk“ mit neutralen und objektiven Nachrichten. Wir wollen mehr staatliche Unabhängigkeit des Rundfunks und Wettbewerb zwischen den Sendern. Die EU hat keine Rechtsetzungskompetenz für das Europäische Medienfreiheitsgesetz. Auch der Bundesrat hat diese Kritik geäußert.

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im europäischen Parlament

Der European Media Freedom Act bietet der EU-Kommission ein neues Handlungsinstrument zum Schutz freier und unabhängiger Medien. Medienanbieter können künftig eine Stellungnahme erbitten, wenn nationale Gesetze ihre Arbeit beeinträchtigen. Auch für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wurden Mindeststandards festgelegt. Er muss funktionell und finanziell unabhängig von politischen Interessen sein. Nach dem EMFA müssen Mitgliedsstaaten unabhängige Verfahren einrichten, die eine nachhaltige und unabhängige Finanzierung sicherstellen, die dennoch auch die Weiterentwicklung gewährleistet.

DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament

Mit dem European Media Freedom Act müssen Mitgliedstaaten die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten sicherstellen. Es gelten gesetzliche Kriterien zur Rechenschaftspflicht und Transparenz für die Ernennung und Entlassung von Führungskräften sowie die Mittelzuweisung. Eine unabhängige Kontrollbehörde überprüft die Einhaltung. Eine Prüfklausel ermöglicht, die Vorgaben später nachzuschärfen.

Die Linke

Das Parlament hat – anders als im Kommissionsentwurf – die Unabhängigkeit der EU-Medienaufsicht in das Medienfreiheitsgesetz geschrieben. Doch die Machtverhältnisse zwischen national regulierten Medienanstalten und großen Online-Plattformen sind kompliziert. Von redaktioneller Verantwortung sind Plattformen ziemlich befreit, bestimmen jedoch, wie sie Inhalte – auch vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk – nutzen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht neben Unabhängigkeit auch Finanzierungsgarantien von den Mitgliedstaaten.

Freie Demokraten FDP

Wir fordern schnelle und konsequente Reaktionen bei Angriffen auf die Pressefreiheit durch Mitgliedstaaten in der EU. Gerade deshalb setzen wir uns für eine Verbesserung des Medienfreiheitsgesetzes ein. Ähnlich wie der Rechtstaat darf auf die freie Presse in keinem Falle unterwandert werden, sonst muss es Konsequenzen für die Mitgliedstaaten geben, beispielsweise durch das Zurückhalten von EU-Geldern.

FREIE WÄHLER

Der European Media Freedom Act MFA sieht vor, dass die Mitgliedstaaten eine oder mehrere unabhängige Behörden benennen, die frei von politischem Einfluss der Regierung sind, um die Anwendung der relevanten Absätze zu überwachen. Konkret wollen wir, dass Rundfunkteilnehmer künftig die Besetzung der Rundfunkräte bestimmen. Über die Grundzüge des Programms, die Höhe des Rundfunkbeitrags sowie über die Intendanten sollten sie entscheiden. Somit wird der Einfluss der Parteien begrenzt.

PIRATENPARTEI Deutschland

Freie Presse und Rundfunk sind Grundpfeiler unserer freiheitlichen Demokratie. Angriffe darauf verletzen unsere Grundwerte. Unabhängigkeitsgarantien im MFA müssen konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen gegen autoritäre Regierungen durchgesetzt werden. Die EU sollte sich einschalten, wenn Staaten Repressionen ausüben oder Mittelkürzungen als Instrument zur inhaltlichen Einflussnahme missbrauchen.

S&D WIR IN EUROPA

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Das Europäische Medienfreiheitsgesetz könnte das Vertrauen in professionellen Journalismus und öffentlich-rechtlichen Rundfunk EU-weit stärken, würde es lückenlos deren Unabhängigkeit und angemessene Finanzierung garantieren. Dies ist nur unzureichend gelungen, weil anderen politischen Kräften Schnelligkeit vor Gründlichkeit ging. Wir werden uns weiter für transparentere Finanzierungsregeln einsetzen, die eine auftragsorientierte wie zukunftssichere Arbeit öffentlich-rechtlicher Medien sichern. Unabhängigkeit, Finanzierung und Einhaltung journalistischer Standards muss für Nutzer:innen nachprüfbar sein. Nur so ist journalistische Glaubwürdigkeit nachhaltig zu erhalten.

Volt

Die Pressefreiheit ist Teil einer funktionierenden Demokratie und eines Rechtsstaates. Volt fordert daher, die EU-Grundrechtecharta für die Mitgliedstaaten in allen Situationen verbindlich zu machen. Volt will einen europäischen Fernsehsender, der allen Europäer*innen Zugang zu allen europäischen Medien ermöglicht, die mit öffentlichen Geldern der Union finanziert wurden. Ein europäisches Netflix, aber auch mit Nachrichten. Hinzu soll ein starkes europäisches öffentlich-rechtliches Rundfunkangebot kommen mit Radio-, TV- und Webangebot.

Die Antworten der Parteien auf drei weitere Fragen zur europäischen Medienpolitik lesen Sie in der nächsten Ausgabe des *BJVreport*.

Schlägt bald die „goldene Gewerkschaftsstunde“?

Was braucht es, um dem Tarifsystem und Begriffen wie Solidarität wieder zu mehr Geltung zu verhelfen? Und wie umgehen mit Streiks, die öffentlich rasch verpuffen? Der *BJVreport* suchte nach Antworten.

Von Michaela Schneider

Foto: Benedikt Siegert

Ruft die Gewerkschaft der Lokomotivführer zum Streik auf, droht der Infrastruktur in Deutschland der Kollaps. Wird im Medienhaus gestreikt, freut sich mancher Arbeitgeber noch darüber: Die Lohnausgaben sinken für den Moment – und den Streik selbst registriert die breite Öffentlichkeit allenfalls in einer Randnotiz. Die Zeitung liegt trotzdem am Morgen im Briefkasten.

In einer Branche, in der sich ein Medienhaus nach dem anderen aus der Tarifbindung verabschiedet, weden mit einem klassischen Streik zudem nur jene Verlage erreicht, die an der fairen Bezahlung festhalten; die schwarzen Schafe der Branche bleiben ungeschoren. Noch dazu fällt es Gewerkschaften zunehmend schwer, junge Kolleg*innen zu einer Mitgliedschaft zu motivieren.

Und das ist ein Problem. Denn vorneweg bräuchte es eine starke gewerkschaftliche Mitgliederbasis, um die Tarifbindung zu stärken. Welches Unternehmen käme schon auf die Idee, aus dem Tarif auszusteigen, wenn auf breitester Belegschaftsbasis Widerstand droht? Tariflose Betriebe müssten genauso geächtet sein wie Hungerlöhne oder die 80-Stunden-Woche, schreibt der Bremer Professor und Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler im Frühjahr 2023 in einem Kommentar in der wissenschaftlichen Fachzeitschrift *WSI-Mitteilungen*.

> **„Gewerkschaften finden in der Welt von jungen Menschen so gut wie gar nicht statt."**
> Marcel Dinkel, Jungredakteur der *Main-Post*

Ähnlich sieht dies Josef Karg, Betriebsratsvorsitzender der *Augsburger Allgemeine* (Presse-Druck und Verlags-GmbH). Das Tarifvertragsmodell sei super zeitgemäß, es gebe nichts besseres als Tarifverträge. „Das wissen alle, die keine haben. Dann nämlich muss jeder einzeln um seinen Verdienst kämpfen." Und trotzdem werde es zunehmend schwerer, junge Kolleg*innen vom Gewerkschaftsgedanken zu überzeugen. Karg sieht hier neben den Gewerkschaften auch die Betriebsräte in der Pflicht.

Bei der *Augsburger Allgemeine* etwa habe man sich bis vor etwa einem Jahrzehnt mit neuen Volontär*innen zu einem Abendessen getroffen. „Am Ende waren 95 Prozent in der Gewerkschaft", erinnert sich der 60-Jährige. Das Ganze sei irgendwann eingeschlafen. Auch sei das Netzwerk zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften in den letzten ein, zwei Jahrzehnten deutlich loser geworden. Daran sollten beide Seiten arbeiten und etwas ändern. Die Gewerkschaften sieht Karg außerdem in der Pflicht, deutlich innovativer und aktiver in die Mitgliederwerbung einzusteigen – und das beginnt bei der Wortwahl: Streik, Gewerkschaft, Tarif, Solidarität – für junge Leute klängen Begriffe wie diese wie aus einer anderen Zeit. „Vielleicht braucht es neue Vokabeln und eine andere Sprache", überlegt Karg.

Dass ein Umdenken dringend Not tut, zeigt auch ein Gespräch mit Marcel Dinkel, 26 Jahre und Jungredakteur bei der Würzburger *Main-Post*. Die Chancen, dass eine Gewerkschaft auf sich aufmerksam machen könne, stünden so gut wie vielleicht nie, ist Dinkel überzeugt, und verweist auf Transformationsprozesse, die Entwicklung nach Corona, immer weiter auseinanderklaffende soziale Verhältnisse, sinkende Löhne und die steigende Inflation. Eine anständige Bezahlung, zeitnah unbefristete Verträge, Wertschätzung durch den Arbeitgeber, keine versteckten Überstunden, eine angemessene Zahl an Urlaubstagen – all dies sind laut dem Jungredakteur Punkte, auf die junge Menschen Wert legen und die Gewerkschaften am Ende für die Belegschaft mitverhandeln. Dinkel spricht von einer „goldenen Stunde für eine Gewerkschaft in einer Zeit, in der die sozialen Bedingungen auseinanderklaffen".

Allerdings beobachtet der 26-Jährige gleichzeitig: „Gewerkschaften finden in der Welt von jungen Menschen so gut wie gar nicht statt." Seine Generation sei deutlich individualistischer geprägt und gehe nicht mehr „mit so einem Gruppenzugehörigkeitsgefühl durch die Welt". Und doch sei das Bedürfnis danach groß. Nur fehle es am Bewusstsein, dass Gewerkschaften zentralen Einfluss nehmen auf die Lohnhöhe am Ende des Monats; dass neben dem Lohn viele weitere Aspekte in Tarifgesprächen verhandelt werden; dass Gewerkschaften von Mitgliedern getragen werden; und dass viele der Dinge auf ehrenamtlicher Basis geschehen.

Dinkel rät dazu, junge Leute im „normalen Alltag abzuholen und bereits im vorpolitischen Raum anzusetzen". Mehr

Eine Medienbranche – verschiedene Gehaltstarifverträge

Im Februar 2022 hatten sich der Deutsche Journalisten-Verband sowie die dju in Verdi mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) auf einen Gehaltstarifvertrag für Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen geeinigt. Im Herbst 2023 stimmte die Große Tarifkommission des DJV mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen für die Annahme einer Inflationsausgleichsprämie – und verpflichtete sich gleichzeitig, den Manteltarifvertrag nicht mit Wirkung vor dem 31. Dezember 2024 zu kündigen.

Beim *Bayerischen Rundfunk* haben die Verhandlungen für die Gehaltsrunde 2024 bereits begonnen (*siehe Artikel ab Seite 18*). Der jüngste Entgelttarifvertrag Privater Rundfunk trat zum 2. Dezember 2021 in Kraft mit einer Laufzeit mindestens bis 31. Dezember 2023.

Der Gehaltstarifvertrag für Redakteurinnen und Redakteure an Zeitschriften gilt rückwirkend seit 1. September 2022 und könnte erstmals zum 30. September 2024 gekündigt werden.

Präsenz in sozialen Medien wäre sicherlich gut, zumal wenn es in den Gewerkschaften Identifikationsfiguren für junge Leute gäbe. Als noch deutlich wichtiger aber erachtet der Jungredakteur den direkten, analogen Kontakt. Viele junge Menschen hätten den Wunsch, persönliche Netzwerke aufzubauen – raus aus dem Individualismus der Generation Z. Regelmäßige Treffs zwischen Betriebsrät*innen und Volontär*innen, Kennenlern-Abende mit BJV-Vertreter*innn in lockerer Atmosphäre, eine Art Fortbildungstag für Jungredakteur*innen unabhängig von einer Mitgliedschaft: Ideen, wie und wo Gewerkschaften die nächste Generation abholen können, hat der 26-Jährige reichlich. „Der Vorteil ist ja, dass Journalisten alle politische Menschen sind", sagt Dinkel. Eine Grundsensibilität für Gewerkschaftsthemen sei da.

Der Nachwuchs ist das eine, die Frage, welche Bedeutung Tarifverträge in der Medienbranche in Zukunft haben werden, eine andere. Josef Schäfer, Vorsitzender der BJV-Fachgruppe Betriebs- und Personalräte sowie Redakteur und Betriebsrat bei der *Main-Post*, sagt: Seine Hoffnung sei, dass die derzeitige Arbeitsmarktlage dazu beitrage, dass einige Medien, die aus dem Manteltarif ausgestiegen sind, vielleicht doch wieder zu tarifähnlichen Strukturen zurückkehren werden. In Zeiten des Fachkräftemangels fehlt es längst auch an guten Journalist*innen. Beginne das innerbetriebliche Gehaltsgefüge in Verlagen zu wackeln, sollten Gewerkschaften unbedingt eine verstärkte Präsenz in den Betrieben zeigen, fordert Schäfer. Gleichzeitig spricht er sich – und dies sei seine ganz persönliche Ansicht – für einen engeren und strategischen Schulterschluss mit der Partnergewerkschaft Verdi aus. In einigen anderen Branchen hätten Gewerkschaften bereits gemeinsam eingefordert, dass Unternehmen zur Tarifbindung zurückkehren.

Was die generelle Streikbereitschaft im europäischen Vergleich angeht, liegt Deutschland mit 18 Ausfalltagen pro 1000 Beschäftigte (Daten von 2022) heute im Mittel. Etwa jeder Sechste hat laut der WSI-Arbeitskampfbilanz 2023 hierzulande schon einmal an einem Streik teilgenommen – allerdings liegt dies häufig Jahre zurück. 49 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben demnach Streikerfahrung, aber nur elf Prozent der Nichtmitglieder.

Und gerade in der Medienbranche kommen beim Thema Streik gleich mehrere Dilemmata zusammen. Josef Karg verweist darauf, dass viele Medienhäuser inzwischen aus dem Flächentarif ausgestiegen sind: „Die seriösen Verleger werden bestreikt. Im Vorteil ist, wer sich verabschiedet hat und schlechtere Löhne zahlt." In Sachsen etwa ist inzwischen keine einzige Zeitung mehr tarifgebunden. Ebenfalls ein Problem: Journalist*innen erzielen mit Streikmaßnahmen immer weniger Wirkung. Je nach Medium gelten unterschiedliche Tarifverträge – einen „bundesweiten Medienstreik" wird es in der Branche nie geben. Journalismus wird überdies zu großen Teilen von freien Journalist*innen gemacht, die es sich vielfach nicht leisten könnten, die Arbeit niederzulegen ohne Honorarausgleich; und um deren Honorare es – die 12aler bei den öffentlich-rechtlichen Sendern ausgenommen – zudem nicht geht. Und unterm Strich reichen im Zuge eines kürzeren Warnstreiks eine Hand voll Kolleg*innen aus, um eine komplette Zeitung zu produzieren.

Karg appelliert an die Gewerkschaften, künftig mit deutlich kreativeren Streikideen für Öffentlichkeit zu sorgen und vor allem auch klarzumachen: „Journalismus ist keine Discount-, sondern Luxusware." Es gehe um nicht weniger als um die Stärkung einer demokratischen Gesellschaft, die ohne die Medienlandschaft eine andere wäre. Karg selbst war 2011 eine der treibenden Kräfte der Aktion „Worte sind wertvoll", die bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte (*siehe Artikel Seite 14*). Seine Grundbotschaft sei, sagt der 60-Jährige, „dass wir uns alle – die Verleger, die Konzerne, die Journalisten, die Gewerkschaften – in einem Schaffens- und Veränderungsprozess befinden. Auch dieses Verhältnis zueinander müssen wir neu definieren."

Bayerische Medienhäuser mit Tarifbindung

Nach Kenntnisstand des BJV zählten zum Zeitpunkt Oktober 2022 zu den bayerischen Medienhäusern mit Tarifbindung im Bereich der Tageszeitungen unter anderem die Allgäuer Zeitungsverlag GmbH, die Fränkische Landeszeitung GmbH, die Münchener Zeitungs-Verlag GmbH & Co. KG, die Zeitungsverlag Oberbayern GmbH & Co. KG, Presse-Druck- und Verlags-GmbH (unter anderem *Augsburger Allgemeine*), die Süddeutsche Zeitung GmbH, der Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg GmbH & Co. KG und die Verlag und Druckerei Main-Echo GmbH & Co. KG. Im Bereich der Zeitschriften sind unter anderem die Deutscher Landwirtschaftsverlag GmbH und die WEKA Fachmedien GmbH tariftreu.
Ob die Bindung an den Manteltarif oder aber ein Haustarifvertrag besser sei, lasse sich nicht pauschal sagen, sagt BJV-Justiziar Ulrich Lewandowski. Ein Haustarifvertrag lasse sich passgenauer ans Unternehmen anpassen – sowohl aus Arbeitgeber- als auch aus Arbeitnehmersicht. Bei der *Main-Post* etwa sei im Haustarifvertrag auch der Bereich Altersteilzeit geregelt. Im Manteltarifvertrag spiele diese keine Rolle.
Bei Manteltarif-Verhandlungen säßen sämtliche Landesverbände des DJV, Verdi wie auch der Verlegerverband mit allen regionalen Verbänden an einem Tisch, das sei nicht leicht zu händeln; eine Einigung gestalte sich unter Umständen schwieriger. Gleichzeitig sei ein Manteltarif aber ein breiter Schutzschirm.
Unter den privaten Rundfunksendern im Freistaat ist nur noch *Antenne Bayern* Mitglied im Tarifverband Privater Rundfunk (TPR) und damit gebunden an den dortigen Mantel-sowie den Entgelttarifvertrag. (*mic*)

Vom Ende der Friedenspflicht zum neuen Tarifvertrag

Das Recht auf gewerkschaftliche Streiks stehe unter dem Schutz der in Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz verbürgten Koalitionsfreiheit, erklärt BJV-Justitiar Ulrich Lewandowski. „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet", heißt es dort wörtlich. Rechtmäßig ist ein Streik nur, wenn die Gewerkschaft dazu aufruft, um eine tarifvertragliche Regelung zu erzielen. Sie definiert zudem exakt, welche Arbeitnehmer*innen vom Streikaufruf betroffen sind. Streikende Gewerkschaftsmitglieder erhalten dann als Ersatz für ihren Lohnausfall ein Streikgeld. Theoretisch könnten auch freie Kolleg*innen zum solidarischen Streik aufgerufen werden. Gleichzeitig gilt für Arbeitskampfmaßnahmen das Gebot der Verhältnismäßigkeit.

Friedenspflicht besteht, solange der bestehende Tarifvertrag nicht aufgekündigt ist. Wie es dann weitergehen kann bis hin zu unbefristeten Streiks, zeigt die folgende Grafik Schritt für Schritt. Eine Tarifeinigung ist natürlich auch zu früheren Zeitpunkten möglich, das „Streikspiel" kann auch deutlich früher enden. Den Input dazu lieferte Ulrich Lewandowski. (*mic*)

Wie die Politik das Tarifsystem stärken könnte

Seit Jahren sinkt die Zahl der tarifgebundenen Arbeitgeber – nicht nur in der Medienbranche. Die Europäische Union sieht ihre Mitgliedsstaaten deshalb inzwischen in der Pflicht, das Tarifvertragssystem zu stärken – und zwar mit konkreten Aktionsplänen, sollte im Land für weniger als 80 Prozent der Beschäftigten ein Tarifvertrag gelten.

Auch die Bundesregierung muss mit Blick auf die so genannte „Richtlinie über angemessene Mindestlöhne" nun bis November 2024 aktiv werden, denn: In Deutschland ist über alle Branchen hinweg nur noch gut die Hälfte der Angestellten durch Tarifverträge geschützt, Brüssel wertet Tarifverhandlungen aber als wichtiges Instrument für die Lohnfestsetzung. Laut einer Analyse der Hans-Böckler-Stiftung vom April 2023 lag der Anteil an Betrieben mit Tarifbindung in Bayern bei 25 Prozent.

In 14 von 16 Bundesländern gibt es schon länger Tariftreuegesetze über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, Bayern sowie Sachsen gehören nicht dazu. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil brachte im Sommer 2023 eine bundesweite Regelung ins Gespräch. Mehr Wirkung in der Medienbranche könnten Maßnahmen wie etwa eine Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung (EAV) entfalten. Diese sieht vor, dass ausgehandelte Regelungen auch für nicht tarifgebundene Betriebe gelten.

Auch gibt es etwa Befürworter eines Verbots von so genannten OT-Mitgliedschaften (OT = ohne Tarifbindung) in Arbeitgeberverbänden. Ohne die Möglichkeit zur OT-Mitgliedschaft wären Verbandsmitglieder dann an den jeweiligen Verbandstarifvertrag gebunden – oder müssten aus der Interessensvertretung austreten. Und auch eine deutliche Ausweitung der Nachbindung von Tarifverträgen könnte das Tarifsystem stärken. Denn: In einigen Medienkonzernen ist es heute Gang und Gebe, Unternehmensbereiche in Tochtergesellschaften auszugliedern, um Tarifverträge zu umgehen. (*mic*)

Zwischen Streiken und Liken

Arbeitskampf kreativ: Best-Practice-Beispiele aus Bayern, Europa und der Welt

Von Yannick Hupfer

Im November 2016 streiften Gallier durch Lichtenfels: die Haare bis zum Bauch, die Helme auf dem Kopf, die Schilder vor der Brust. Und natürlich: mit Zaubertrank in der Hand. Nun war dieser aber Kinderpunsch mit Trockeneis, die Gallier waren Zeitungsmacher*innen des *Obermain Tagblatt* und es handelte sich um eine ziemlich kreative Streik-Aktion der Journalist*innen. Der damalige Stand: seit Jahren keine Gehaltserhöhung, kein Haustarif, schrumpfende Belegschaft.

Arbeitskampf im Allgäu: Auffälliges Streikplakat beim Ausstand der Tageszeitungsredakteur*innen im Jahr 2018. Foto: Sachelle Babbar

Deshalb formierten sich „Die Wertschätzer" zu einem kreativen Arbeitskampf und sorgten mit ihren selbstgenähten Kostümen für mächtiges Aufsehen in der Branche. Die lokale Prominenz unterstützte ihre Ziele mit Videostatements für Youtube und die Website der „Wertschätzer". In ihren Gallier-Kostümen besuchten die Streikenden verschiedene Bürgermeister und den Landrat. So machten sie viel Druck auf den Verlag. Nach über einem Jahr unterzeichneten die „Wertschätzer" und der Verlag eine Vereinbarung, die „für beide Seiten ein tragfähiger Kompromiss" sei, wie es auf der Homepage heißt.

Ortswechsel. Ein paar Jahre zuvor, 2011. Noch heute gilt der Arbeitskampf beim *Schwarzwälder Boten* als Vorzeigebeispiel für effektives Streiken. Hier wollten die Mitarbeiter*innen die aufgekündigte Tarifbindung wiederherstellen. „Es ging darum, die Geschäftsführung an den Verhandlungstisch zu holen", blickt Betriebsratsvorsitzender Christoph Holbein heute zurück. Entscheidend dafür war auch hier: Druck von außen. Die Mitarbeiter*innen gaben eine Streikzeitung heraus, setzten Postkarten auf, verteilten sie in der Fußgängerzone und hissten Streik-Banner an lokalen Sehenswürdigkeiten. Und: Auch hier wurde auf Prominenz gesetzt, Briefe an Politiker*innen wurde verfasst mit dem Ziel, politischen Druck zu erzeugen.

Der Streik dauerte lange, fast 100 Tage. Die Motivation der Streikenden musste also von den Veranstalter*innen hochgehalten werden. Um sie zu motivieren und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken, wurden deswegen Streikversammlungen einberufen und besondere Veranstaltungen wie ein Abend mit Live-Musik veranstaltet. Auch beim *Schwarzwälder Boten* ging es ungewöhnlich zu: Bei einer Kundgebung wurde ein Sarg zu Grabe getragen; als Symbol für die Tarifbindung und einen geschlossenen Betrieb. Auch hier das Erfolgsrezept: Aufmerksamkeit in der breiten Öffentlichkeit – mit teils außergewöhnlichen Aktionen.

Das gelang zuletzt, 2023, einer Branche besonders gut: Hollywood. Sie sorgte sogar für internationale Aufmerksamkeit. Klar, nun konsumieren ihre Inhalte auch Menschen weltweit. Der Arbeitskampf dauerte mit fast 150 Tagen lange, es war der zweitlängste Branchenstreik überhaupt. Und es war ein Doppelstreik: Neben Drehbuchautor*innen streikten nämlich auch Schauspieler*innen. Unter anderem ging es den Gewerkschaften SAG-AFTRA und Writers Guild of America um den Schutz vor Künstlicher Intelligenz, um die Gewinnbeteiligung am Erfolg von Streamingdiensten und um eine Mindestanzahl von Autor*innen pro Produktion. Die Streikenden hatten mit klassischen Protesten auf der Straße und vor den Studios Erfolg und übten in der Masse genügend Druck aus, um ihre Ziele zu erreichen. Alleine über 11 500 Drehbuchautor*innen legten die Arbeit nieder. Die Masse macht's.

Freiberufler*innen lehnten Aufträge ab

Und die wird in Kroatien gerade weniger. „Immer mehr Menschen verlassen den Journalismus", erklärt Maja Sever, Präsidentin der European Federation of Journalists (EFJ), zur Situation von Journalist*innen in ihrem Heimatland. Grund dafür sind schlechte Arbeitsbedingungen: meist keine Tarifverträge, schlechtes Gehalt. Doch die Arbeitsverträge in Kroatien machen es laut Maja Sever sehr schwierig, überhaupt legal zu streiken: „Im Medienbereich war der letzte Streik 2011." 26 Tage dauerte er bei der großen kroatischen Tageszeitung *Vecernji list*. Die Mitarbeiter*innen wollten einen Kollektivvertrag, das Management der Zeitung wollte Gehaltskürzun-

gen. Doch aus „taktischen Gründen“ endete der Streik ergebnislos. „Manche Streikenden wurden in anderen Medien attackiert“, erinnert sich Sever, gleichzeitig wurde die Zeitung von freien Journalist*innen weiter produziert. Ihr Fazit: „Es war nicht genug.“ Offensichtlich fehlte der Zusammenhalt.

Ganz anders als 2018 in Norwegen. Da gab der norwegische Journalistenverband eine Honorartabelle heraus, an der sich Freiberufler*innen orientieren sollten. Soweit nichts Ungewöhnliches, doch gingen die freiberuflichen Fotograf*innen geschlossen auf die Redaktionen zu. Mit einer vorgefertigten E-Mail und den neuen Honorarforderungen. Und: Sie lehnten geschlossen Aufträge ab, wenn Verlage weniger zahlen wollten. Im Umkehrschluss – weniger Einnahmen bei den Freiberufler*innen. Doch Oddrun Midtbø, Chefin der Freiberufler*innen im norwegischen Journalistenverband, rief zu Spenden auf und auch die Gewerkschaft selbst gab Geld frei. Das sollte dann aus einem Topf an die Freelancer verteilt werden und die Mindereinnahmen kompensieren: „Nein zum Sozialdumping in der Medienbranche.“

„Social Media-Streiks sind schön anzusehen, schön zum Folgen, schön zum Teilen, und es ist ein guter Weg, um Druck auszuüben.”
Maja Sever, EFJ-Präsidentin

Das denken sich auch Journalist*innen in Frankreich. „Frankreich hat die besten organisierten Streiks“, erklärt EFJ-Präsidentin Maja Sever. In den skandinavischen Ländern sei die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder*innen zwar deutlich höher als zum Beispiel in Frankreich, aber die Streik-Tradition dort sei groß: „Wir wissen alle: Gewerkschaften in Frankreich sind sehr laut und sehr kräftig.“ In Frankreich schaffen es die Gewerkschaften, viele Menschen auf die Straße zu bekommen. Und: Dort sei das generelle Bewusstsein der Bevölkerung für Streik-Themen von Journalist*innen hoch.

Ein Streik-Muster, das Sever oft im europäischen Vergleich sieht. Gewerkschaften und Vereinigungen streiken meist klassisch: Arbeit stoppen und ab auf die Straße. Das mache viel Druck und sei immer ein gutes Mittel. „Aber ich glaube, dass die Reichweite von Streiks durch Social Media enorm steigt.“ Sie erlaube den Mitarbeiter*innen schnell zu kommunizieren – und das auch noch mit einer großen Masse an Menschen: „... nicht nur im eigenen Land, sondern auf der ganzen Welt.“ So bekommen Menschen aus der eigenen Branche von Missständen und Streiks mit, aber auch die breite Bevölkerung. Dieser Druck sei manchmal „sehr, sehr wichtig.“ Doch Sever sagt auch: „Social Media-Streiks sind schön anzusehen, schön zum Folgen, schön zum Teilen, und es ist ein guter Weg, um Druck auszuüben. Aber der traditionelle Weg des Streikens ist auch wertvoll.“ Deswegen plädiert sie dafür beides zu vereinen: klassische Streiks auf der Straße mit Arbeitsniederlegungen und Social Media-Kampagnen.

Etwas, das französische Journalist*innen laut Sever oft machen. Sie selbst schicke kurze Video-Statements oder Fotos mit klaren Botschaften, um auf die Situation in den sozialen Netzwerken aufmerksam zu machen. Eine weitere Möglichkeit laut der EFJ-Präsidentin, um im Internet Solidarität zu zeigen, sind gemeinsame Profilbilder, die einen Slogan tragen. „Ich glaube, alles ist nützlich. Wir müssen auf allen Ebenen arbeiten, um Sichtbarkeit zu erzeugen.“

Zurück nach Deutschland zu einer Organisation, die das kann: Greenpeace. Vor einigen Jahren hat der Deutsche Journalisten Verband (DJV) eine Arbeitsgruppe gegründet, um neue Streikmethoden auszuloten. Ihr Name: „AG Kreativer Arbeitskampf“. Unter anderem Greenpeace gab damals Input. Ob riesige Banner an Sehenswürdigkeiten hissen oder mit einem Gleitschirm ins Fußballstadion fliegen; die Greenpeace-Aktionen bleiben im Kopf – wenn auch teilweise strafrechtlich verfolgbar. Von Gebäuden abseilen? „Für Redakteure eher unwahrscheinlich“, resümiert Christoph Holbein, der damals bei der Arbeitsgruppe dabei war. Journalist*innen hätten begrenzte Möglichkeiten, um auf sich öffentlichkeitswirksam aufmerksam zu machen. Greenpeace mache es schlicht: zu radikal.

Klar ist aber doch, dass erfolgreiche Kampagnen in ganz Europa eins machen: viel Aufmerksamkeit erzeugen. Medien berichten und Menschen sprechen darüber. Beispiele zeigen, dass auch Journalist*innen durchaus außergewöhnliche Aktionen organisieren können – und damit Erfolg haben. Dabei kann mit teils ungewöhnlichen Aktionen, aufsehenerregenden Verkleidungen und der Unterstützung von Prominenz viel erreicht werden. Und moderne Streiks zeichnen sich heute auch durch ausgereifte Social-Media-Kampagnen aus, um den Druck auf Arbeitgeber*innen weiter zu erhöhen. Denn klar ist für EFJ-Präsidentin Maja Sever eines: „Viele Dinge sind wichtig. Aber das Fundament ist, dass wir uns für unsere Arbeitsrechte einsetzen.“ Und sei es mit Zaubertrank und Druiden-Bart.

SMARTes Streikmanagement

Um sich klare Ziele zu setzen und die Motivation der Streikenden hoch zu halten, eignet sich die SMART-Methode aus dem Projektmanagement. Sie vereint fünf wichtige Bestandteile einer Zielformulierung.

Spezifisch: Das Ziel sollte schriftlich fixiert und klar formuliert werden. Jedem sollte klar sein, was erreicht werden soll.

Messbar: Wichtig ist die Messbarkeit des Ziels, an der man sich orientieren kann.

Attraktiv: Das Ziel ist angemessen und attraktiv für alle Teilnehmer*innen

Realistisch: Mit der neuen Gehaltsforderung im Geld baden wie Dagobert Duck? Eher unrealistisch. Das kann schnell zu Frust führen. Deshalb sollte das Ziel des Streiks realistisch formuliert sein.

Terminiert: Um das Ziel immer vor Augen zu haben, braucht es einen klaren Zeitplan mit einem Datum, bis wann man zum Erfolg gekommen sein möchte.

Einfach mal keine Schlagzeilen liefern

Gewerkschaftliches Engagement macht sich direkt auf dem Gehaltszettel bemerkbar

Von Johannes Michel

Keine Tarifbindung	
Bruttogehalt	3950,00
Verlagsanteil Versorgungswerk der Presse	190,00
VWL Arbeitgeberanteil	27,00
Urlaubstage	30
Weihnachtsgeld	-
Urlaubsgeld	-
Antrittsgebühr (Sonn- und Feiertagsdienste)	-
Lohnfortzahlung im Krankheitsfall	Gehaltsfortzahlung nach den Vorschriften des Entgeltfortzahlungsgesetz im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit bis zur Dauer von sechs Wochen.

Tarifbindung	
Bruttogehalt	4700,00
Verlagsanteil Versorgungswerk der Presse	235,00
VWL Arbeitgeberanteil	27,00
Urlaubstage	30 (ab 40. Lebensjahr 32)
Weihnachtsgeld	3877,50 (82,5%)
Urlaubsgeld	3172,50 (67,5%)
Antrittsgebühr (Sonn- und Feiertagsdienste)	77
Lohnfortzahlung im Krankheitsfall	Nach sechswöchiger Arbeitsunfähigkeit bis zu vier Monate Aufstockung des Krankengeldes auf das volle Nettogehalt.

Wer nach Tarif bezahlt wird, verdient unter Umständen deutlich mehr als ein Kollege in einem Verlagshaus ohne Tarifbindung. Wir fanden einen Redakteur, 40 Jahre, bei einer bayerischen Tageszeitung ohne Tarifbindung, der seine Gehaltsabrechnung zur Verfügung stellte. Er blickt auf zehn Berufsjahre. Wir verglichen seine Konditionen mit den Konditionen eines Kollegen im gleichen Alter und mit gleicher Berufserfahrung in einem Zeitungshaus mit Manteltarifbindung.

Gerne werden Journalist*innen und Medien als die vierte Gewalt im Staat bezeichnet. Damit einher geht eine besondere Verantwortung: Journalist*in zu sein bedeutet, die Öffentlichkeit zu informieren. Und das kann Streiks in der Medienbranche diffizil machen: Statt direkt in den Ausstand zu gehen, wird noch rasch – zur Not nach Feierabend – der letzte Artikel getippt und in den Stehsatz gestellt, ehe es zum Streiken auf die Straße geht. Und Streiks in der Branche entfalten auch aus den ethischen Ansprüchen der Kolleg*innen heraus nicht die Wirkung, die sie könnten. Warum aber entscheiden sich Medienschaffende überhaupt dazu, in den Streik zu treten? Welche Motivation kann dahinterstehen?

Eine aktuelle Studie aus dem Jahr 2023 belegt: Gewerkschaftlich organisiert zu sein wirkt sich positiv auf den Lohn aus. Das haben Marina Bonaccolto-Töpfer von der Universität Genua und Claus Schnabel von der Universität Erlangen-Nürnberg nachgewiesen. Ihr Ergebnis: Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft in Deutschland sorgt im Schnitt für ein Lohnplus von knapp drei Prozent.

Auf die Zahl zu kommen, erwies sich für die Forschenden als nicht ganz einfach. Denn: Tarifverträge gelten im Regelfall nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder, sondern für alle Beschäftigten eines Unternehmens. Eine entscheidende Rolle spielt daher auch die Arbeit von Berufsverbänden und Gewerkschaften über die Tarifverhandlungen hinaus: Gewerkschaftsmitglieder könnten beispielsweise in Lohnverhandlungen besser abschneiden, weil sie besser informiert seien, sie erhielten Unterstützung und Rechtsschutz. Die Analyse ergab schließlich, dass der durchschnittliche Bruttostundenlohn von Gewerkschaftsmitgliedern um 2,6 Prozent höher liegt als der von Nichtmitgliedern. Am größten ist der Unterschied bei Hilfstätigkeiten – gering qualifizierte Arbeitnehmer*innen profitierten mit rund neun Prozent mehr Stundenlohn überdurchschnittlich.

Gemeinsam ist entscheidend

Nun ist der Journalismus im Bereich der Festanstellungen keine Niedriglohnbranche und Journalist*innen sind meist hoch qualifiziert. In Tarifverhandlungen geht es damit nicht nur um Löhne, sondern vermehrt um die Arbeitsbedingungen. Kürzere Arbeitszeiten und unbefristete Verträge spielen eine Rolle. Ebenso das Gefühl, mit einer Gewerkschaft einen starken Partner im Rücken zu haben, der bei Schwierigkeiten unterstützen kann.

Hinzu kommt noch etwas anderes. Journalist*innen sollen eine vielfältige Berichterstattung liefern. In den letzten

Jahren jedoch haben viele Medienunternehmen mit (finanziellen) Herausforderungen zu kämpfen – vom Rückgang der Anzeigenerlöse bis zu den sinkenden Abonnementzahlen. Das hat zu Einschnitten, Entlassungen und Druck auf die journalistische Integrität geführt hat. Eine Hauptmotivation für Journalist*innen, auf die Straße zu gehen, kann daher auch in der Verteidigung der journalistischen Prinzipien und Werte liegen.

Es bleiben dennoch Fragen. Ist ein Streik der richtige Weg? Bringt Streiken den Arbeitsplatz in Gefahr? Und wiegt die Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit höher? Unterbricht ein Streik nicht den Informationsfluss und verhindert damit die notwendige Berichterstattung? Und machen auch genügend andere mit, damit der Streik überhaupt wahrgenommen wird?

Denn: Die Unterstützung der Kolleg*innen und eine gut organisierte Gewerkschaft sind entscheidend für den Erfolg eines Streiks. In einer Studie von Catharina Schmalstieg im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird dazu die „Alle-Gemeinsam-Strategie" propagiert, bei der nicht nur einzelne Berufsgruppen, sondern alle Beschäftigten, für die neue Tarife verhandelt werden, gemeinsam streiken und damit auch öffentlichkeitswirksam Zeichen setzen können. Und: „Der Grad der Beteiligung wächst in dem Maße, wie die Beteiligten das Geschehen verändern können. Partizipative Gewerkschaftsarbeit ist ein Grundpfeiler einer aktiven Streikkultur", so Schmalstieg.

Demokratie am Arbeitsplatz

Gerade auch in der Medienbranche ist Solidarität ein wichtiger Faktor. Denn im Gegensatz zu den angestellten Journalist*innen können Freiberufler*innen nur streiken, wenn sie fest in eine Redaktion eingebunden und vom Arbeitgeber wirtschaftlich abhängig sind (arbeitnehmerähnliche Freie). Ansonsten gelten sie als Unternehmer und haben kein Streikrecht. Sie haben allein die Möglichkeit, aus Solidarität zu Zeiten von Streiks Aufträge abzulehnen. Würden Freie, die DJV-Mitglied sind, dadurch Einkommenseinbußen erleiden, könnte der Verband unter bestimmten Bedingungen den Honorarausfall ersetzen.

Eine Studie der Universität Trier von Uwe Jirjahn und Thi Xuan Thu Le zeigt noch etwas anderes: In Betrieben, in denen Mitbestimmung möglich ist, unterstützen die Arbeitnehmer*innen eher Parteien, die sich für Arbeitnehmerrechte, Gleichstellung und Umverteilung einsetzen. Im Umkehrschluss sinkt in solchen Unternehmen die Neigung der Beschäftigten zu rechtsextremen Parteien – und zwar um deutliche 50 Prozent. Demokratie am Arbeitsplatz – und hierzu gehört in größeren Unternehmen auch das Recht zum Streik – führt dazu, dass Arbeitnehmer*innen unabhängig von Nationalität, Herkunft oder Rasse ein allgemeines Solidaritätsgefühl entwickeln.

Streiks – von der Antike bis heute

Als erster dokumentierter Streik gilt ein Sitzstreik in Ägypten im Jahr 1159 vor Christus. Weil ihnen der Lohn in Form von Nahrungsmitteln vorenthalten wurde, legten die Arbeiter kollektiv die Arbeit nieder. Der erste große Streik in Deutschland ereignete sich in einer der Zeitungsproduktion nahen Branche: 1873 taten sich Buchdrucker und Setzer zusammen und erkämpften sich so erstmals einen Flächentarifvertrag, der am 9. Mai 1873 in Kraft trat. (*mic*)

Anzeige

2024

akademie der bayerischen presse

Seminare für Journalist:innen und PR-Profis

Aus unserem Programm

Präsenz-Seminare (ganztägig):
Interview (4. - 8. März)
Krisenkommunikation (7. - 8. März)
Fachtexte redigieren (7. - 8. März)
Public Relations I (11. - 15. März)
Datenjournalismus (13. - 15. März)

Webinare:
Interne Kommunikation auf allen Kanälen (29. Februar - 1. März, 2 Tage)
Datenschutz für Homeoffice und mobiles Arbeiten (4. März, 3 Std.)
Podcast mit einfachen Mitteln (4. - 6. März, 3 Vormittage)
Online-Journalismus – der Crashkurs (4. - 8. März, 5 Tage)
So gelingt Ihr Selbstmarketing auf LinkedIn (12. März, 90 Minuten)
Mit KI-Hilfe Titel und Teaser texten (18. März, 1 Tag)

Akademie der Bayerischen Presse
Domagkstr. 34 · 80807 München · Tel.: 089 49 99 92-0 · adp@adp.de

Schlechte Stimmung zum Geburtstag beim *BR*

Die Mitarbeitenden wollen endlich mehr Geld, der Sender muss sparen

Von Maria Goblirsch

Der *Bayerische Rundfunk* (*BR*) feiert den 75. Geburtstag. Am 25. Januar 1949 übergab die US-Militärregierung in Bayern die Lizenzurkunde zur Gründung als Anstalt des öffentlichen Rechts an den ersten Intendanten Rudolf von Scholtz.

Just an diesem Tag im Jahr 2024 fand die erste Runde der Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften BJV, Verdi sowie der unisono – Deutsche Musik- und Orchester-Vereinigung und dem *Bayerischen Rundfunk* im Münchner Funkhaus statt. Und die Gewerkschaften brachten zu diesem Treffen ein besonderes Geschenk mit: Sie forderten 10,5 Prozent mehr an Vergütung für Festangestellte und Mitarbeitende mit 12a-Status. Plus eine Reihe struktureller Veränderungen.

„Die KEF ist keine Tarifpartei“

Nicht ganz das, was sich *BR*-Finanzchef Albert Frenzel vielleicht zum Jubiläum gewünscht hätte. Der stellvertretende Intendant des Senders ist alles andere als frei in der Entscheidung, wie hoch eine Steigerung bei Gehältern und Honoraren ausfallen darf. Das spiegelt sich auch darin wider, dass der *BR* am 25. Januar am Verhandlungstisch kein Angebot vorlegte. Die Begründung: Der Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) liege noch nicht vor. Dieser wird erst Mitte Februar erwartet.

Diese KEF hat massiven Einfluss. Sie legt im Vierjahresturnus die Steigerungsraten für verschiedene Kostenarten wie etwa die Personalkosten fest und hat dem *BR* in den letzten Jahren einen massiven Spardruck auferlegt. „Die KEF gibt den Sendern zudem faktisch vor, wie hoch der Tarifabschluss ausfallen darf. Das halte ich für rechtswidrig. Denn die KEF ist keine Tarifpartei, auch wenn sie sich manchmal so aufführt“, so die Kritik von *BR*-Verwaltungsrat Dr. Wolfgang Stöckel. Gehe ein Sender mit dem Tarifabschluss über die KEF-Empfehlung, dann müsse er diesen „Fehlbetrag“ an anderer Stelle im Haushalt wieder einsparen.

Im *BJVreport* 1/2023 betonte *BR*-Finanzchef Frenzel: „Die KEF erwartet von den Rundfunkanstalten, dass sie sich an den Tarifabschlüssen des Öffentlichen Dienstes orientieren.“ Daran erinnern ihn die Verhandler*innen von BJV, Verdi und unisono jetzt gern. Denn der Öffentliche Dienst hat 2024 eine Erhöhung von 10,5 Prozent gefordert.

Der *BJVreport* fragte beim stellvertretenden Intendanten nach, ob sich der *BR* denn auch in diesem Jahr an den Abschluss des öffentlichen Dienstes orientieren werde. Doch auf diese und weitere Fragen wollte Albert Frenzel nicht antworten und verwies auf die Verhandlungen, denen er nicht vorgreifen wolle.

So werden sich die Tarifparteien im Münchner Funkhaus sicher noch einige Male gegenübersitzen. Bei der letzten Runde 2022 waren es sieben Treffen bis zum Abschluss. Für die Forderungen der Gewerkschaften streiten BJV-Geschäftsführer Dennis Amour, die stellvertretende Vorsitzende Andrea Roth, selbst als feste Freie und Autorin für den *BR* tätig, die *BR*-Redakteurin Barbara Kammerer. sowie BJV-Syndikusanwalt Ulrich Lewandowski und die Mitstreiter*innen von Verdi und unisono. Gegenüber nehmen Albert Frenzel, die Personalchefin Monika Rapp und weitere Personen aus der Führungsebene unterschiedlicher Direktionen teil.

Strategie und Taktik punkten wie bei einem Schachspiel. Wichtig ist etwa die Sitzordnung, um Augenkontakt zum Verhandlungsgegner zu halten und seine Reaktionen abschätzen zu können. Es wird viel Kaffee getrunken, es wird auch mal laut am Tisch oder die oder der eine oder andere verlässt den Saal. Und es braucht immer wieder Pausen, um Angebote und Teilergebnisse im jeweiligen Haus abzustimmen.

Die Gewerkschaften gehen mit einer gemeinsamen Forderung in die Verhandlungen, das macht sie – auch im Fall eines Warnstreiks – schlagkräftiger. Aber auch die Sender stimmen sich untereinander vor einem Abschluss ab. Der *SWR* war im letzten Jahr Vorreiter, und Insider berichten, dass dieser Sender auch 2024 wieder von der *ARD* einen (möglichst niedrigen) Pilotabschluss erringen soll, dem dann die anderen Landesanstalten folgen.

Die Mitarbeitenden beim *BR*, vor allem die 12a-ler, sind durch den zunehmenden Arbeitsdruck und massive Einsparungen bei Honoraren und Planstellen frustriert. Tamara Link, Vorsitzende der Fachgruppe Rundfunk im BJV und selbst feste *BR*-Freie, kritisiert die Arbeitsverdichtung für Freie in den Schichtdiensten. Zudem hätten die festen Freien große Sorgen, weil die Werkshonorare bei den Magazinen und den langen Formaten gerade neu verhandelt würden. Ein großes Problem sei auch, dass die Redaktionen nicht mehr für die Themenvorschläge zahlten, obwohl sie verlangten, dass diese bereits ausformuliert sein sollen, was oft ein oder zwei Wochen Arbeit beschere.

Dieser Frust bringt die 12a-ler in großer Zahl auf die Straße, wenn es zu einem Warnstreik kommt. Auch im Jahr 75 nach Gründung des *BR* wünschen sie sich mehr Wertschätzung für ihre Arbeit und endlich eine angemessene Bezahlung. Sie stehen zu ihrem Sender, sie gestalten das Programm, für das der Sender sich jetzt gerade feiert.

www.djv.de/fairnessfunkt

„10,5 Prozent bei Laufzeit von zwölf Monaten“

Die Tarifverhandlungen beim *BR* laufen seit 25. Januar

Von Maria Goblirsch

Was können die festangestellten und freien Mitarbeiter*innen mit 12a-Status beim *BR* im Jahr 2024 an Steigerung bei Gehältern und Honoraren erwarten? Das wollten wir von BJV-Geschäftsführer Dennis Amour wissen.

Mit welchen Forderungen ist der BJV in die Gespräche gegangen?

Dennis Amour: Das Wichtigste für unsere Mitglieder ist, dass es nach dem bescheidenen Abschluss 2022 von 2,8 Prozent in diesem Jahr endlich eine deutliche Steigerung in der Vergütung gibt. Wir haben dazu eine Forderung aufgestellt, die bei 10,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten liegt – und die meinen wir sehr ernst. Das ist aufgrund der hohen Inflationsrate von 5,9 Prozent eine valide und nicht übertriebene Forderung.

BR-*Finanzchef Albert Frenzel hat bei den letzten Verhandlungen im November 2022 einen höheren Abschluss mit dem Argument verwehrt, dass sich der Sender eng an dem Ergebnis des öffentlichen Dienstes zu orientieren habe. Wenn diese Anbindung auch 2024 gilt, dann könnten die* BR-*Mitarbeitenden sich in diesem Jahr auf ein sattes Plus freuen.*

Wir vertrauen auf das, was man uns in den letzten Verhandlungen immer vor Augen geführt hat und starten mit den 10,5 Prozent, die auch im öffentlichen Dienst gefordert wurden. Da nehmen wir die Gegenseite beim Wort. Und hier sind wir uns auch mit unseren Kooperationspartnern Verdi und der Orchestervereinigung einig.

Die DJV-Landesverbände gehen zum ersten Mal in diesem Jahr mit einer gemeinsamen Forderung in die Verhandlungen.

Ja, der DJV geht mit der Forderung von 10,5 Prozent bundesweit in die Gespräche mit den Sendern. Die Verhandler*innen innerhalb des DJV stimmen sich in Schaltkonferenzen ab, um im engen Schulterschluss zu agieren.

In der Tarifrunde 2024 geht es nicht nur um die Festangestellten, sondern auch um die so genannten festen Freien mit 12a-Status.

Das ist eine starke und sehr aktive Gruppe innerhalb der Beschäftigten im Sender. Wir belassen es hier nicht bei der Forderung nach einer 10,5-prozentigen Erhöhung der Mindest- und Höchsthonorare und des Honorarrahmens, sondern wollen zusätzlich auch strukturelle Verbesserungen erreichen.

Was fordert der BJV hier konkret?

Der Sender schraubt gerade an vielen Ecken und Enden, da ist der teilweise Umzug nach Freimann, die Redaktionen werden umgebaut und es wackeln immer auch Posten von freiberuflichen Beschäftigten. Deswegen fordern wir einen Beendigungsschutz für feste Freie für die Dauer des Umbauprozesses im *BR*, mindestens aber bis Ende 2028. Außerdem soll es eine Verbesserung der Altersvorsorge in Form eines weiteren Zuschusses geben und strukturelle Verbesserungen bei den Ausfallzeiten etwa wegen Eltern- oder Pflegezeiten sowie bei Langzeiterkrankungen. Wir fordern schließlich den Sender auf, das Meldesystem für Internetseiten bei der VG Wort einzuführen, also so genannte Zählpixel für die Onlinebeiträge zu hinterlegen. Wenn der Sender sich schon nicht in der Lage sieht, die Honorare entsprechend zu erhöhen, so soll er wenigsten alles tun, um die Verdienstmöglichkeiten der Freien zu verbessern.

*Wie sieht es für die Volontär*innen aus?*

Auch hier fordern wir eine lineare Erhöhung von 10,5 Prozent, mindestens aber 250 Euro bei einer Laufzeit von zwölf Monaten.

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs bei den Rundfunkanstalten (KEF) hat für die ARD *und das* ZDF *eine Erhöhung bei den Personalkosten von nur 2,71 Prozent empfohlen.*

Nach ersten Informationen geht die KEF wohl in ihrem Bericht davon aus, dass es weitere Maßnahmen braucht, um das höher liegende Verdienstniveau im öffentlich-rechtlichen Rundfunk an das des öffentlichen Dienstes anzugleichen. Das bedeutet faktisch, dass die Steigerung bei den Sendern nicht so hoch ausfallen darf, wie im öffentlichen Dienst, weil sich sonst dieser Abstand ja nicht verringert. Das macht uns schon etwas nachdenklich.

Wie sieht es mit der Streikbereitschaft der Belegschaft beim BR *aus?*

Wir haben in einer Umfrage unter unseren Mitgliedern, die beim *BR* beschäftigt sind, festgestellt, dass die Streikbereitschaft hoch ist. Gerade bei den festen Freien ist der Druck hoch, diese Gruppe hat bereits an den letzten Streiks im November 2022 in großer Zahl teilgenommen. Die Umfrage hat auch gezeigt, dass die Mitarbeitenden nun ein Plus bei der Vergütung erwarten, das deutlich über dem Abschluss von 2023 ausfällt. Da ist der Frust groß.

VERSICHERUNGEN

NÜRNBERGER VERSICHERUNG

Ulrich Zeidner
Leiter Unternehmenskommunikation

Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg
Telefon 0911 531-6221
Ulrich.Zeidner@nuernberger.de, www.nuernberger.de

VERSICHERUNGSKAMMER

Claudia Scheerer
Pressesprecherin
Tel.: 089 2160 3050
Mobil: 0160 58 27 868
claudia.scheerer@vkb.de

Ibrahim Ghubbar
Stellvertr. Pressesprecher
Tel.: 030 2633 804
Mobil: 0151 62 40 6283
ibrahim.ghubbar@vkb.de

Maximilianstraße 53
80530 München
www.vkb.de

BILDUNG/WISSENSCHAFT

Hanns Seidel Stiftung

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33 | 80636 München
Tel. (089) 12 58-473 | E-Mail: presse@hss.de

Hubertus Klingsbögl
Pressesprecher

www.facebook.com/HannsSeidelStiftung
www.twitter.com/HSSde
www.instagram.com/stiftungfuerdemokratie
www.youtube.com/HannsSeidelStiftung

www.hss.de

Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung

Bitte beachten Sie folgende Termine

Ausgabe *BJVreport*	Anzeigen- und Redaktionsschluss	letzter Termin für Druckvorlagen	Erscheinung Auslieferung
1/2024	12. Januar	1. Februar	20. Februar
2/2024	8. März	21. März	10. April
3/2024	14. Juni	27, Juni	15. Juli

Alle Termine vorläufig, geringe Verschiebungen sind möglich.

Anzeigenmarketing *BJVreport*:
Mediasüd, Robert Macher, Telefon 09 11 / 988 11 264,
robert.macher@mediasued.de

KAMMERN

BAYERISCHE LANDESÄRZTEKAMMER

Dagmar Nedbal
Referatsleiterin
Kommunikation, Politik, Marketing

Bayerische Landesärztekammer
Mühlbaurstraße 16
81677 München
Telefon: 89 4147-714
Mobil: 0172 7516157
E-Mail: presse@blaek.de
www.blaek.de

ENERGIE

Dr. Christian Blümm
Bereichsleiter Marketing und Kommunikation

energie schwaben

energie schwaben gmbh
Postfach 101526 | 86005 Augsburg
Bayerstraße 43 | 86199 Augsburg
Telefon +49 821 9002-360
christian.bluemm@energie-schwaben.de
www.energie-schwaben.de

N·ERGIE

Heiko Linder
Leiter Konzernkommunikation

Michael Enderlein
Pressesprecher

Telefon 0911 802-58071
E-Mail: michael.enderlein@n-ergie.de
Am Plärrer 43, 90429 Nürnberg, www.n-ergie.de

bayernwerk

Maximilian Zängl
Leiter Unternehmens-kommunikation
Pressesprecher

Bayernwerk AG
Lilienthalstraße 7
93049 Regensburg
T 09 41-2 01-78 20
F 09 41-2 01-70 23
M 01 79-1 38 98 27
maximilian.zaengl@bayernwerk.de
www.bayernwerk.de

ENERGIE

LEW
Lechwerke

Ansprechpartner für die Presse

Dr. Thomas Renz
Leiter Kommunikation
T +49 821 328-1862
thomas.renz@lew.de

Ingo Butters
Pressesprecher
T +49 821 328-1673
ingo.butters@lew.de

Lechwerke AG • Schaezlerstraße 3
86150 Augsburg • www.lew.de
presse@lew.de

Rufbereitschaft T +49 821 328-1651

VERKEHR

VAG

Heiko Linder
Leiter Konzernkommunikation

Elisabeth Seitzinger
Pressesprecherin
Am Plärrer 43, 90429 Nürnberg
Telefon 0911 271-3613
E-Mail: elisabeth.seitzinger@stwn.de
www.vag.de

FINANZEN

GVB Genossenschaftsverband Bayern

Dr. Gerald Schneider
Pressesprecher

Türkenstraße 22-24 · 80333 München
Tel. 0 89/28 68-34 01 · Mobil: 0176/10 16 84 03
Fax 0 89/28 68-34 05
E-Mail presse@gv-bayern.de
www.gv-bayern.de

Sparkassenverband Bayern

Eva Mang
Pressesprecherin
Vorstandsstab

Karolinenplatz 5, 80333 München
Telefon: +49 89 2173-2009
Mobil: +49 170 2208491
E-Mail: eva.mang@svb-muc.de

VGN **Verkehrsverbund Großraum Nürnberg GmbH**
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Manfred Rupp
Tel. 0911 27075-543
manfred.rupp@vgn.de

Melinda Burmeister-Neuls
Tel. 0911 27075-549
melinda.burmeister@vgn.de

VGN • Rothenburger Straße 9 • 90443 Nürnberg
Fax 0911 27075-50 • www.vgn.de • info@vgn.de

Flughafen München GmbH
Hans-Joachim Bues
Leiter Kommunikation und Politik

Henner Euting
Leiter Presse

Postfach 23 17 55
85326 München
Telefon (089) 975-4 10 00/-4 11 00
Telefax (089) 975-4 10 06
achim.bues@munich-airport.de
henner.euting@munich-airport.de
www.munich-airport.de

UNTERNEHMEN

AUDI AG
Kommunikation
85049 Ingolstadt

Telefon: +49 841 89-0
E-Mail: info@audi-mediacenter.com
Internet: www.audi-mediacenter.com

Dirk Arnold
Leiter Kommunikation
Telefon: +49 841 89-92033
E-Mail: dirk.arnold@audi.de

Antje Maas
Unternehmen
Telefon: +49 841 89-34084
E-Mail: antje.maas@audi.de

Jörg Lindberg
Produkt, Technologie, Motorsport
Telefon: +49 841 89-44335
E-Mail: joerg.lindberg@audi.de

Werden Sie Unterstützer

Unterstützen auch Sie die Arbeit des Bayerischen Journalisten-Verband e. V. mit Ihrer Anzeige im Pressestellen-Verzeichnis und bieten Sie damit Journalisten den Service, Sie schnell zu finden! Angebote und Mediadaten erhalten Sie bei **Mediasüd, Robert Macher, Tel. 0911/98811264**

UNTERNEHMEN

St. Theresien-Krankenhaus Nürnberg

Fachkompetenz
mit Kopf, Herz & Hand

Anja Müller
Leiterin Unternehmenskommunikation

Telefon 0911 5699-201
Telefax 0911 5699-447
Mobil 0171 5659262
anja.mueller@theresien-krankenhaus.de

Mommsenstraße 24
90491 Nürnberg
www.theresien-krankenhaus.de

UNTERNEHMEN

Leiter Communications

Thomas Bauer
OMV Deutschland GmbH
Haiminger Str. 1
84489 Burghausen

Tel. +49 (8677) 960-2200
Fax +49 (8677) 960-62200
Mobil +49 160 90762882

thomas.bauer@omv.com
www.omv.de

OMV

BMW GROUP

ROLLS-ROYCE MOTOR CARS LTD

Maximilian Schöberl
Konzernkommunikation und Politik
Telefon: +49(0)89-382-37446
E-Mail: Maximilian.Schoeberl@bmwgroup.com

Alexander Bilgeri
Kommunikation Personal, Produktion, Einkauf, Nachhaltigkeit
Telefon: +49(0)89-382-19175
E-Mail: Alexander.Bilgeri@bmwgroup.com

Nikolai Glies
Kommunikation Konzern, Finanzen, Vertrieb, Produkt, Technologie, Design
Telefon: +49(0)89-382-47712
E-Mail: Nikolai.Glies@bmwgroup.com

Postanschrift
BMW AG
D-80788 München

Hausanschrift
BMW AG
Petuelring 130
80788 München

Telefon: +49(0)89-382-0
Fax: +49(0)89-382-25858
E-Mail: presse@bmw.de

Internet: www.press.bmw.de

StWN
Städtische Werke Nürnberg GmbH

Heiko Linder
Leiter Konzernkommunikation

Elisabeth Seitzinger
Pressesprecherin
Am Plärrer 43, 90429 Nürnberg
Telefon 0911 271-3613
E-Mail: elisabeth.seitzinger@stwn.de
www.stwn.de

DIEHL

Verw.-Betriebswirt (VWA)
Michael Prymelski
Generalbevollmächtigter Konzernkommunikation

Diehl Stiftung & Co. KG
Stephanstraße 49, 90478 Nürnberg
Telefon +49 947-2492
info@diehl.com, www.diehl.com

wbg Nürnberg Immobilien

Die wbg Nürnberg ist die führende kommunalverbundene Unternehmensgruppe der Wohnungswirtschaft in der Metropolregion Nürnberg.

Dieter Barth
Leiter Unternehmenskommunikation, Pressesprecher

Telefon: 09 11 / 80 04 - 139
Telefax: 09 11 / 80 04 - 201
barth@wbg.nuernberg.de

Glogauer Straße 70
90473 Nürnberg
www.wbg.nuernberg.de

Wir gestalten LebensRäume.

E-T-A
ENGINEERING TECHNOLOGY

THOMAS WEIMANN
Leiter Unternehmenskommunikation

E-T-A Elektrotechnische Apparate GmbH
Industriestraße 2-8 // 90518 Altdorf
+49 9187 10-227 +49 9187 10-448
@ Thomas.Weimann@e-t-a.de

www.e-t-a.de

LEONI

LEONI AG
www.leoni.com
presse@leoni.com

Gregor le Claire
Konzernpressesprecher
0911 2023 - 226
gregor.leclaire@leoni.com

Sven Schmidt
Standortkommunikation
0911 2023 - 467
sven.schmidt@leoni.com

Mark C. Schneider
Leiter Kommunikation & IR
0911 2023 - 435
mark.schneider@leoni.com

Marco Rüb
Fachmedien Bordnetze
09321 304 - 5284
marco.rueb@leoni.com

UNTERNEHMEN

Europas größter Hersteller für Holz- und Blechblasinstrumente
Zwölf Marken - alle Blasinstrumente

BUFFET CRAMPON

Christine ENGEL

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Buffet Crampon Deutschland GmbH
Seniweg 4 - 82538 Geretsried

M / +49 (0)174 880 9377
christine.engel@de.buffetcrampon.com
www.buffetcrampongroup.com

Instrument des Jahres 2024: Die **TUBA**

VERBÄNDE

BAUINDUSTRIE BAYERN

Dr. Josef Wallner, Dipl.-Volkswirt
Wirtschaftspolitik | Öffentlichkeitsarbeit

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
Oberanger 32/VI | 80331 München
Telefon +49 89 235003-33
Fax +49 89 235003-71
j.wallner@bauindustrie-bayern.de
www.bauindustrie-bayern.de

MESSEN/AUSSTELLUNGEN

AFAG
WIR MACHEN MESSEN

Juliane Heißer
Pressereferentin

Kathrin Redel
Pressereferentin

AFAG Messen und Ausstellungen GmbH
Messezentrum 1
90471 Nürnberg
☏ (0911) 9 88 33 - 555
(0911) 9 88 33 - 245
presse@afag.de
www.afag.de

Ist Ihr Eintrag noch aktuell?

Bitte prüfen Sie Ihren Pressestellen-Eintrag in jeder Ausgabe. Text- und Farbkorrekturen, Logo-Änderungen erledigen wir gerne für Sie – nach Ihren Vorgaben und kostenlos!

Ihr BJV-Kontakt für Anzeigen und Pressestellen-Einträge: Mediasüd, Robert Macher, Telefon 09 11 / 988 11 264, robert.macher@mediasued.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Wolfgang Grebenhof,
stellvertretender Vorsitzender
Bayerischer Journalisten-Verband e.V.
St.-Martin-Str. 64, 81541 München
Tel. 089 5450 418-0, Fax -18
info@bjv.de – www.bjv.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Wolfgang Grebenhof, stellvertretender Vorsitzender
grebenhof@bjv.de
Tel. 0171/4156029

Anschrift der Redaktion:
Michaela Schneider,
Joseph-Seitz-Straße 37, 97076 Würzburg
Tel. 0931 45461280
ich-schreibe@t-online.de
Leitende Redakteurin:
Michaela Schneider

Redaktionsmitglieder:
Johannes Michel: jmichel@journalist-michel.de,
Maria Goblirsch: goblirsch@bjv.de
Thomas Mrazek: kontakt@thomas-mrazek.de

Autoren dieser Ausgabe:
Anne Webert (T), Michaela Schneider (T), Günter Schneider (F), Benedikt Siegert (F), Ralf Lienert (F), Senta Krasser (T), Oliver Clausen (F), Peter Jülich (F), Bene Mülle (F), Raimar von Wienskowski (F), Aljoscha Kostomlatsk (F), Flo Hagena (F), Thomas Mrazek (T), Sebastian Haupt (G), Johannes Michel (T), Thomas Geiger (F), Roland Jalkh (F), Maria Goblirsch (T), Michaela Schneider (T), Yannick Hupfer (T, F), Sachelle Babbar (F), Marcus Meyer (T), Harald Stocker (F), Jim Albright (F), Martina Dankof (F), Sebastian Müller (T), Sophie Linckersdorff (F), David-Pierce Brill (F), Wilfreid Hösl (F), Benedikt Frank (T), Jana Isliniger (F), Barbara Weidmann (T), Anja Cord (F), Vera Johannsen (F), Enric Mammen (F), Patricia Neligan (F), Gild (F), Heike Rost (F).

FSC www.fsc.org
MIX
Papier | Fördert gute Waldnutzung
FSC® C128922

Gestaltung: Mediaservice Rudi Stix
Titelbild: Benedikt Siegert

Verantwortlich für Anzeigen:
Mediasüd Robert Macher, Tel. 09 11/988 11-264, Fax -265, robert.macher@mediasued.de

Anzeigenvorlagen (CMYK) per Mail (PDF) an robert.macher@mediasued.de oder nach Absprache per Post mit dem Vermerk „BJVreport“ direkt an die Druckerei (Anschrift siehe unten)

Auflage: 7000 Exemplare
Erscheinungsweise: 5x jährlich

Redaktions- und Anzeigenschluss für Ausgabe 2/2024: 10. März 2024
Erscheinungstermin: 10. April 2024

ISSN: 0947-8337
Copyright 2023 by BJV & Autoren
Druckerei:
Himmer GmbH Druckerei & Verlag
Steinerne Furt 95
86167 Augsburg / www.himmer.de

Über den Tellerrand geschaut

Wie arbeiten Menschen, die im Hintergrund dafür sorgen, dass unsere Medien zuverlässig erscheinen? Wir blicken über den Tellerrand und erzählen ihre Geschichten

„Das Mädchen für Alles“

Die Pforte der *Augsburger Allgemeine* ist immer besetzt, 24 Stunden, sieben Tage die Woche. Doch: Was sind die Aufgaben eines Pförtners?

Von Yannick Hupfer

Fenster auf! Pförtner Karl Schwalber bei der Arbeit. Foto: Yannick Hupfer

Karl Schwalbers Beruf ist „klimatisch herausfordernd“ – wie er es nennt. Schwalber ist nicht Gärtner, er ist kein Schiffsmann auf rauer See, er arbeitet: an der Pforte der Mediengruppe Pressedruck in Augsburg. Und das ist gerade jetzt im Winter wegen der Kälte nicht ganz einfach. Im Sommer heizt die Glasfassade auf, im Winter zieht es. Von Weitem kommt ein Herr mittleren Alters an die Pforte, Schwalber öffnet sein kleines Fenster, streckt die Ohren gen Öffnung. Die kalte Luft strömt in das Häuschen. „Ein Auto, bitte“, sagt der Mann. Schwalber dreht sich nach rechts, sucht in seinem Computer nach einem verfügbaren Poolfahrzeug auf dem Gelände und bucht es: „Das hier ist wie eine Autovermietung“, scherzt er. Dann gibt er noch den Schlüssel aus dem Fenster, fertig. Fenster wieder zu. Jetzt muss die Heizung direkt unter dem Fenster ihr Bestes geben, um den Raum wieder zu erwärmen.

Karl Schwalber ist ein gemütlicher Mann, 63 Jahre, Typ: Pläuschchen vor Hektik. Gewissenhaft, aber ohne sich aus der Ruhe bringen zu lassen. Eins nach dem anderen. Mit der Brille auf und dem Schnauzer unter der Nase lächelt er jeden an, der da zu ihm kommt. Schwalber nennt sich selbst: „Das Mädchen für Alles.“ Bereits seit über vier Jahren ist er an der Pforte, davor hatte er verschiedene Jobs in der Technik.

> **„Jeder kennt dich, du kennst aber meistens nur die Gesichter von den anderen.“**
> Pförtner Karl Schwalber

Seit fast 20 Jahren ist er bei der Mediengruppe Pressedruck beschäftigt. Zu ihr gehören neben der *Augsburger Allgemeine* unter anderem auch *Hitradio rt1* und der Fernsehsender *a.tv*. Und alle kommen sie an seiner Pforte vorbei.

Ein älterer Herr steht vor dem Fenster. Die Zeitung kam nicht. Auch dafür ist Schwalber zuständig: erste Anlaufstelle für Leser*innen sein. „Wir bräuchten dringend Zusteller“, sagt Schwalber und zwinkert den Mann an. „Ne, mir reicht meine Rente“, entgegnet der, nimmt die Zeitung und geht zufrieden. Manchmal ist der Pförtner eben auch Personaler.

Bevor Karl Schwalber hier anfing, fragte er seinen Chef, was man an der Pforte machen müsse: „Eine der ersten Sachen, die er sagte: Freundlich sein.“ Doch das ist bei Weitem nicht das Einzige: LKW und Handwerksfirmen kontrollieren, einweisen und einlassen, das Gelände mit Kameras überwachen, Arbeitszeiten erfassen, Poolfahrzeuge ausgeben, Besucher*innen empfangen und weitervermitteln, das zentrale Telefon behüten. Und nicht zuletzt: Das erste Gesicht sein, das alle morgens sehen, wenn sie zur Arbeit kommen. „Jeder kennt dich, du kennst aber meistens nur die Gesichter von den anderen“, schmunzelt er.

Fiiiiiiiiiiiiiiiiiiieeeeeeeeeep. Es piepst in Schwalbers Pforte. Jemand möchte auf den Parkplatz fahren. Routiniert nimmt er den Hörer ab: „Der Empfang, grüß Gott." Bei ihm kann es schon einmal stressig werden. Nämlich dann, wenn ein Leser am Fenster, ein Auto an der Schranke und ein LKW vor der Tür stehen. Doch Schwalber meistert solche Situationen mit Gelassenheit und Erfahrung. Er kontrolliert ganz genau, welcher LKW mit welcher Ladung wohin muss – und wie lange er bleibt. Alles wird notiert. Privatfahrzeuge dürfen nicht aufs Gelände, ebenso Roller oder Fahrräder. Schwalber ist der Türsteher. Damit sorgt er auch für Sicherheit. Alle Vorgänge auf dem Betriebsgelände überwacht er zudem mit zahlreichen Kameras auf seinen Monitoren.

Karl Schwalber liebt seinen Job, man sieht es am leichten Grinsen, wenn er über die Arbeit redet: „Dieser Job ist so abwechslungsreich." Doch natürlich hat er auch Nachteile, zum Beispiel Schichtarbeit. Die vier Vollzeit- und fünf Teilzeitkräfte an der Augsburger Pforte arbeiten in drei Schichten, immer abwechselnd. „Man muss den ganzen Alltag darauf ausrichten", erklärt Schwalber. Durch die Nachtschichten helfen ihm Kaffee und Kamerateams. Die haben nämlich oft Abendtermine und kommen dann wieder im Verlagshaus an. Richtig viel los ist dann kurz vor Mitternacht: „Im Sekundentakt fahren Autos raus und rein." Es sind Zeitungsausträger, die die ersten Zeitungen für den nächsten Tag aufladen wollen. Schwalber hat sie alle im Blick, sie kommen alle an ihm vorbei; kein Auto bleibt unbemerkt.

Genauso wie die Politprominenz. Eines Tages, erzählt Schwalber und lächelt pragmatisch, waren Gäste der SPD für ein Interview bei ihm angemeldet. Es war die Zeit vor der Bundestagswahl. Die schwäbische SPD fuhr auf den Besucherparkplatz, drei jüngere Leute kamen auf sein Fenster zu. Zwei von ihnen sprachen mit ihm, einer versteckte sich im Hintergrund. „Dann gucke ich nochmal und dann stand da, ohne einen Mucks zu machen, der Kevin Kühnert", erinnert er sich und ergänzt: „… klein wie er ist." Schwalber habe das Gefühl gehabt, er wolle gar kein großes Aufsehen erregen. Andere Politiker*innen können da auch anders sein.

Wohin mit Klaus Holetschek?

Es war spätnachmittags während der Corona-Pandemie, als ein Auto vorfuhr. Ein Mann kommt auf Schwalbers Pforte zu: der damalige Gesundheitsminister und heutige Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag, Klaus Holetschek. Schwalber hat ihn sofort erkannt. „Dann freuen sie sich immer", lacht der Pförtner. Er habe einen Interview-Termin in seinem Kalender stehen, ob er hier richtig sei, fragte der bayerische Minister. Schwalber telefonierte, doch niemand im Haus wusste etwas vom Termin. Holetschek zeigte ihm seinen Terminkalender, immer und immer wieder. „Ich dachte mir: Das kann doch nicht sein, dass das nicht stimmt." Der Termin allerdings war für die Live-Sendung am Samstag, Holetschek war zu früh da. Also rief Schwalber TV-Moderator Jan Klukkert an. Und der verpflanzte den Gesundheitsminister kurzerhand wenige Minuten später ins Fernsehstudio. Auf seinen Moderationskarten: blanke Leere. Doch er sagt: „Holetschek war zufrieden und kam nicht umsonst." Und nach einer Stunde war er auch schon wieder weg, der Gesundheitsminister.

Es surrt immerzu in der Pforte. Leise und doch hörbar. Im Hinterzimmer des Trubels, Backstage, stehen Kaffeemaschine, Tisch und große Schränke. Rund 300 Rauchmelder aus dem gesamten Gebäude laufen hier zusammen. Karl Schwalber muss sie im Blick behalten, falls einer Alarm schlagen sollte. Dann kommt die Feuerwehr, es gibt ausgedruckte Pläne wo welcher Melder hängt – und wo es somit brennt. Schwalber muss die Feuerwehr dann koordinieren: „Da darf ich nicht auf dem Klo sitzen, wenn das passiert." Ohnehin bleibt ihm dafür wenig Zeit. Schwalber ist in der Pforte auf sich alleine gestellt, doch das gefällt ihm: „Der Vorteil am Pförtner-Job ist: Jeder ist sein eigener Herr."

Doch alleine ist er deswegen fast nie. Für ein kurzes Pläuschchen ist bei ihm immer Zeit. Für den Job brauche es viel Empathie, erklärt Schwalber. Viele Leute kommen mit ihren Sorgen und Problemen zu ihm, gerade wenn er am Wochenende Telefondienst hat. Manchmal würden auch junge Leute anrufen und nach einem Job fragen. Schwalber berät sie dann und leitet sie an die zuständigen Personen im Haus weiter. „Man muss den Problemlöser spielen", erklärt der Pförtner.

Alle kommen sie vorbei

Und schon steht wieder jemand vor seinem Fenster. Er wolle einen Drucker reparieren, sagt der vor Kälte schlotternde Mann und fragt, wo er hin müsse. Von Zeitungsleser*innen über Mitarbeitende bis zu Handwerker*innen: Alle kommen sie bei Karl Schwalber vorbei. „Da sieht man mal, was in so einer Firma los ist." Und jetzt Fenster zu, es zieht.

Leserbrief

In der Titelstrecke des *BJVreport* 05/2023 setzte sich das Redaktionsteam mit dem Thema Medienkonzentration in Bayern auseinander. Dazu erreichte uns folgender Leserbrief:

Gerade die Veränderungen auf dem Markt der Lokalzeitungen machen mehr als Sorge. Als Regional-Redakteur beim *Bayerischen Rundfunk* bin ich auf gute Berichterstattung dort angewiesen, weil ich in München so zu den wertvollen Geschichten aus der Region kommen und den Überblick über die Entwicklungen auf dem Land behalten kann. Diese Konzentration macht nicht nur die überregionale Qualität und Vielfalt des Journalismus kaputt, sondern die Ausdünnung führt auch im Lokalen zu immer weniger guten Geschichten, die wir fürs Fernsehen, Radio und digitale Medien brauchen. Und woher soll der gute Nachwuchs im Lokalen kommen, bei solch einer negativen Entwicklung?

Der Umbruch ins Digitale ist disruptiv bis zum Exzess und man zittert sogar um die ganz großen Zeitungen, weil sich die Menschen lieber in den sozialen Medien informieren – umsonst, bubble-gefiltert und leider oft völlig unzuverlässig oder kontraproduktiv für eine liberale, demokratische Gesellschaft.

Als Festangestellter beim *BR* muss ich zumindest nicht um die Arbeitsstelle fürchten wie meine lokalen Kollegen von Print und Radio. Jammern hilft nicht – aber berichten. Das haben Sie und Ihr Journalistenteam hier ganz ausgezeichnet umgesetzt.

Marcus Meyer, München

Neue Konzernstruktur verunsichert

Mediengruppe Oberfranken: Wer weiter als Reporter*in arbeiten will, musste in eine andere Gesellschaft wechseln. Der Betriebsrat blieb zunächst außen vor

Von Michaela Schneider

Wer als Journalist*in bei einer Tageszeitung arbeitet, will nicht selten vor allem eins: gute Artikel schreiben. Einige Kolleg*innen der Mediengruppe Oberfranken allerdings mussten sich nun entscheiden. Denn seit Anfang des Jahres wird im Konzern strikt getrennt zwischen Blattmacher*innen und Reporter*innen – in zwei unterschiedlichen Gesellschaften. Wer weiterhin schreiben will, musste von der Redaktionen GmbH & Co. KG in die Digitalhaus Franken GmbH wechseln – und zwar unter Aufgabe seines bisherigen Besitzstandes.

Eine Anfrage des *BJVreports* beantwortete Boris Haechler – Chefredakteur der Tageszeitungen *Fränkischer Tag*, *Coburger Tagblatt*, *Bayerische Rundschau*, *Saale-Zeitung* und *Die Kitzinger* und gleichzeitig Prokurist der Redaktionen GmbH & Co. KG wie auch Geschäftsführer verschiedener Tochtergesellschaften, unter anderem der Digitalhaus Franken GmbH – trotz ausreichender Frist erst mit zehntägiger Verspätung kurz vor unserem Andruck. Umfassend in den Artikel aufnehmen, konnten wir seine Antworten daher nicht mehr. Er betont darin die Notwendigkeit der Maßnahmen aus Gründen der Effizienz und der Digitalisierung, lässt Fragen zur Personalplanung, zum Stellenabbau und einem Sozialplan aber unbeantwortet. Seine vollständigen Antworten stehen nun online unter *bjvlink.de/mgo24*.

Betriebsrat fordert Informationen

Schon Ende 2022 war über einen Mitarbeiter zum Betriebsrat durchgesickert, dass eine größere Änderung kommen werde, erzählt Betriebsratsvorsitzender Matthias Litzlfelder. Demnach sollten wohl die Sportkolleg*innen als Team mit acht bis zehn Personen zum 1. Januar 2023 von der Redaktionen GmbH & Co. KG in die Digitalhaus Franken GmbH wechseln. 14 Stellen sollten insgesamt ausgeschrieben werden, alle Kolleg*innen hätten sich neu bewerben müssen. Verbleibende offene Stellen sollten extern ausgeschrieben werden. Dem Informanten des Betriebsrats gegenüber war damals auch geäußert worden, dass mittelfristig allen Reporter*innen der Wechsel in die Digitalhaus GmbH bevorstehen könnte. Der Betriebsrat wurde laut Litzlfelder aktiv, schaltete BJV-Justiziar Stefan Marx als Syndikus-Rechtsanwalt ein und forderte Informationen ein. Anwaltliche Schreiben wechselten hin und her. Der Betriebsrat habe noch keinen Informationsanspruch, da die bisherigen Überlegungen noch zu keinen konkreten Entscheidungen geführt hätten, hieß es laut Marx damals von Unternehmensseite, der Betriebsrat werde zu gegebener Zeit informiert. „Dann war lange Ruhe", sagt Litzlfelder. Die Auslagerung der Sportkolleg*innen schien vorerst abgewendet.

Im September 2023 legte die Geschäftsführung dem Betriebsrat dann ein Organigramm vor mit komplett neuer Unternehmensstruktur: Alle Reporter*innen sollten demnach in die Digitalhaus Franken GmbH wechseln. In der Redaktionen GmbH und Co. KG indes sollten in Zukunft nur noch reine Blattmacher*innen arbeiten. Bereits einen Tag, nachdem der Betriebsrat in Kenntnis gesetzt worden war, informierte die Geschäftsführung die Belegschaft über die geplanten Änderungen. Im Oktober wurden mehr als 60 Stellen in der Digitalhaus Franken GmbH neu ausgeschrieben. Die Bewerbungsgespräche führte deren Geschäftsführer Boris Hächler, der gleichzeitig die Hauptverantwortung für die personelle Struktur der Redaktionen GmbH & Co. KG trägt. Aus Sicht des Betriebsratsvorsitzenden Matthias Litzlfelder ist die Abgrenzung der beiden Firmen nur konstruiert. Vermutlich geht es der Geschäftsleitung laut Syndikusanwalt Marx nicht zuletzt darum, die alten Verträge mit den Reporter*innen nicht fortführen zu müssen und die Reporterstellen innerhalb der Belegschaft nach eigenem Gutdünken neu zu verteilen.

Die Krux war nun auch: Mit einer Bewerbung auf mehr oder weniger freiwilliger Basis mussten die Kandidat*innen eine Sieben-Tage-Woche mit Schichtdiensten ohne finanziellen Ausgleich in Kauf nehmen. Kolleg*innen, die bis dahin Tarifnachwirkung genossen, hätten diese aufgeben müssen. Wer sich gegen eine Bewerbung entschied, arbeitet nun seit 1. Januar als Blattmacher oder Blattmacherin. Oder andersherum: Wer weiter schreiben wollte, kam nicht umhin, in den sauren Apfel der schlechteren Konditionen zu beißen. Und so arbeiten nun seit Jahresbeginn Blattmacher*innen und Reporter*innen für zwei unterschiedlichen Gesellschaften und – sehr praxisfremd – mit strikt getrennten Redaktionssystemen. Teilweise sitzen sie nach wie vor im selben Raum wie die Reporter*innen, nur jetzt an unterschiedlichen Tischen.

Mediengruppe Oberfranken

Die Mediengruppe Oberfranken GmbH & Co. KG existiert seit 2009 und wurde Rechtsnachfolgerin der nicht mehr existierenden Fränkischer Tag GmbH & Co. KG. Die Mediengruppe gliederte sich von Beginn an in verschiedene Tochterfirmen auf und wurde im Laufe der Zeit immer komplexer mit mehreren Dutzend Gesellschaften unter dem Konzerndach. Die Redaktion war dann ab 2009 eine eigenständige Sparte, war anfangs noch in einer eigenen Gesellschaft und gehörte dann zur **Redaktionen GmbH & Co. KG**. Mit dem Betriebsübergang gingen damals die Arbeitsverhältnisse auf eine nicht tarifgebundene Gesellschaft über. Zuletzt gehörten der Gesellschaft rund 100 Mitarbeiter*innen an und sie zeichnete mit Bamberg, Kulmbach und Coburg für drei Betriebsstätten verantwortlich.

Die Gründung der **Mediengruppe Oberfranken** bedeutete seinerzeit auch das Ende eines gemeinschaftlichen Betriebsrats, 2010 gründeten sich Spartenbetriebsräte.

Die Digitalhaus Franken GmbH wiederum war aus einer alten Firma des Mediengruppe-Imperiums hervorgegangen, die wohl um 2021 reaktiviert und umfirmiert worden war. Das legt eine Gesellschaftsvertragsänderung im Februar 2021 nahe. Bis vor kurzem beschäftigte die Gesellschaft ein knappes Dutzend Arbeitnehmer*innen, die fürs Bezahlportal *www.fraenkischer-tag.de* verantwortlich zeichneten – und an bestimmten Schnittstellen mit den Kollegen der Redaktionen GmbH und Co. KG kooperierten.

Und: Einzelne Kolleg*innen, die sich bei der Digitalhaus Franken GmbH beworben hatten, wurden dort abgelehnt – darunter Betriebsrät*innen und langjährige Mitarbeiter*innen mit Tarifnachwirkung. Die Sorge sei groß, dass über kurz oder lang Kündigungen anstehen könnten bei der Redaktionen GmbH & Co. KG, sagt Matthias Litzlfelder. Im Herbst habe der Verlag angekündigt, dass der Posten fest angestellter Fotografen abgeschafft werden soll, berichtet der Betriebsratsvorsitzende. Ein Fotograf habe sich anschließend sogar bei der Digitalhaus Franken GmbH beworben, sei aber abgelehnt worden. Verlässliche Daten zur Personalbedarfsplanung in den Gesellschaften seien dem Betriebsrat nie vorgelegt worden, ergänzt Syndikus-Rechtsanwalt Stefan Marx.

Inzwischen laufen auf Initiative des Betriebsrats Sozialplanverhandlungen, um einen angemessenen Ausgleich für alle wirtschaftlichen Nachteile der Betriebsänderung zu schaffen, einschließlich der Kolleg*innen, die ins Digitalhaus gewechselt sind. Die Konzernspitze hatte Sozialplanverhandlungen wohl zunächst abgelehnt mit Verweis darauf, dass den Mitarbeiter*innen durch den Wechsel in die Digitalhaus Franken GmbH keine Nachteile entstünden und keine betriebsbedingten Kündigungen geplant seien.

Das Arbeitsgericht Bamberg verwies jedoch am 25. Januar 2024 unmissverständlich darauf: Der Wegfall von rund 50 Arbeitsplätzen bei der Redaktionen GmbH & Co. KG stelle eindeutig einen sozialplanpflichtigen Personalabbau dar. In der dortigen Verhandlung einigten sich Arbeitgeber und Betriebsrat nach dem Scheitern der Sozialplanverhandlungen auf die Person des Einigungsstellenvorsitzenden, so dass die Verhandlungen über einen angemessenen Sozialplan nun wohl in Kürze vor der Einigungsstelle fortgeführt werden können.

Der Betriebsrat geht laut Litzlfelder inzwischen davon aus, dass die Umstrukturierungspläne deutlich weiter zurückreichen könnten – möglicherweise bis ins Jahr 2019. Damals hatte Boris Hächler den Posten als Chefredakteur angetreten. In dem Fall hätte der Betriebsrat deutlich früher einbezogen werden müssen. „Das Betriebsverfassungsgesetz sieht bei Betriebsänderungen, die wesentliche Nachteile für erhebliche Teile der Belegschaft zur Folge haben können, eine demokratische Mitbestimmung des Betriebsrats vor. Dieser muss sich ein Arbeitgeber stellen“, sagt Jurist Stefan Marx. Es passe für ihn nicht zusammen, dass sich Journalist*innen für den Erhalt der Demokratie stark machten – ihr Arbeitgeber sich aber der demokratischen Mitbestimmung nicht stellen und dies unterlaufen wollte.

Drastische Veränderungen

Die Stimmung unter den Mitarbeitenden des Verlags Nürnberger Presse ist gedrückt. Auch, weil viele Kommunikation und Transparenz vermissen

Von Michaela Schneider

Im November 2023 werden Mitarbeiter*innen des Verlags Nürnberger Presse (VNP) informiert, dass klassische Ressorts aufgelöst und in Thementeams überführt werden sollen. Darauf hingewiesen wird noch einmal, dass der Verlag offen sei für Altersteilzeitmodelle. Auch steht der Umzug des Medienhauses an den Wöhrder See bevor. Zudem kursiert das Gerücht, dass sehr zeitnah ein Plan präsentiert werden soll, wie das Unternehmen über kurz oder lang die „Schwarze Null“ erreichen will. Grund genug, als *BJVreport* nachzuhaken. Mit Blick auf Sparziele, schreibt Unternehmenssprecherin Claudia Auer, befinde man sich aktuell in der Abstimmungsphase. Und wörtlich: „Sobald konkrete Entscheidungen diesbezüglich getroffen wurden, werden wir unsere Belegschaft zeitnah informieren.“

Jahrzehnte galt der VNP als ein Arbeitsplatz-Paradies in der Branche – vor allem auch wegen des langjährigen Mannes an der Spitze, dem Verleger Bruno Schnell, der die soziale Verantwortung für seine Mitarbeiter überaus ernst nahm und im Herzen eigentlich Gewerkschafter war. Bis heute kursiert die Anekdote, dass er während eines Streiks durch die Verlagsräume gelaufen sein und nach verwaisten Arbeitsplätzen geschaut haben soll. Die wenigen Mitarbeiter*innen, die er antraf, forderte auf den Arbeitsplatz zu verlassen: „Das ist Ihre Gewerkschaft, die für Sie dort kämpft. Sehen Sie zu, dass Sie möglichst schnell draußen sind.“ Bis zu seinem Tod mit 88 Jahren im Januar 2018 hielt Schnell an seinen Idealen fest – und der Verlag verpasste so vielleicht ein Stück weit auch den Anschluss an gegenwärtige Branchenentwicklungen. Umso drastischer sind die Veränderungen seither für die Belegschaft.

Ziel: die „Schwarze Null“

Denn seit einigen Jahren ist nun ein groß angelegter „Change Prozess“ im Haus im Gange, von WIR2023 war zunächst die Rede. Im Herbst 2019 gab der Verlag bekannt, dass die Redaktionen der *Nürnberger Zeitung* und die *Nürnberger Nachrichten* zusammengelegt werden sollen. Über ein groß angelegtes Freiwilligenprogramm und Abfindungsverträge wurden Stellen abgebaut, das Personalkarussell begann sich zu drehen. Ressortleiter mussten sich neu auf Posten bewerben in der entstehenden Zentralredaktion.

Bis 2023, so der anfängliche, motivierte Plan, wollte das Unternehmen die schwarze Null erreichen. Dann kam Corona – und die Zielmarke 2026 rückte in den Blick. Im März 2021 hatten Bruno Schnells Töchter, die Schwestern Sabine Schnell-Pleyer und Bärbel Schnell, die Wirtschaftsingenieurin Erika Gassner als operative Geschäftsführerin ins Unternehmensboot geholt. Seither wehe ein deutlich anderer, kälterer Wind im Haus, ist aus den Reihen der Mitarbeitenden zu hören. Im Sommer 2021 wurde bekannt, dass der Verlag auch jenseits der Redaktion umgebaut werden soll, sozialverträglicher Stellenabbau über ein Freiwilligenprogramm inklusive.

Im November 2023 erfuhr die Belegschaft vom Umzug des Medienhauses an den Wöhrder See bis September 2024. Das gegenwärtige Verlagsgebäude sei sanierungsbedürftig und energetisch nicht mehr auf dem

neuesten Stand. Es gehe darum, den Mitarbeitenden künftig im „Cube Nürnberg“ weiterhin ein optimales Arbeitsumfeld zu bieten, heißt es von Unternehmensseite – fernab von Sanierungsarbeiten und Baulärm. Die Gerüchteküche kochte darauf rasch hoch, was mit dem Filetstück in unmittelbarer Altstadtnähe geschehen wird. In einem Artikel auf *nn.de* betonen die Verlegerinnen Bärbel Schnell und Sabine Schnell-Pleyer, dass man die Keimzelle des Verlags keinesfalls aufgeben werde. Druckerei, Produktion und Logistik des VNP werden gleichzeitig noch eine Weile in den Räumen entlang der Blumenstraße bleiben. 2026 sollen diese Abteilungen, so der aktuelle Stand, nach Neunhof in den Norden Nürnbergs verlegt werden, dort investiert der Verlag in ein neues Druckhaus mit moderner Druckmaschine.

Auch personell rumort es wieder einmal. Bekannt gegeben wurde in der Mitarbeiterversammlung Ende vorigen Jahres zur Überraschung vieler Kolleg*innen, dass mit Franziska Holzschuh, Leiterin der Lokalredaktion, und Christiane Krodel, stellvertretende Ressortleiterin Nürnberg/Region/Bayern, zwei Urgesteine des Hauses dieses freiwillig verlassen werden. Gerechnet hatte damit kaum einer. Generell musste der Verlag über die letzten Jahre einen gewaltigen Aderlass an guten Autor*innen erleben. Wer könne, gehe freiwillig, heißt es aus Insiderkreisen. Für Fassungslosigkeit sorgte dann bei vielen Mitarbeitenden, als der Ehefrau des Chefredakteurs – zuletzt tätig in der internen Kommunikation – kurz vor Weihnachten gekündigt wurde.

Kritik an Kommunikation

Die Stimmung im Hause sei schlecht, hört man. Weniger, weil an der Notwendigkeit gezweifelt werde, dass sich der Verlag verändern und für die Zukunft rüsten müsse. Eher weil es wohl vor allem auch in der Kommunikation zwischen Belegschaft und Unternehmensführung holpert. Bei „kununu“, einem Portal, auf dem Mitarbeiter ihre Arbeitgeber beurteilen können, kommt der Bereich Kommunikation mit 2,2 von fünf Sternen am schlechtesten weg. Es fehle an Offenheit, Ehrlichkeit und Transparenz, ist zu lesen. Gefühlt werde auch zwischen Unternehmensführung und Betriebsrat inhaltsärmer und weniger zugewandt kommuniziert, sagt Betriebsratsvorsitzender Udo Erhart auf Nachfrage.

Immerhin: Claudia Auer, Leiterin Marketing & Kommunikation, reagiert schriftlich auf einen langen Fragenkatalog des *BJVreport* – und auch darauf, wie das Haus die Belegschaft im Change Prozess mitnehme. Mitarbeitende würden regelmäßig im Intranet über Änderungen und Neuigkeiten informiert sowie zweimal im Jahr in Mitarbeiterversammlungen, Fragemöglichkeit inklusive. Und: Seit Jahresbeginn gibt es laut Auer zusätzlich ein sogenanntes „Mitarbeiter-Frühstück“, bei dem die Belegschaft des VNP nun wohl monatlich die Gelegenheit hat, sich bei einem zwanglosen Frühstück direkt mit der Geschäftsleitung auszutauschen.

> **„Unsere Leserinnen und Leser interessieren vor allem lokale Themen.“**
> Claudia Auer, Leiterin Marketing & Kommunikation beim Verlag Nürnberger Presse

Zum Beispiel über strukturelle Änderungen. Im November informierten die Chefredaktion und Prozessoptimierer Josef Pöllmann darüber, dass die klassischen Ressorts – ausgenommen die Sportredaktion und die Lokalredaktionen – aufgelöst und in folgende Thementeams überführt werden sollen: „Regionale Reporter und Breaking News“, „Investigativ“, „regionale Wirtschaft und Wohnen“, „Schule, Familie, Bildung“, „Genuss, Gastro, Trends und Freizeit“. Laut Auer wurden alle vakanten Positionen in der Zentralredaktion ausgeschrieben unter aktiver Einbindung des Betriebsrats. Die Bewerbungsfrist endete am 15. Dezember. Ziel sei es nun, zeitnah alle Bewerbungen zu sichten und Bewerbungsgespräche zu führen. Im April 2024 sollen die Teams die Arbeit aufnehmen.

Claudia Auer spricht von einer „logischen Konsequenz aus dem, was wir in den vergangenen zwei Jahren durch Analysen erfahren haben: unsere Leserinnen und Leser interessieren vor allem lokale Themen.“ Die bisherige Ressortstruktur bilde dieses Informationsbedürfnis nicht optimal ab. Wer genau hinschaut, vermisst in der neuen Struktur Kultur im klassischen Sinne. Kulturberichterstattung werde fortgeführt, erklärt Auer. Ab April würden außerdem mit Birgit Ruf und Thomas Heinold zwei eigene Kulturkoordinator*innen beschäftigen werden. „Diese werden sich hauptberuflich dem Bereich Kultur widmen und können dabei auf bewährte und erfahrene Kulturredakteur*innen innerhalb des Verlags zurückgreifen“, so die Unternehmenssprecherin. Weitere Profilautoren im Verlag sind zum jetzigen Zeitpunkt Alexander Jungkunz, zuständig für den Bereich Politik, und Hans Böller, zuständig für die Region. Harald Baumer sowie Roland Englisch sind als Korrespondenten in Berlin und München tätig.

Schon über die Bühne ist noch eine weitere Veränderung. In der Vergangenheit hatte die Redaktion Content für die beiden Onlineportale *nn.de* und das eher auf Reichweite abzielende *nordbayern.de* geliefert. Seit Dezember liefert die klassische Redaktion nur noch für *nn.de*. *nordbayern.de* arbeitet weitgehend autark, bleibt jedoch unter der Leitung der Chefredaktion. Während der Bauernproteste etwa bedienten zwei Mannschaften aus dem gleichen Medienhaus unabhängig voneinander zwei Liveticker. Selbst jede kleine Polizeimeldung wird zweimal bearbeitet. Welche Idee steht hinter der strikten Trennung? Laut Auer geht es um „eine klare Unterscheidung der Marken und eine differenzierte redaktionelle Aufbereitung der Themen“. Die Portale stünden für eigene, exklusive Inhalte unterschiedlicher Autor*innen, vor allem solle so der Erfolg des Reichweitenportals gesteigert werden.

Andere Fragen bleiben offen und sorgen in der Belegschaft des Verlags Nürnberger Presse für Verunsicherung. Wie will der Verlag die Schwarze Null bis 2026 erreichen? Bleibt er tariftreu? Welche Motivation steht hinter dem Umzug an den Wöhrder See? Wird die Verlegerfamilie dauerhaft am Verlag festhalten?

Zukunft der *Nürnberger Zeitung*

Und wie geht es eigentlich weiter mit der *Nürnberger Zeitung*? Einziger verbliebener Mitarbeiter ist hier mittlerweile Chefredakteur Stefan Sohr, kritische Stimmen sprechen längst von einem „Zombieblatt“. Unternehmenssprecherin Claudia Auer erklärt: Die *Nürnberger Zeitung* habe eine lange Geschichte und genieße nach wie vor eine treue Leserschaft. „Im Gegenzug wollen auch wir dieser jahrelangen Leserschaft gerne treu bleiben“, schreibt sie wörtlich. Die beiden Titel *Nürnberger Nachrichten* und *Nürnberger Zeitung* würden sich durch ihre jeweilige Konnotation unterscheiden. „Diese Differenzierung ist uns äußerst wichtig, daher möchten wir auch weiterhin an der *Nürnberger Zeitung* festhalten“, so Auer.

Ein Vorstand, viele Köpfe: Künftig werden an dieser Stelle nicht nur der BJV-Vorsitzende, sondern im Wechsel verschiedene Mitglieder aus dem BJV-Vorstand zu Wort kommen.

Demos als Mutmacher

Ein Standpunkt von Anne Webert

Kempten, Rosenheim, Rott, Aschaffenburg, Weiden, Regensburg, Ansbach, Erlangen, Würzburg, Schweinfurt, Bamberg, Freising, Coburg, Fürth, Augsburg, Ingolstadt – und das sind nur die größeren Städte am ersten Demowochenende.

Wo habt ihr versucht bis zum Kern einer Kundgebung vorzudringen?

Der Landesvorstand des BJV hatte seine Klausur in Nürnberg früher beendet, um gemeinsam mit rund 15 000 Menschen für Demokratie und Pressefreiheit auf die Straße zu gehen. Auch am folgenden Tag in München, als die Stadt dem Ansturm nicht gewachsen war, waren wir als BJV dabei.

Warum die Demonstrationen gegen Rechts uns Mut machen?

Weil sie jedem Einzelnen zeigen, das wir nicht allein sind. Dass wir gemeinsam für unsere Werte stehen und unsere Gesellschaft und die Demokratie verteidigen. Und dass wir damit auch etwas bewegen. Das ist bitter nötig. Denn der stete Strom schlechter Nachrichten begräbt in uns zu oft die Hoffnung und den Glauben an die eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten.

Warum das wichtig ist? Warum ich an dieser Stelle darüber schreibe?

Weil es genau diese Solidarität, dieses Miteinander ist, das den Kern unserer gewerkschaftlichen Arbeit ausmacht. Vor rund 150 Jahren erkannten Menschen, dass sie mehr erreichen können, wenn sie sich zusammentun. Dass der berechtigte Wunsch des Einzelnen nach mehr Geld, mehr Freizeit, mehr Anerkennung von einer Gruppe eher gehört wird. Es gründeten sich Gewerkschaften. Tarife und Rahmenbedingungen wurden fixiert, Arbeitsstandards formuliert und gesetzlich verankert.

In den Umfragen vergangener Jahre wurde deutlich, dass die Arbeitsbelastung und die Unsicherheit im Job wachsen, das Geld und die Wertschätzung indes leider nicht. Dennoch haben die Kolleg*innen – ganz gleich ob fest oder frei, crossmedial, im Bereich Print oder audiovisuell im Öffentlich-Rechtlichen oder Privaten – ihren Beruf verteidigt, „weil es der wunderbarste Beruf der Welt ist – wichtig, abwechslungsreich, befriedigend".

Genau danach sucht die Generation Z. Junge Menschen, die nicht auf bessere Zeiten warten – sie wollen sie jetzt. Sie suchen eine Arbeit, die sie zufriedenstellt, glücklich macht und Sinn ergibt. Herzlich willkommen – hier habt ihr sie gefunden.

Allerdings müssen wir innerhalb des Bayerischen Journalisten-Verbandes an den inneren Strukturen und der Darstellung nach außen arbeiten. Was bald 80 Jahre ist, wirkt (und ist) manchmal altbacken und wenig anziehend. Auch wenn die Werte und Ziele stimmen: Wir müssen uns ändern, müssen jetzt die Reihen für junge Kolleg*innen öffnen, ihre Ideen und Wünsche wahr- und ernst nehmen. Und den Journalismus gemeinsam stärken.

Anne Webert, Schriftführerin des Bayerischen Journalisten-Verbands. Foto: Thomas Geiger

Die großen Demonstrationen sind die direkte Folge einer journalistischen Arbeit. Die Fakten und Ideen der Rechten sind bekannt, es sind keine wirklichen Geheimnisse, die *Correctiv* da aufdeckte. Doch es war der richtige Zeitpunkt, die richtige Weise, sie auf den Punkt zu bringen und der Öffentlichkeit vorzulegen.

Das macht mir Mut, denn es zeigt, wie unverzichtbar unsere Arbeit für die Gesellschaft ist und bleibt.

„Klare Bedrohung aller Werte, für die wir stehen!“

Hunderttausende demonstrieren in diesem Tagen gegen Rechtsextremismus und die AfD, seit die Rechercheplattform *Correctiv* die Enthüllungen zum „Geheimplan gegen Deutschland“ vorgelegt hat. Neben den menschenverachtenden Deportationsfantasien, die bei dem Treffen hochrangiger AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarker Unternehmer gesponnen wurden, ging es um Propaganda, die Diskreditierung des Verfassungsgerichts, das Zurückdrängen anderer Meinungen, das Bekämpfen öffentlich-rechtlicher Medien und die Schwächung der Demokratie. Der BJV-Vorsitzende Harald Stocker spricht von einer „klaren Bedrohung aller Werte, für die wir stehen“. Der BJV-Landesvorstand beendete deshalb seine Klausur in Nürnberg vorzeitig und ein Teil der Mitglieder beteiligte sich an der Großdemo unter dem Motto „Kein Fußbreit den Faschist*innen“ und „AfD-Verbot jetzt“. Auch in München trafen sich BJV-Vertreter*innen bei der dortigen Kundgebung, um gemeinsam für demokratische Werte einzustehen. (*mic*)

Foto: Harald Stocker

Forderung nach Basishonoraren für Freie

Der BJV mahnt an: Auch Journalist`*innen zählen zu den freien Kulturschaffenden

Vorigen Herbst hatte die Kultusministerkonferenz eine Matrix vorgelegt, die es den einzelnen Bundesländern ermöglichen soll, „faire, spartenspezifische Honorare für Künstlerinnen und Künstler“ festzulegen. Sie sollen dort angewandt werden, wo Kultureinrichtungen durch die jeweiligen Länder gefördert werden. Die Matrix bindet sich an die freien Berufe, die innerhalb der Künstlersozialkasse (KSK) verknüpft sind. Für entsprechendes Erstaunen sorgte beim Journalisten-Verband dann, dass die publizistischen Berufe – sprich freie Journalist*innen – nicht berücksichtigten werden.

In einem Schreiben wandte sich der BJV deshalb an die Bayerische Staatskanzlei, das Staatsministerium für Unterricht und Kultus sowie das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. „Es muss sich in Bayern auch für freie Journalistinnen und Journalisten lohnen, im Auftrag von Kulturinstitutionen zu arbeiten“, sagt der BJV-Vorsitzende Harald Stocker. Auch beim DJV-Verbandstag in Magdeburg im November war zuvor bereits zur Sprache gekommen, dass freie Journalist*innen außen vor gelassen wurden.

„Freie Journalist*innen sind ein fester Bestandteil der journalistischen Landschaft in Deutschland. Sie sind in unserem Bundesland in vielfältiger Weise für geförderte Kultureinrichtungen, durchaus aber auch direkt für Verwaltungen auf den verschiedenen Ebenen (Kommune/Kreis/Land) tätig und dort unverzichtbar“, heißt es in dem Schriftstück, und weiter: „Sie schreiben Texte, bedienen Social Media-Kanäle, entwickeln Filme und Präsentationen, übernehmen Moderationen und vieles mehr.“ Dies müsse auch in der Matrix für Basishonorare in Bayern berücksichtigt werden.

Benedikt Frank

„Journalismus macht Schule“ stellt sich vor

„Gegen Falschinformation – für mehr Nachrichtenkompetenz“ lautet der Titel eines kostenfreien BJV-Webinars am 29. Februar, 11 bis 12.30 Uhr. Präsentieren wird sich bei der Informationsveranstaltung der bundesweit aktive Verein „Journalismus macht Schule“ (JmS). Er vermittelt Anfragen von Schulen an Journalist*innen, bietet Unterrichtsmaterial und bildet Lehrkräfte weiter, um praktisches Medienwissen in die Klassenzimmer zu tragen. JmS ist seit 2022 ein eingetragener, gemeinnütziger Verein. Journalist*innen, die Lust haben, auf Anfrage von Schulen hin in den Unterricht zu gehen und mit Schüler*innen über Themen wie „Fake News“, Pressefreiheit oder den journalistischen Arbeitsalltag zu sprechen, können sich direkt übers Vereinsportal *journalismus-macht-schule.org* registrieren. Beim BJV-Webinar über die Plattform Zoom am 29. Februar wird es auch um praktische Aspekte gehen wie Angebote zur Vorbereitung, den Unterrichtsbesuch selbst oder Möglichkeiten einer Aufwandsentschädigung. Anmeldung per E-Mail unter *service@bjv.de.* *(mic)*

Fachgruppe Freie wählt neu

Noch vor Ostern wird es soweit sein: Die Fachgruppe Freie wählt in einer Onlineveranstaltung den Fachgruppenvorstand neu. Aktuell werden noch Mitstreiter*innen gesucht, die entweder im Vorstandsteam mitarbeiten wollen oder Lust haben, sich an einzelnen Projekten zu beteiligen. Dazu gehören die FREIstunden als Online-Stammtisch, der FREItag als zentrale Veranstaltung der Freien, der nach der Coronazeit wieder einmal pro Jahr in Präsenz stattfinden soll sowie weitere Veranstaltungen. Die Einladung zur Wahl wird im März über den E-Mail-Verteiler versendet. Die Fachgruppe freut sich auf rege Beteiligung an der Wahl und spannende Diskussionen – und natürlich über alle, die sich ehrenamtlich in der Fachgruppe engagieren. Wer Fragen hat, kann sich melden unter *fg-freie@bjv.de.* *Johannes Michel*

Pressefoto tourt durch Mittelfranken

Dritte Station: das Nürnberger Fembo-Haus

Die Ausstellung Pressefoto Bayern 2023 machte als erstes Station im Ansbacher Brücken-Center. Foto: Jim Albright

„Pressefotos machen Lust auf zusätzliche Informationen, die der Text liefert. Fotografen und Schreiber sind ein gutes Team. Es geht nur miteinander“, sagte der stellvertretende BJV-Vorsitzende Wolfgang Grebenhof bei der Eröffnung der Ausstellung Pressefoto Bayern im Januar im Ansbacher Brücken-Center. Das beste Ergebnis gebe es nur dann, wenn jeder sich auf das Gewerk konzentrieren könne, das er perfekt beherrsche. Zur Vernissage kamen auch Oberbürgermeister Thomas Deffner und der Brücken-Center-Chef Andreas Schmid. Pressefoto Bayern war bereits zum sechsten Mal in Ansbach zu Gast, die besten Bilder des Jahres 2023 waren dort bis Anfang Februar zu sehen.

Ab dem 7. März zeigt dann das renovierte Nürnberger Stadtmuseum im Fembo-Haus die Ausstellung. Dort gastiert Pressefoto Bayern zum ersten Mal, über viele Jahre war die Bilderschau zuvor im Museum für Industriekultur zu Gast, dort wird gerade umgebaut. Nach Nürnberg (bis 28. April) sind die nächsten Stationen der Tour Würzburg, Aschaffenburg und München. *(mgo)*

Journalistentag heuer am 6. Juli

BJV-Mitglieder treffen sich in Nürnberg

Der Bayerische Journalistentag, die Mitgliederversammlung des BJV, findet am Samstag, 6. Juli, im PresseClub Nürnberg statt. Wie in den letzten Jahren auch ist eine Hybridveranstaltung geplant. Satzungsändernde Anträge müssen bis spätestens 10. Mai in der BJV-Geschäftsstelle eingehen, ordentliche Anträge bis 14. Juni, um fristgemäß gestellt und berücksichtigt werden zu können. BJV-Mitglieder erhalten die Einladung und Details zur Mitgliederversammlung demnächst per Mail. Bei seiner Klausur im Januar hatte der BJV-Landesvorstand beantragt zu prüfen, ob eine Mitgliederversammlung auch im kleineren Rahmen im Presseclub Nürnberg möglich wäre. Je nach Bestuhlung ist dort Platz für 90 bis 200 Personen. Das entspricht den Teilnehmerzahlen der vergangenen Jahre. *(bf/mic)*

Anzeige

Neue Kategorien beim Rainer Reichert-Preis 2024

Je 1000 Euro Preisgeld für Video, Audio und Text/Multimedia

Am 3. Mai wird der Internationale Tag der Pressefreiheit begangen. Aus diesem Anlass schreibt der BJV zum zehnten Mal seinen bundesweiten Wettbewerb aus – 2024 unter dem neuen Namen „Rainer Reichert-Preis zum Tag der Pressefreiheit". Der Verband erinnert damit an den Würzburger Journalisten, der sich über viele Jahre europaweit für die Meinungs- und Pressefreiheit eingesetzt hatte und der 2019 im Alter von 68 Jahren verstorben war.

Ausgezeichnet werden journalistische Werke, die sich herausragend mit dem Wert der Pressefreiheit auseinandersetzen. Erstmals wird es heuer beim Wettbewerb drei Kategorien geben, in denen die Sieger*innen mit einem Preisgeld von je 1000 Euro ausgezeichnet werden: „Video", „Audio" und „Text/Multimedia". Außerdem wird in jeder Rubrik für die jeweils Zweit- und Drittplatzierten eine lobende Erwähnung ausgesprochen. Journalist*innen in Ausbildung (Volontariat, Journalistenschulen, Universitäten und Hochschulen der Fachbereiche Journalismus, Gestaltung und Design) können sich wieder für einen Sonderpreis „Junger Journalismus" bewerben. Das Preisgeld beträgt 1000 Euro, Sponsor ist das Versorgungswerk der Presse.

Eingereicht werden können auch Beiträge, die zum Beispiel in Beilagen oder Sendungen zum Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai 2024 veröffentlicht werden, aber bereits produziert sind. Weitere Teilnahmebedingungen und die Anmeldeformulare für den allgemeinen BJV-Wettbewerb zum Tag der Pressefreiheit 2024 und für den Sonderpreis „Junger Journalismus" finden sich in Kürze unter *bjv.de.* Einsendeschluss ist der 15. April 2024. (*mgo*)

Stefanie Heckel bleibt Bezirksvorsitzende in Schwaben
Der BJV-Bezirksverband Augsburg/Schwaben hat die Mitglieder seines Vorstands im Amt bestätigt. Für weitere zwei Jahre wird Stefanie Heckel, Redakteurin und Betriebsrätin bei der *Allgäuer Zeitung*, Vorsitzende bleiben, Tobias Weidemann, Redakteur, Kommunikations- und Digitalberater mit dem Schwerpunkt auf IT- und Digitalthemen, und Torben Brinkema, Vize-Geschäftsführer der Kommunikationsagentur medXmedia Consulting KG, wurden als Stellvertreter wiedergewählt. Martina Dankof, Online-Redakteurin bei *Leben & Erziehen*, und Ulf Vogler, tätig für dpa, unterstützen als Beisitzer. Foto: Martina Dankof

„In KI stecken urheberrechtlich geschützte Inhalte"

BJV-Chef-Stocker zu Gast bei „BR 24 Medien"

Ist der AI-Act gut für den Journalismus? Dieser Frage ging die Journalistin Nina Landhofer Mitte Januar in einem Beitrag für „BR24 Medien" nach. Einer ihrer Gesprächspartner war der Vorsitzende des Bayerischen Journalisten-Verbandes, Harald Stocker. Hintergrund: Im Dezember hatte die EU die weltweit ersten Regeln zur Künstlichen Intelligenz beschlossen. Denn während viele KI feiern, warnen andere etwa davor, dass Datenschutz und Urheberrechte ausgehebelt werden könnten. Wenn aufwändig recherchierte journalistische Beiträge genommen würden, um eine KI zu trainieren oder auch neue Texte entstünden auf deren Grundlage, sei das kein Data Mining, sagt Stocker.

Forderung nach Dokumentationspflicht

Da steckten dann urheberrechtlich geschützte Inhalte drin, die erbracht wurden von Journalistinnen und Journalisten. „Das ist aus unserer Sicht ein Urheberrechtsverstoß", so der BJV-Vorsitzende wörtlich. Es brauche eine Dokumentationspflicht und am Ende des Tages auch eine Beteiligung der Urheber*innen. Stocker warnt: Ansonsten drohe ein Schaden für die Medienlandschaft und die Demokratie. (*mic*)

Bayerns Fotograf*innen haben Namen

Positive Nachrichten aus Bayern: Neben der *Sorbischen Zeitung* gehen vor allem auch die *Main-Post* und die *Landshuter Zeitung* vorbildlich mit dem Recht von Fotografinnen und Fotografen auf Namensnennung um. Zu dem Ergebnis kam der Deutsche Journalisten-Verband bei der deutschlandweiten Auswertung von Tageszeitungen. Geprüft wurde – ähnlich wie bei der BJV-Aktion „Fotograf*innen haben Namen" –, ob die gesetzlich vorgeschriebene Namensnennung von Bildurheber*innen tatsächlich erfolgt. „Es geht nicht nur um das Gesetz, sondern vor allem um die Anerkennung für die Tätigkeit, die oft unter anspruchsvollen, manchmal sogar gefährlichen Umständen erfolgt", erklärte der DJV-Bundesvorsitzender Mika Beuster bei der Ergebnispräsentation. Und: Die Namensangabe sei eine wichtige Information für die Lesenden, damit sie die Herkunft des Bildes erkennen könnten. *(pm)*

BJV-Date mit dem Christkind

Der BJV trifft aufs Christkind: Kurz vor Weihnachten hatten Mitglieder der Fachgruppe Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und des Bezirksverbands Franken-Nordbayern des BJV in den Räumen des Amtes für Kommunikation und Stadtmarketing der Stadt Nürnberg hinter die Kulissen des traditionsreichen Christkindlesmarkt blicken dürfen. Höchstpersönlich vor Ort war das Christkind der Amtszeit 2023/2024, Nelli Lunkenheimer, und plauderte aus dem Nähkästchen. Um die offiziellen Social-Media-Aktivitäten kümmern sich die Profis der Stadt. „Da werden manche Reels mit dem Christkind automatisch zum Blockbuster, da haben wir eine ganz andere Reichweite als sonst", so Franke. Ein ausführlicher Artikel von Sebastian Müller findet sich online unter: *bjvlink.de/christkind*

„Es geht darum, als Verband flexibler zu werden“

Neue Strukturen, mehr Projektarbeit: Der BJV will sich für die Zukunft rüsten

Von Michaela Schneider

Der BJV-Landesvorstand war zwei Tage lang in Klausur. Das Ergebnis: Der Verband soll sich in seiner Struktur deutlich verändern, um sich zukunftstauglich aufzustellen. Angestoßen hat den Prozess der BJV-Vorsitzende Harald Stocker.

Warum sollte sich der Landesverband neu und anders aufstellen?

Harald Stocker: Wir haben bei der Klausur zum Beispiel darüber gesprochen, dass sich die Jungen nicht mehr darüber definieren, dass sie jung sind. Die Fachgruppe lässt sich deshalb nicht mehr mit Verbandsleben füllen. Die Fachgruppe Online kam von sich heraus auf uns zu und bat um die Auflösung, denn: Eine eigene Fachgruppe für Onlinejournalist*innen ist nicht mehr zeitgemäß, weil heute nahezu jeder auf die ein oder andere Art digital arbeitet. Einen Verband an aktuelle Gegebenheiten anzupassen ist aber noch kein großer Wurf, sondern Tagesgeschäft. Der ganz große Wurf ist, dass wir Strukturen schaffen wollen, die künftig schnellere Veränderungen zulassen.

Bei der Klausur sagtest Du: „Das Wichtigste ist, dass wir flexibler werden.“ Warum fehlte diese Flexibilität im Bereich der Fachgruppen bisher?

Mitunter dauerte es ein Jahr lang zwischen der Idee, bei einer Fachgruppe nachzubessern, bis zur Rechtsgültigkeit der Veränderung, denn dafür braucht es momentan noch eine Satzungsänderung. Das bedeutet interne Diskussionen, Anträge mit Vorlauffrist, eine ordentliche juristische Formulierung, eine Abstimmung und einen Beschluss auf der Mitgliederversammlung. Danach folgen ein Termin beim Notar, die Unterzeichnung und die Veröffentlichung im Vereinsregister.

Wie wollt ihr diesen komplizierten Prozess vereinfachen?

Wir wollen diesen Bereich, der bisher in der Satzung geregelt ist, in eine Geschäftsordnung verlegen. Dann wird künftig der monatlich tagende Landesvorstand die Fachgruppen berufen und zuschneiden können unter Berücksichtigung der Wünsche der Mitglieder. Zwar ist die Satzung ein Regelwerk, das aus gutem Grund nur schwer verändert werden kann – und wir sind gut beraten, daraus keinen Taubenschlag zu machen. Aber wir müssen die Frage stellen: Warum können Bezirksverbände durch den Landesvorstand zugeschnitten werden, Fachgruppen aber nur durch eine Zweidrittel-Mehrheit in der Mitgliederversammlung und eine Satzungsänderung? Weder dem Landesvorstand noch den Fachgruppen noch den Mitgliedern ist damit gedient. Es geht darum, als Verband flexibler zu werden und Fachgruppen an aktuelle Gegebenheiten zügig anzupassen.

Wird sich die Rolle der Mitgliederversammlung dadurch verändern?

Nein, Mitglieder haben weiter die Möglichkeit, ihre Wünsche Sorgen und Nöte zu formulieren und entsprechende Anträge zu stellen, die dann als Arbeitsaufträge an den Landesvorstand zu verstehen sind. Aber auch Mitglieder können in bestimmten Bereichen künftig flexibler und niederschwelliger reagieren, unter anderem weil die Frist bei einem normalen Antrag viel kürzer ist als bei einem satzungsändernden Antrag.

Auch mit Blick auf Projektfinanzierungen strebt der Landesvorstand mehr Flexibilität an.

Wir haben derzeit ein System mit einem flexibel gehandhabten kleinen Budget für Fachgruppen und Bezirksverbänden und einem Etat für große Projekte, die kalkuliert und in den Jahresetat eingestellt werden. Es zeigt sich aber, dass immer häufiger auch ein Bedarf besteht, zeitnah mittelgroße Projekte umzusetzen, die das Handgeld übersteigen. Der Bezirksverband Niederbayern-Oberpfalz plant zum Beispiel mehrere Diskussionsrunden mit Wissenschaftler*innen und prominenten Journalist*innen zum Thema Medien und Dialekt. Die Kosten wären allein durch Anfahrtswege, Räume und Technik zu hoch fürs örtliche Budget. Über Projekte der Fachgruppen und Bezirksverbände, deren Kosten im Mittelbau liegen, soll künftig der Landesvorstand entscheiden, dafür wollen wir neu einen flexiblen Etat schaffen. Über große Projekte wie Pressefoto Bayern oder den FREItag entscheidet weiter die Mitgliederversammlung. Die Fachgruppen und Bezirke sollen jeweils mit einem kleinen, eigenen Etat ausgestattet sein, quasi als Handgeld.

Es steht die Idee im Raum, die Zahl der Fachgruppen zu reduzieren, dafür soll der Landesvorstand aber Arbeitsgruppen berufen können.

Die Idee ist, dass unsere Beisitzer für die Arbeitsgruppen zuständig sein werden. Falls wir zum Beispiel entscheiden, dass Arbeitsgruppen zum Thema „Zukunft“ oder zu „neue Arbeitsweisen und KI“ sinnvoll wären, kann der Landesvorstand schauen, wer zudem zum jeweiligen Thema etwas auf dem Kasten hat. Diese Arbeitsgruppen können dann projektbezogen an einem Thema arbeiten. Ein Grund, dass wir diese Veränderung dringend brauchen, ist auch, dass wir immer weniger Mitglieder finden, die sich in der aktuellen Verbandsstruktur wiederfinden, sie entspricht nicht mehr dem Zeitgeist. Vor allem junge Menschen wollen sich zwar gern projektbezogen engagieren, aber nicht für zwei Jahre in ein festes Amt wählen lassen.

Wie geht es nun weiter?

Wir werden zur Mitgliederversammlung im Sommer fristgerecht einen satzungsändernden Antrag einreichen, der die Gliederung und Beschreibung von Fachgruppen, Bezirksverbänden, Arbeitsgruppen, Ortsgruppen und Betriebsgruppen von der Satzung in eine Geschäftsordnung für Gliederungen und Untergliederungen überführt. Und natürlich hoffen wir auf eine breite Zustimmung unserer Mitglieder.

WANTED

Der BJV lebt von seinen Mitgliedern. Daher wollen wir wissen: In welchen Bereichen würdet Ihr Euch künftig gern verstärkt projektbezogen einbringen? Welche berufsständischen Themen liegen Euch ganz besonders am Herzen? Schreibt uns an *projekte@bjv.de*

Officestory

Wie sie leben, wie sie arbeiten – der *BJVreport* besucht prominente Mitglieder in ihrem Büro. Unter *bjv.de/officestory* finden Sie alle bisher veröffentlichten Officestorys.

Lost in Nahost

Von den vier *ARD*-Auslandsstudios unter Federführung des *BR* ist Tel Aviv das derzeit aufregendste. Christian Limpert leitet es – und bangt um Kollegen

Von Senta Krasser

Journalist war nicht Christian Limperts erste Berufswahl. Trompete studieren konnte sich der Hobby-Musiker vorstellen. Erst im Praktikum bei der *Neuen Presse* in seiner Geburtsstadt Coburg fing er Feuer für den Journalismus. 2007 begann der DJS-Absolvent als freier Reporter für die *BR*-„Abendschau" zu arbeiten, in deren Studio dieses Foto entstand. Dort legte er die Basis für den Weg nach Tel Aviv. Foto: Sophie Linckersdorff

Im Jahr 2009 war Christian Limpert noch keine 30 und relativ frisch im Reporterberuf. Auf die Frage eines Medienfachmagazins, wo er in zehn Jahren stehen wolle, antwortete er damals: „Ziemlich gut wäre: Nachfolger von Claus Kleber im ‚Heute-Journal'"; wobei er schon zufrieden wäre, wenn er dann „noch immer so viel Neues ausprobieren kann, darf und will wie jetzt". Den Anchor-Job bekam bekanntlich Christian Sievers, der frühere Leiter des *ZDF*-Auslandsstudios in Tel Aviv. Just ebendort, in dieser quirligen Metropole am Mittelmeer, ist Sievers' Vornamenvetter gelandet.

Seit 2022 leitet der Limpert Christian das *ZDF*-Studio-Pendant der *ARD*, das vom *Bayerischen Rundfunk* verantwortet wird und zuletzt Susanne Glass als Chefin hatte. Sein Berichtsgebiet umfasst Israel und die Palästinensischen Gebiete und ist, wie man seit dem 7. Oktober weiß, momentan wieder eine der gefährlichsten und fragilsten Regionen der Welt. Nach Angaben der NGO CPJ (Komitee zum Schutz von Journalisten) sind im aktuellen Gazakrieg bereits 83 Journalist*innen und Medienschaffende getötet worden. Wenn der Studiochef im Gespräch mit dem *BJVreport* sagt, er habe in den bisher zwei Jahren „schon echt viel erlebt", dann übertreibt er wahrlich nicht.

> **„Aber welches Leid ist das schlimmere Leid? Für Leid gibt es keine Währung."**
> Christian Limpert

Das schwierige Miteinander dreier Religionen, das Aufeinanderprallen von Weltanschauungen, die ständige terroristische Bedrohung – diese Gemengelage war schon überaus komplex, noch bevor Terroristen der Hamas den Konflikt mit Israel eskalierten. Explizit beworben hat sich Christian Limpert für diesen Posten allerdings nicht. Sein Traum war früher eigentlich Rom, wo seine Auslandskarriere 2012 begann. In Wien und auf dem Balkan fühlte er sich auch wohl und wäre dort gerne für den *BR* länger geblieben, als ihn die Anfrage für Tel Aviv überraschte. Jerusalem und Ramallah hatte der Reporter von einer Studienreise „nicht unbedingt als Traumregion in Erinnerung behalten". Er war hin und her gerissen, machte eine Pro-und-Contra-Liste, flog sogar erneut nach Israel, um dann zu entscheiden. Als er das Team, rund 20 Köpfe, vor Ort kennenlernte, hatte er „ein gutes Gefühl".

Und mal ganz oberflächlich betrachtet: In Tel Aviv ist das einzige *ARD*-Studio, in dem man am Meer leben kann. „Das genieße ich im Normalfall auch", sagt Limpert, „von meiner Wohnungstür sind es drei Minuten zum

Strand.“ Aber was ist in diesen Tagen schon normal?

Unmittelbar nach den ungeheuerlichen Verbrechen der Hamas sah man, geschützt mit Helm und kugelsicherer Weste, Sophie von der Tann aus dem *ARD*-Team Tel Aviv in den Fernsehnachrichten und nicht ihren Studiochef, da dieser just zu jenem Zeitpunkt mit der Produktion einer Doku in München beschäftigt war. Ihm blieb, die Breaking News im „Brennpunkt“ dahoam in Freimann einzuordnen. Genau dort erwischt der *BJVreport* Christian Limpert „zwischen den Jahren“. Er ist wieder auf Heimatbesuch, weil er sich – auch das gehört zu seinen Chefaufgaben – um Bürodinge kümmern muss. Außerdem will er sich vorbereiten auf ein privates Ereignis: Er wird zum ersten Mal Papa. Das Kind soll in Deutschland zur Welt kommen. Inmitten letzter Babyvorbereitungen nimmt sich der werdende Vater auch die Zeit für eine Stippvisite back to the roots.

Als der *BR* am 25. Januar seinen 75.Geburtstag feiert, ist Limpert Studiogast in einer Sonderausgabe der „Abendschau“, die für mehr als zehn Jahre seine „Stammredaktion“ war. Rund 1000 Beiträge, Liveschalten und Reportagen produzierte er in dieser „bunten Zeit“, wie er sie nennt. Landtagswahlen, Wahl zur Hopfenkönigin, Hochwasser, *BR*-Radltour, alles konnte er machen und als „überzeugter VJ“ vieles auch komplett selbst drehen und schneiden. In den Auslandsstudios, insbesondere in Tel Aviv, ist diese One-Man-Show freilich nicht umsetzbar, allein schon aus Sicherheitsgründen.

Crossmediales Arbeiten im Aufbau

Es wird im Team gearbeitet, mit Kameraleuten, Cuttern, Mediengestaltern, Producern – und auch ganz eng mit den Kolleg*innen vom Hörfunk. Bis zu jenem blutigen Oktobertag war der Plan, dieses Studio zu einem echten crossmedialen umzubauen und Synergien zu nutzen, sodass Team Radio auch für den „Weltspiegel“ oder die „Tagesschau“ dreht und Team TV auch für die Hörfunkprogramme produziert. In seiner Heimatstadt Coburg hatte Christian Limpert das crossmediale Arbeiten beim Aufbau eines neuen Korrespondentenbüros 2018 bereits vorexerziert. In Tel Aviv nimmt die tägliche Berichterstattung alle Kräfte dort derzeit so sehr in Beschlag, dass das Projekt etwas nach hinten geschoben wurde.

Als Korrespondent aus Israel zu berichten, erhöht das Stresslevel schon ohne Krieg ungemein. Vor seinem Antritt, erzählt Limpert, habe er sich sehr intensiv in den israelisch-palästinensischen Konflikt eingearbeitet und tue es weiter, um nicht „Lost in Nahost“ zu sein (so heißt der gleichnamige neue *BR*-Podcast mit den Tel Aviv-Korris). Trotzdem habe er in den ersten Arbeitswochen längere Schalten für *tagesschau24*, in denen er über das Konfliktthema frei reden sollte, erstmal abgelehnt, weil er wusste, „dass mir jede kleinste Ungenauigkeit sofort einen Shitstorm bescheren kann“.

Seit der Eskalation in Nahost ist das Beäugen noch schärfer geworden. Es vergeht kein Tag, an dem Limpert keine Nachrichten oder Bilder auf seinem privaten Instagram-Account zugeschickt bekommt aus der palästinensischen Community, die das Leid der Zivilbevölkerung zeigen, verbunden mit dem Vorwurf, „dass wir nicht darüber berichten und deshalb an unseren Händen Blut klebt“. Kritik komme aber auch von der israelischen Seite. „Thematisieren wir das persönliche Schicksal unseres Kollegen Muhamad Abu Saif im Gazastreifen, werden wir kritisiert, dass wir doch bitte nicht vergessen sollen, dass das alles aufgrund eines Terrorangriffs der Hamas stattfindet.“

So gut und gewissenhaft sie auch berichteten, fährt der Studioleiter fast schon resigniert fort, es lasse sich wohl nicht vermeiden, dass sich immer eine Seite darüber beschwere, ihr Leid werde nicht berücksichtigt und stattdessen das Leid der anderen in den Fokus gerückt. „Aber welches Leid ist das schlimmere Leid? Für Leid gibt es keine Währung“, findet er, „wir berichten vom Leid auf beiden Seiten.“

Gegen die Flut an Fakes und Videos auf Instagram & Co., das müsse er leider so sagen, kämen sie in der Redaktion gar nicht mehr an. „Uns bleibt nur, jeden Tag zu zeigen, wie es sauber funktioniert, dass wir sorgfältig recherchieren. Dazu gehört dann manchmal eben auch, dass es bei uns länger dauert.“ An echte Quellen im Gazastreifen heranzukommen, ist allerdings fast ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Niemand kommt derzeit hinein außer arabischer Medien; in einem Fall gelang es *CNN*, „aber ganz sicher nur mit einem enormen logistischen Aufwand und dank guter Verbindungen zum ägyptischen Geheimdienst“.

Die zwei crossmedialen Producer, darunter besagter Muhamad, die für die *ARD* im Gazastreifen arbeiten, sind oft Tage nicht erreichbar, bangen selbst um ihr Leben. Meldungen von Plünderungen oder Raketenbeschuss könnten sie von Tel Aviv aus daher nicht abschließend beurteilen, „was wir in der Berichterstattung transparent machen“, betont Limpert. Versuche, die Kollegen auch mit Unterstützung der Bundesregierung aus der Hölle herauszuholen, werden von den israelischen Behörden blockiert. Auch im Westjordanland ist es für Journalisten brenzlig geworden. So wurde Limperts Kollege Jan-Christoph Kitzler bei einer Recherche von mutmaßlichen IDF-Soldaten und militanten Siedlern mit Waffengewalt festgehalten. „Wir merken, dass wir als Journalisten seit dem 7. Oktober mehr attackiert werden als zuvor.“

Nur 90 Kilometer sind es von Gaza ins sichere Tel Aviv. Dort wird Limperts Team in seiner Abwesenheit von Springern aus München unterstützt, von Natalie Amiri zum Beispiel, bis der Chef irgendwann im Februar aus der Elternzeit zurückkehrt. Seine Korrespondentenzeit endet voraussichtlich Ende 2025. Über das, was danach kommt, muss Christian Limpert noch nachdenken. Und wer weiß, wie dann die Lage im „Heute-Journal“ ist?

Warum ich im BJV bin

„Ich wollte damals einfach nur endlich einen richtigen Presseausweis (*lacht*). Im Ernst, wir hatten an der Deutschen Journalistenschule eine überragende Dozentin für Presserecht: Frauke Ancker, damals Juristin und Geschäftsführerin des BJV. Sie hat uns sehr unterhaltsam erklärt, was wir als Journalisten rein juristisch dürfen und was nicht. Ich habe mich noch während des Studiums beim BJV angemeldet, auch wegen des BJV-Rechtschutzes. War schließlich gut zu wissen, dass ich als Berufseinsteiger im Notfall Frauke Ancker anrufen kann. Gebraucht habe ich es zum Glück bislang nicht.“

Anlässlich des 75. Geburtstags des *BR* erzählte Christian Limpert in der „Abendschau“ aus seinem Korrespondentenleben in Tel Aviv.

Foto: Sophie Linckersdorff

Stipendiatin mit der Lizenz zum „Ausfragen“

Die DJS-Schülerin Lea Hruschka erhält ein Jahr lang eine Förderung des BJV

Von Michaela Schneider

22 Jahre jung, hat die Niederbayerin Lea Hruschka schon Praktika gemacht beim *BR* und der *SZ*, arbeitete als freie Journalistin für die *Mittelbayerische Zeitung* und *Zeit Online* und absolvierte in Bamberg den Bachelor in Kommunikationswissenschaften. Jetzt macht sie parallel zur Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule (DJS) auch noch den Master im Journalismus an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Und: Lea Hruschka ist die neue Stipendiatin des BJV.

Warum ist Ihnen als Journalistin auch die wissenschaftliche Grundlage wichtig?

Lea Hruschka: Das große Ganze hinter dem Beruf zu verstehen, finde ich total wertvoll. Es sensibilisiert, worauf man in der praktischen Arbeit achten sollte. In meiner Bachelorarbeit habe ich zum Beispiel das Framing von Geflüchteten aus Syrien im Jahr 2015 mit dem Framing ukrainischer Geflüchteter im Jahr 2022 verglichen. Mir ist dabei nochmal bewusster geworden, welche Macht Bilder haben und welche Rolle es spielt, wie wir Menschen abbilden. Mir wurde noch klarer, dass man „nicht nicht“ framen kann. Und man sollte sich immer fragen, aus welchem Blickwinkel man die Dinge gerade betrachtet. Auch sollte man Ursachen klar benennen. Das war in den Medien mit Blick auf syrische Flüchtlinge häufig nicht der Fall, über Fluchtursachen wurde zu wenig gesprochen.

Schaut man auf Ihren Lebenslauf, wirken Sie ziemlich zielstrebig …

Mein Lebenslauf ist für meine 22 Jahre tatsächlich recht voll, weil ich früh wusste, dass ich Journalistin werden will. Ich mochte Deutsch immer schon gern und wollte schreiben. In meinem Bekanntenkreis gab es aber keine Journalisten. Trotzdem meinten meine Eltern einmal, während die „Tagesschau“ lief, dass sie mich dort eines Tages sähen. Dadurch weckten sie in mir erst die Idee. Diese hat sich dann manifestiert während eines zweitägigen Schülerpraktikums bei der *Mittelbayerischen Zeitung*, damals war ich 16 Jahre. Die Kollegen in der Redaktion waren total nett und nahmen sich viel Zeit. Ich durfte

Lea Hruschka Foto: David-Pierce Brill

selbst zwei Artikel schreiben. Sie wurden veröffentlicht, das war für mich superwichtig. Anschließend begann ich als Freie klassisch im Lokaljournalismus zu arbeiten und berichtete aus meinem Dorf im Landkreis Kelheim.

Während des Studiums in Bamberg waren Sie eine Weile Chefredakteurin und dann Herausgeberin der Studierendenzeitschrift Ottfried. *Was nahmen Sie für sich mit?*

Wir waren zu dritt in der Chefredaktion. Am Anfang war da noch nicht einmal ein weißes Blatt, denn sogar den Druck mussten wir selbst organisieren. Wir beschäftigten uns mit Nostalgie. Eine Kommilitonin griff das Thema Ostalgie auf und interviewte ihre Eltern, die in der DDR aufgewachsen waren. Diese Perspektive hätte ich als Person aus einem bayerischen Dorf so nie gehabt. Ich fand es sehr beeindruckend, wie viele verschiedene Zugänge man im Team zu einem Thema finden kann. Auch das Organisieren machte mir großen Spaß, deswegen übernahm ich dann für ein Jahr die Herausgeberschaft.

Was reizt Sie am Beruf der Journalistin?

Man kommt mit vielen Menschen ins Gespräch und kann sie „ausfragen“, ohne dass es komisch wirkt. Man hat dazu quasi die Berechtigung. Das ist wahnsinnig bereichernd.

*Sie sind 22 Jahre jung. Wie können Journalist*innen ihre Altersgruppe erreichen?*

Junge Menschen kann man nur da erreichen, wo sie sich aufhalten. Es ist wenig hilfreich, wenn sich ältere Redakteure über TikTok lustig machen. Auch dort ist seriöser Journalismus möglich, man muss nur verstehen, wie die Plattformen funktionieren. Redaktionen sollten neue Formate an- und ernst nehmen. In meinem Umfeld merke ich außerdem, dass es mehr Transparenz darüber braucht, wie Journalismus funktioniert. Podcasts, in die etwa auch Recherchewege einfließen und die unseren Beruf etwas entmystifizieren, kommen bei jungen Leuten gut an.

Wo liegen Ihre thematischen Schwerpunkte?

Ich schätze gerade die Vielfalt im Journalismus und will mir diese bewahren. Ein Herzensthema von mir ist aber die soziale und strukturelle Ungleichheit. Ich frage mich, wie selbst in einem Land wie Deutschland Vermögen so ungleich verteilt sein kann, welche krassen Auswirkungen dies für viele Menschen hat und wie wenig Problembewusstsein in der Gesellschaft besteht. Für *Ottfried* schrieb ich zum Thema Armut und sprach mit einem Studenten, der noch nie in seinem Leben im Urlaub war. Das ließ mich nicht los und motivierte mich, mich mit dem Thema intensiver zu beschäftigen. Mein großes Vorbild ist die Journalistin Julia Friedrichs, von ihr stammt unter anderem die Dokumentation „Ungleichland – Wie aus Reichtum Macht wird“.

Hatten Sie, ehe Sie Stipendiatin wurden, schon Kontakt zum Journalisten-Verband?

Ich war Mitglied während meiner Herausgeberschaft beim *Ottfried*, da ich auch rechtlich verantwortlich war. Ehrlicherweise bin ich anschließend wieder ausgetreten, aber ich will wieder beitreten und habe den Antrag schon heruntergeladen. Natürlich spricht der Rechtsschutz für die Mitgliedschaft. Aber ich halte vor allem auch das Verbandsnetzwerk für sehr sinnvoll – und wenn es nur darum geht, sich zum Beispiel über Honorare in Redaktionen auszutauschen.

In der Stadtgesellschaft angekommen

Alexandra Haderlein hat es mit *Relevanzreporter.de* geschafft, einen anderen Lokaljournalismus in Nürnberg zu etablieren

Von Thomas Mrazek

„Da muss es doch noch etwas anderes geben", war einer der Leitgedanken für die Nürnbergerin Alexandra Haderlein als sie 2020 ihre Anstellung als Redakteurin bei den *Neumarkter Nachrichten* kündigte. Nach dem Studium des Ressortjournalismus in Ansbach sowie einem Volontariat bei den *Nürnberger Nachrichten* und einigen Jahren im Lokalen war sie nicht mehr glücklich mit sich und diesem Journalismus: „Aus Unzufriedenheit wurde neue Energie: Das BJV-Mentoring hat mich bestärkt zu kündigen und ein Start-up zu gründen", sagt die 35-Jährige und legt keck nach: „Inzwischen verpassen wir dem Lokaljournalismus die nötige Frischekur – konstruktiv, zukunfts- und lösungsorientiert." Haderlein ist Gründerin und Geschäftsführerin des Nürnberger Online-Magazins *Relevanzreporter gUG* (gemeinnützige Unternehmergesellschaft).

Inmitten der Pandemie gelang es ihr, ein mittlerweile 20-köpfiges Team zusammenzustellen, das sich auch etwas anderes vorstellen konnte. Mit lösungsorientierten Inhalten sollen vor allem Millennials erreicht werden, die sich nicht mehr über die klassische Lokalzeitung informieren wollen. Die Fränkin startete ihr Projekt nicht nur aus dem Bauch heraus: „Beim Media Lab Bayern konnte ich ein zweimonatiges Research & Development Fellowship, ein Stipendienprogramm in Vollzeit, und die Vorarbeiten für mein Start-up absolvieren." Später nutzte sie auch das von der EU-Kommission geförderte Programm Stars4Media. Sie ging zunächst mit dem *Lokalblog-Nuernberg* online, woraus dann die *Relevanzreporter* entstanden.

Werbe- und clickbaitfrei

Neben wöchentlich ein, zwei mitunter sehr aufwändig recherchierten Texten, gibt es einen Newsletter und einen Podcast. Vom angenehmen, werbe- und clickbaitfreien Erscheinungsbild könnten sich andere Medien etwas abschauen. Das gemeinnützige Magazin bietet auch immer wieder öffentliche Veranstaltungen: Diskussionsrunden mit Experten zu Themen wie Klima oder Ukraine oder auch offene

Alexandra Haderlein Foto: Thomas Geier

Redaktionskonferenzen. Mitmachen soll auch die Community, die stets dazu aufgefordert ist, Themen vorzuschlagen: „Zukunfts- und lösungsorientiert: Wir machen Lokaljournalismus mit Dir!", wirbt das Magazin auf seiner Startseite. Im Museum für Kommunikation Nürnberg sind die *Relevanzreporter* mittlerweile selbst ein Exponat für „zukunftsorientierten Lokaljournalismus", das sei schon eine besondere Ehre, sagt Haderlein. Zugleich ist ihr Projekt ein Kooperationspartner des Museums. Auch bei anderen Institutionen wie etwa dem Presseclub Nürnberg oder der Stadtbücherei ist man ein gern gesehener Partner. Die journalistische Arbeit wird bei Institutionen wie der Stadtverwaltung durchaus geschätzt.

Nicht zuletzt tragen zum guten Image auch ältere Kollegen wie etwa Georg Escher bei, der einige Jahrzehnte Berufserfahrung unter anderem als außenpolitischer Redakteur der *Nürnberger Nachrichten* vorweisen kann. Unter den 20 aktiven Mitstreiter*innen sind auch einige Studierende. Stets sei es der Gründerin ein Anliegen, dass ihre Leute fair bezahlt werden. Alle arbeiten in Teilzeit, die Löhne liegen auf dem Niveau einer Tageszeitung; neben Journalist*innen wirken eine Infografikerin, Webentwickler*innen und viele andere mit. Und wo kommt das Geld her? Eine Einnahmequelle sind Abonnements: Um Zugang auf die kostenpflichtigen Artikel zu bekommen müssen acht Euro monatlich bezahlt werden (ein Jahresabo gibt es für 88 Euro). Konkrete Zahlen, wie viele zahlende Abonnent*innen das Magazin hat, mag Haderlein nicht sagen: Man sei noch im Hunderter-Bereich, strebe aber die Tausend an. Der Hauptteil der Finanzierung erfolgt durch Crowdfunding und Stiftungsgelder. Hier ist das Magazin transparent und führt die erfolgten Zuwendungen auf. Vorteilhaft ist es dabei, dass die *Relevanzreporter* seit Mitte 2021 den Status „gemeinnützig" haben. Dadurch können Stiftungen sich einfacher engagieren. Ruft man bei Haderlein an, kann es gut möglich sein, dass sie gerade einen Förderantrag ausfüllt.

Wer ebenfalls ein (Lokal-)Medium gründen möchte, dem rät sie, sich ganz konkrete Gedanken darüber zu machen, wie sich das Projekt monetarisieren lässt. Dass eine Finanzierung nur auf Stiftungsgeldern basiert, könne dabei nicht das Ziel sein. „Ich stehe gerne als Sparringspartnerin bereit", sagt Haderlein. „Ich möchte nicht nur Empowerment für junge Journalist*innen, sondern auch für andere bieten." Vom Gelingen ihres Vorhabens, einen anderen, konstruktiven Journalismus in Nürnberg dauerhaft zu etablieren ist sie „immer noch zu 100 Prozent überzeugt".

Ergänzender Hintergrund

Warum konstruktiver Journalismus sich für Medien und Gesellschaft lohnt, von Ellen Heinrichs, Mitautorin: Alexandra Haderlein, Studie im Auftrag des Grimme Instituts, veröffentlicht im April 2021, Download in deutsch und englisch: *bjvlink.de/studie*

Lust auf Lokal – das Handbuch für Community-Journalismus – Correctiv, 2022: *bjvlink.de/lust-lokal*

Stars4Media: Medienaustausch-Programm der EU: *stars4media.eu*

Media Lab Bayern: Weiterbildungen und Förderprogramme: *media-lab.de*

Correctiv.lokal-Konferenz vom 26. bis 28. April in Erfurt: *correctiv.org/lokal*

In der Serie „Der BJV-Newcomer/Die BJV-Newcomerin“ stellen wir neue Verbandskolleg*innen vor, die uns als spannende, kreative und mutige Talente auffallen. Sie haben Tipps? Wir freuen uns auf Empfehlungen!

Malte Krasting

49 Jahre, Musikwissenschaftler, Dramaturg und Autor, BJV-Mitglied seit Dezember 2023

Foto: Wilfried Hösl

Ausbildung und berufliche Stationen: Studium der Musikwissenschaft in Hamburg und Berlin. Engagements am Meininger Theater, an der Komischen Oper Berlin und der Oper Frankfurt. Seit 2013 Dramaturg an der Bayerischen Staatsoper. Dozent an der Bayerischen Theaterakademie August Everding und an der Universität Mozarteum Salzburg. In der Buchreihe „Opernführer kompakt“ Veröffentlichung einer Einführung zu „Così fan tutte“. Autor von Einführungstexten, Redakteur von Programmbüchern und Moderator.

Deshalb ähnelt sich die Arbeit von Dramaturg*innen und Journalist*innen: Dramaturgen fassen komplexe Sachverhalte für verschiedene Zielgruppen zusammen. Die Arbeit zielt nicht nur auf die Öffentlichkeit, sondern auch in das Innere eines Theaterbetriebs in der Erklärung, warum wir ein bestimmtes Stück spielen und welche Ideen dahinterstehen. In der Konzipierungsphase sind wir Rechercheure sowie Ideengeber fürs Regieteam und in der Probenphase die ersten Kritiker. Gleichzeitig bereiten wir Texte vor für Kanäle wie Website, Theaterzeitung, Magazine oder Gastbeiträge. Wir erarbeiten unsere eigenen Programmbücher. Für die Produktion „Krieg und Frieden“ habe ich zum Beispiel mit dem russischen Philosophen und Historiker Boris Groys ein großes Interview geführt. Und: Wir halten Einführungsvorträge, planen Einführungsmatineen, moderieren und kommen mit dem Publikum zusammen, um zu reflektieren.

So kamen Sie zum Journalismus: Als ich anfing, Musikwissenschaft zu studieren, machte ich bei der Lokalzeitung *Harburger Anzeigen und Nachrichten* ein Praktikum, und schon nach einer Woche schickte mich der Redakteur zu einem ersten Kirchenkonzert. Für das Schallplattenmagazin *Fono Forum* habe ich Klavier-CDs rezensiert. Um die 300 Konzert- und Opernkritiken kamen über die Jahre sicher zusammen. Ich besuchte ein Seminar der Bertelsmann-Stiftung zur Fortbildung junger Musikkritiker und lernte hier Branchengrößen wie Hans-Klaus Jungheinrich kennen. Ein anderer Teilnehmer wurde danach Redakteur für Neue Musik beim *WDR* und beauftragte mich mit Sendemanuskripten. Je mehr ich mit Künstlern zu tun hatte, desto mehr wuchs allerdings auch mein Respekt vor der Kulturkritik und der Verantwortung als Musikkritiker. Gleichzeitig wird man unduldsamer bei Mittelmaß oder Schludrigkeit.

Hier findet man Ihre Veröffentlichungen heute: Durch meine Arbeit für die Berliner Philharmoniker und Kirill Petrenko kam ich in ganz andere Umlaufbahnen und werde verstärkt auch von anderen größeren Musikinstitutionen angefragt. Sie finden Texte von mir natürlich in vielen Publikationen der Bayerischen Staatsoper und in Programmheften sowie dem Magazin der Berliner Philharmoniker. Ich habe zum Beispiel Essays fürs Gürzenich Orchester Köln, das Lucerne Festival und das Festspielhaus Baden-Baden geschrieben, auch die Osterfestspiele Salzburg und die Elbphilharmonie Hamburg haben Texte von mir veröffentlicht.

Ihr Autoren-Meisterstück: Der „Opernführer kompakt“ zu „Cosi fan tutte“ hat mich zumindest lange beschäftigt. Er ist mit 130 Seiten zwar schlank, war aber arbeitsintensiv, obwohl ich diese Oper schon ganz gut kannte. Viel Echo habe ich bekommen auf einen Essay im Magazin der Berliner Philharmoniker über den ungarischen Komponisten György Ligeti, und mein Text über die Wiener Kaffeehäuser zum Silvesterkonzert 2022 war hoffentlich ein wenig amüsant.

Dahin wollen Sie beruflich: Im Prinzip bin ich glücklich in meiner wahnsinnig speziellen Nische, die ich gefunden habe. Ich bin im Moment hauptsächlich am Theater beschäftigt, wir haben aber ein Gentlemen's Agreement, so dass ich auch für Kirill Petrenko arbeiten kann. Der freiberufliche Part ist in den letzten vier Jahren aber deutlich gewachsen. Eine Alternative zur Anstellung wäre sicher die vollständige Freiberuflichkeit.

Für die BJV-Mitgliedschaft spricht: Ich bin froh über die Aussicht auf ein Netzwerk mit vielen Leuten, die sich in meinem Beruf auskennen und die ich im Ernstfall fragen kann. Und ich bin sehr gespannt auf den Austausch, der sich hoffentlich ergibt.

Michaela Schneider

Die Medienprofis von morgen

Am 11. April findet erstmals „Press Ahead – Das Volo-Camp des BJV“ in München statt

Von Benedikt Frank

Der BJV möchte Volontär*innen, Auszubildende und journalistische Newcomer*innen aus ganz Bayern zusammenbringen. Er möchte ihnen die Möglichkeit geben, Kontakte jenseits ihrer Ausbildungsredaktionen zu knüpfen, über den Tellerrand der eigenen Mediengattung hinauszuschauen, und Erfahrungen zu sammeln, die noch nicht in jedem Ausbildungsplan verankert sind. Und er möchte die Ausbilder*innen mit ins Boot holen, denn ihre wichtige Aufgabe liegt darin, die nächste Generation der Journalist*innen auf den anspruchsvollen Beruf vorzubereiten.

So lauteten in etwa die Gedanken, die vor rund einem Jahr zum ersten Mal laut gedacht und diskutiert wurden. Damals angestoßen von Michael Busch, selbst Ausbilder beim *Fränkischen Tag* und bis Juni 2023 BJV-Vorsitzender, ist es am 11. April nun so weit: Mit „Press Ahead – Das Volo-Camp des BJV“ startet der BJV ein neues Veranstaltungs-Format, das den journalistischen Nachwuchs im Blick hat. Entwickeln soll sich das Format zu einem Branchentreffen der Medienprofis von morgen. Ziel ist es, als Gewerkschaft und Berufsverband mit zukünftigen Journalist*innen und allen, die sie bei den ersten Schritten auf ihrem Karriereweg begleiten, ins Gespräch kommen, um dem Netzwerkgedanken des BJV früh gerecht zu werden.

Nachwuchsprobleme angehen

In den Räumen der Katholischen Akademie München ist ein reiches Programm geplant, das die Zukunftsthemen der Journalismus-Ausbildung thematisiert und jede Menge Workshops für Volos und Auszubildende beinhaltet. Die Keynote hält Dirk von Gehlen, Director Think Tank am *SZ*-Institut der *Süddeutschen Zeitung*. Auf der Ausbilder-Schiene wird der Chefredakteur von *watson.de,* Sven Thissen seine Beobachtungen über die Generation Z teilen, die ihn regelmäßig auch in seinen Kolumnen beschäftigen. Neben der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien konnte die Initiative „Start Into Media“ der Medien.Bayern GmbH als Partner gewonnen werden. Letztere stellt eine neue Datenbank für Ausbilder*innen vor.

Die meisten Themen werden diskursiv angegangen. Wie die Ausbildung auch für junge Menschen attraktiv wird, die bisher im Journalismus unterrepräsentierten Gruppen angehören, davon handelt eine Diskussionsrunde zum Schlagwort Diversity Recruiting. Eine andere geht der Frage nach, wie insbesondere der Lokaljournalismus seine Nachwuchsprobleme lösen kann. Die dritten Runde stellt Strategien vor, wie sich der Erhalt der psychischen Gesundheit in der Ausbildung verankern lässt, damit der Traumberuf Journalismus nicht im Burnout endet.

Zu letzterem Thema wird es darum auch auf der Volo-Schiene einen Workshop geben, Expertise steuert das Dart Center for Journalism and Trauma Europe bei. Auch die anderen Workshops für die Auszubildenden setzen auf unmittelbar praktische Erfahrungen in kleinen Gruppen, die sie direkt im Redaktionsalltag anwenden können. Crashkurse zum Texten, Podcasten, Fotografieren und Social Media laden zum Austausch der verschiedenen Gewerke ein. Weiter geht es um journalistische Genres: um investigative Arbeit, Daten- und Klimajournalismus, um konstruktiven Journalismus und Diversität im Lokalen.

Die zertifizierte KI-Trainerin Barbara Weidmann verrät ihre Tricks zum Thema der Stunde, generative künstliche Intelligenz, bevor das Gelernte im KI-Battle spielerisch ausprobiert werden kann. Weiter wird es um die Frage „Volo fertig – und dann?“ gehen. Beim Volo-Speeddating können sich die Auszubildenden verschiedener Medienhäuser kennenlernen, um sich über ihre Situation auszutauschen oder auch einen ersten Schritt in Richtung gemeinsame Recherchen zu gehen.

Das vollständige Programm und Hinweise zur Anmeldung sind demnächst unter *bjv.de/press-ahead* zu finden.

WANTED

Die aktuell fünfköpfige Orga-Gruppe sucht nach Helfer*innen, die unter anderem bei der Bewerbung der Veranstaltung, bei der Betreuung von Referent*innen und den Abläufen vor Ort unterstützen. Interessierte können sich per Mail melden unter *frank@bjv.de*.

Endlich mehr Freiheit für Medien in Europa

Eine BJV-Gruppe verfolgte die Debatte um den Media Freedom Act in Straßburg

Von Maria Goblirsch

Dürfen Journalist*innen aus Gründen der nationalen Sicherheit ausspioniert werden, um an ihre Quellen zu gelangen? Und soll es im Gesetz zur Medienfreiheit in Europa („European Media Freedom Act", EMFA) eine Ausnahmeklausel geben, die es den Mitgliedstaaten erlaubt, den Quellenschutz zu unterlaufen und vertrauliche Kommunikationen zu überwachen?

Diese Fragen waren der Knackpunkt der über Monate laufenden Verhandlungen über ein neues Medienfreiheitsgesetz im Europäischen Parlament. Eine BJV-Gruppe war im Oktober 2023 vor Ort, als der Rechtsakt in Straßburg schließlich mit 448 zu 102 Stimmen bei 75 Enthaltungen angenommen wurde – ohne pauschale Ausnahmeregelung zu Gunsten der nationalen Sicherheit. Medien in allen Mitgliedsländern sollen frei berichten und Regierungen und ihr politisches Handeln unter Kontrolle halten können. Die EU-Staaten sollen die Medien künftig davor schützen, von Regierung, Wirtschaft oder Privatpersonen beeinflusst zu werden.

In einem Hintergrundgespräch erhielten die bayerischen Journalist*innen von der Parlamentarierin Sabine Verheyen (CDU/EVP) Informationen aus erster Hand zur Debatte um mehr Informationsfreiheit in Europa. Die Berichterstatterin zum EMFA im federführenden CULT-Ausschuss (für Kultur und Bildung) betonte gegenüber dem *BJVreport*, es sei wichtig gewesen, mit der Verordnung Journalist*innen in ihrer Arbeit effektiv vor Eingriffen zu schützen. „Gleichzeitig können wir niemandem einen allumfassenden Freifahrtschein ausstellen", so Sabine Verheyen.

Das spiegelt sich in der Endfassung des Gesetzes wider. Spähprogramme sind nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht komplett verboten. Aber sie „dürfen nur als letztes Mittel und in Einzelfällen eingesetzt werden, wenn eine unabhängige Justizbehörde dies im Zuge von Ermittlungen zu schweren Verbrechen wie Terrorismus oder Menschenhandel anordnet", heißt es in einer Pressemitteilung des Europäischen Parlaments (*bjvlink.de/medienfreiheitsgesetz*).

In einem Hintergrundgespräch erhielt eine BJV-Abordnung von der Parlamentarierin Sabine Verheyen Informationen aus erster Hand zur Debatte um mehr Informationsfreiheit in Europa. Foto: Jana Islinger

Nach Einschätzung der deutschen Medienstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) führt die verbleibende Formulierung im EU-Mediengesetz nicht zu einer verstärkten Überwachung von Medienhäusern hierzulande. „Das Gesetz ermöglicht keine Überwachungsmaßnahmen, es regelt, wann diese verboten sind", erklärte sie gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Die ohnehin strengeren deutschen Regeln würden nicht tangiert. „Unsere Schutzstandards bleiben unangetastet."

Besitzen Staat und Politiker Medienhäuser?

Um die Unabhängigkeit der Medien bewerten zu können, will das Parlament außerdem alle Medien, auch Kleinstunternehmen, verpflichten, Informationen über ihre Eigentumsverhältnisse zu veröffentlichen. Die Medien, darunter auch Online-Plattformen und Suchmaschinen, sollen Bericht darüber erstatten, wie viel Einnahmen sie aus stattlicher Werbung erzielen und inwieweit sie staatlich finanziert werden – auch von Staaten außerhalb der EU.

Auf Kritik des DJV stieß eine weitere Regelung des EMFA. Es ging dabei um die Frage, inwieweit die Art, wie große Online-Plattformen Inhalte moderieren, die Medienfreiheit einschränkt. Konkret: Ob und unter welchen Umständen Facebook & Co. Accounts von Journalist*innen sperren oder löschen dürfen, weil sie angeblich nicht mit ihren AGB vereinbar sind. Oder ob sie die Verbreitung von Nachrichten beschränken dürfen, weil sie nach ihrer Auffassung unangemessen, unsittlich oder als „Fake News" einzustufen sind.

Nun soll nach dem MFA den Medien künftig mitgeteilt werden, dass eine Plattform beabsichtigt, ihre Inhalte zu löschen oder einzuschränken. Sie sollen dann 24 Stunden Zeit haben, auf diese Mitteilung zu reagieren. „Ist die Plattform nach Ablauf dieser Frist immer noch der Meinung, dass der Medieninhalt nicht mit ihren Bedingungen vereinbar ist, darf sie mit der Löschung, Einschränkung oder Verweisung des Falls an die Regulierungsbehörden der Mitgliedsstaaten fortfahren", so die Erklärung des Parlaments gegenüber der Presse. Umgekehrt dürfe der Medienanbieter den Fall vor eine außergerichtliche Schlichtungsstelle bringen, wenn er der Ansicht sei, dass durch die Sperrung oder Löschung die Pressefreiheit verletzt sei.

Die Mitgliedstaaten müssen nach einer anderen Regelung im Gesetz dafür sorgen, dass öffentlich-rechtliche Medien im Rahmen von Mehrjahreshaushalten angemessen, tragfähig und vorhersehbar finanziert werden. Damit Medien nicht von staatlicher Werbung abhängen, schlägt das Parlament eine Obergrenze für staatliche Werbung bei einem einzelnen Medienanbieter, einer Online-Plattform oder einer Suchmaschine vor (15 Prozent des gesamten Werbebudgets). Die Abgeordneten wollen zudem, dass die Kriterien für die Zuweisung öffentlicher Mittel an Medienanbieter öffentlich zugänglich sind.

Im Trilog zum europäischen Medienfreiheitsgesetz einigten sich das Parlament und der Europarat im Dezember 2023. Nun müssen der Ministerrat und das EU-Parlament dem Kompromiss noch zustimmen. Dies gilt als Formsache. Das Parlament plant diese Abstimmung für März 2024.

Unsere Tipps

Der KI-Tipp

Schnell und einfach Dokumente auswerten

Seit 2018 entwickelt die Google News Initiative Ressourcen und Werkzeuge für die journalistische Arbeit. Mit „Google Pinpoint“ gibt sie ein praktisches Such- und Analyse-Tool für Dokumente an die Hand. Auch in großer Zahl. Mit ordentlich KI unter der Haube unterstützt Pinpoint die Auswertung verschiedenster Text- und Tabellendokumente, PDFs, E-Mails (EML) und E-Mail-Archive (MBOX), Webseiten (HTML), Bilder und Fotos. Audio- und Videodateien können ebenfalls hochgeladen und in Windeseile transkribiert werden.

Pinpoint ist primär für die Analyse solch unstrukturierter Daten konzipiert, kann aber bei Eingabe strukturierter Datensätze (wie beispielsweise Formulare, Statistiken oder Steuerunterlagen) darin enthaltene Informationen erkennen, extrahieren und neu und übersichtlich aggregieren.

Selbstredend ist das keine Lösung für hochsensible und vertrauliche Unterlagen. Sammlungen lassen sich immerhin privat anlegen, aber auch veröffentlichen. So dürfen wir im „Entdecken“-Bereich auch mal in die Arbeit von AP, der *New York Times*, der *Washington Post* oder *Le Figaro* spicken. *Barbara Weidmann*

Der Buchtipp

Wissen, wie das Web tickt

Schreiben Sie noch journalistische Inhalte, oder generieren Sie schon Content? Nutzer*innen haben ihr Verhalten geändert. In der Ära von „Online und Mobile First“ braucht es frische und vor allem aufmerksamkeitsstarke Wege, um Geschichten zu erzählen. Multimedialität, Interaktion, SEO, Monetarisierung – die Herausforderungen sind mannigfach und haben die neue Gattung der Content Creators hervorgebracht.

Autorin Bianca Fritz wechselte mehrmals die Seiten. Sie ist klassisch ausgebildete Journalistin und hat in der Werbebranche gearbeitet. Inzwischen coacht sie Creators. Ihr Ziel: Interesse wecken, höhere Sichtbarkeit und Reichweite erzielen, die Verweildauer verlängern. Kurz: Inhalte so aufbereiten, dass sie wirklich ankommen. Auch redaktionelle Beiträge brauchen das. Beide Seiten können einiges voneinander lernen.

Fritz beleuchtet in ihrem Werk „Content Matters“ die Unterschiede zwischen redaktionellen und werblichen Beiträgen, gibt Tipps für die Content-Planung, hilft unerwartete Zugänge zu Themen zu finden, Inhalte mehrfach zu verwerten und an verschiedene Plattformen anzupassen. Long-, Short- oder Mikro-Storytelling im richtigen Format an der richtigen Stelle. Zwar dürfte Journalist*innen vieles wohlbekannt sein. Das Buch ist dennoch eine nützliche Hilfe für alle, die sicher durch das komplizierte Terrain navigieren möchten oder plötzlich gezwungen sind, sich selbst zu vermarkten. *Barbara Weidmann*

Bianca Fritz: Content Matters. Rheinwerk Computing Bonn, 2023, 290 Seiten, 29,90 EUR, ISBN 978-3-8362-9344-0

Der Techniktipp

Anmeldung am Computer ohne Passwort

Microsoft bietet auf Windows-Computern neben dem Passwort weitere Möglichkeiten, sich einzuloggen: Per PIN, Gesichtsscan oder Fingerabdruck geht‘s auch. Die Technik dahinter heißt „Windows Hello“. Während für die PIN keine Voraussetzungen erfüllt sein müssen, braucht es für Gesichts- oder Fingerabdruckscan eine geeignete Webcam oder einen Leser. Surface-Geräte von Microsoft selbst haben eine passende Kamera bereits eingebaut, zum Nachrüsten gibt es etwa die „Logitech Brio 4K mit Windows Hello“ (ab 130 Euro) oder die „DELL UltraSharp“ für um die 150 Euro, die sich besonders gut für Videokonferenzen eignet. Es geht aber auch deutlich günstiger. Lenovo verkauft seine Webcam „Performance FHD“ für um die 50 Euro und liefert ebenso die Windows-Hello-Funktion mit. Manche Notebooks verfügen über einen Fingerabdruckscanner. Auch dieser lässt sich für die Anmeldung mit Windows Hello verwenden. Nachrüsten ist hier nicht so einfach, da es immer weniger externe Geräte gibt. Eine Option: Der „FeinTech USB Fingerabdruck-Sensor“ für um die 30 Euro wird einfach in eine freie USB-Schnittstelle gesteckt. Die Optionen lassen sich auch kombinieren – so kann zum Beispiel am Schreibtisch die Webcam die Anmeldung übernehmen. Ist der Laptop nicht dort, erfolgt ersatzweise eine PIN-Eingabe.

Johannes Michel

Selbstständige Mitarbeit nur zum Schein?

Landessozialgericht Darmstadt: Pressefreiheit gilt als Indiz für Abgrenzung

Von Maria Goblirsch

Werden Redakteur*innen durch billigere Freie ersetzt, die für ein Pauschalhonorar arbeiten, sparen die Verlage erst einmal viel Geld. Doch übernehmen diese freien Mitarbeiter*innen die gleichen Aufgaben wie Festangestellte, liegt der Verdacht nahe, dass sie „scheinselbstständig" sind. Eine solche Selbstständigkeit „nur zum Schein" kann für Verlage wie für Freie teuer werden. Denn für eine abhängige Beschäftigung wären Sozialabgaben zu entrichten gewesen – und Lohnsteuer, die nachzuzahlen wäre.

Freie Mitarbeiter*innen oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, lautet die entscheidende Frage, bei der es immer auf die Konstellation im einzelnen Fall ankommt. Dazu hat das Hessische Landessozialgericht in Darmstadt entschieden, dass Verlage das Recht haben, Aufträge bevorzugt an freie Journalist*innen zu vergeben (Urteil vom 28.3.2023, Az.: L 8 BA 52/19). Dies spreche dafür, dass es sich um eine selbstständige Tätigkeit und nicht um eine Festanstellung handelt.

Der Fall: Ein 1967 geborener Journalist aus Frankfurt war zunächst mehrere Jahre als Redakteur angestellt, sein Vertrag sah eine Arbeitszeit von 40 Stunden und ein Gehalt in Höhe von 3200 Euro brutto vor. Nachdem mehrere Zeitschriften des Verlags eingestellt worden waren, schloss dieser mit seinem bisherigen Angestellten einen Vertrag über freie Mitarbeit. Der Journalist sollte für ein alle zwei Monate erscheinendes Magazin Beiträge liefern und dafür ein Pauschalhonorar in Höhe von 2800 Euro monatlich erhalten.

> **„Die Pressefreiheit ist bei Feststellung des Status zu berücksichtigen."**
> Hessisches Landessozialgericht

Der hessische Verlag beantragte, um sicherzugehen, die Feststellung des Status einer selbsttätigen Tätigkeit. Doch die Deutsche Rentenversicherung (DRV) entschied in dem Fall, dass der freie Redakteur aufgrund des von Anzahl und Umfang der Texte unabhängigen Pauschalhonorars weiterhin abhängig beschäftigt sei. Für eine selbstständige Tätigkeit fehle es am eigenen wirtschaftlichen Risiko.

Dagegen klagten der Journalist und sein Verlag vor dem Sozialgericht, zunächst vergeblich. Doch in der zweiten Instanz vor dem hessischen Landesozialgericht bekamen sie Recht. Die Richter hoben das Urteil der ersten Instanz auf und stellten fest, dass die neue Tätigkeit des Pauschalisten nicht sozialversicherungspflichtig sei.

„Im Bereich der Presse werden redaktionelle Beiträge weit verbreitet durch freie Mitarbeiter erbracht, die nicht bei den betreffenden Zeitschriften beziehungsweise Verlagen angestellt sind, sondern ihre redaktionellen Beiträge auf der Grundlage einer selbstständigen Tätigkeit an diese veräußern", heißt es in der Entscheidung. Das Gericht verweist dazu auf eine Statistik des Bundeswirtschaftsministeriums, nach welcher der Bereich der Presse einen Anteil von mehr als 50 Prozent „Solo-Selbstständigkeiten" ausweist.

Die redaktionelle Tätigkeit eines Journalisten/einer Journalistin könne sowohl im Rahmen einer abhängigen Beschäftigung wie auch als Selbstständige*r ausgeübt werden, heißt es in dem Urteil. Bei der Feststellung des sozialversicherungsrechtlichen Status sei die in Artikel 5 des Grundgesetzes geschützte Pressefreiheit zu berücksichtigen. Diese Pressefreiheit umfasse das Recht der Verlage, anstelle von Festanstellungen in der Redaktion Aufträge an freie Mitarbeiter*innen zu vergeben. Ein weiteres Indiz für eine freie Tätigkeit des Klägers sei, dass er abgesehen von Abgabeterminen „weitgehend weisungsfrei" und überwiegend in eigenen Räumlichkeiten arbeite.

Wie so oft kommt es im Alltag auf die Konstellation im einzelnen Fall an. Eine einfache Checkliste, nach der sich die Scheinselbstständigkeit feststellen lässt, gibt es nicht. Allerding haben das Bundesarbeitsgericht (BAG) und das Bundessozialgericht (BSG) Kriterien dazu erarbeitet. Dabei stellt die Rechtsprechung weniger auf den Vertragstext als auf die „gelebte Praxis" ab. Auf die Zahl der Auftraggeber kommt es bei der Abwägung nicht an. Auch, wer nur für einen Auftraggeber arbeitet, ist nach dem Sozialversicherungsrecht nicht automatisch scheinselbstständig.

Als Faustregel gilt: Je mehr Umstände bei der Erledigung eines Auftrags denen ähneln, die für einen Arbeitnehmer typisch sind, umso größer ist das Risiko einer Scheinselbstständigkeit. Dagegen sprechen für eine „echte" freie Tätigkeit: Die Erbringung von Leistungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung, die Bezahlung nach Rechnungstellung und ein eigenes Unternehmens- und Haftungsrisiko für die erbrachte Dienstleistung. Weitere Indizien sind eigene Geschäftsräume (anstelle eines Arbeitsplatzes in der Redaktion), der Einsatz von Eigenkapital und eigenen Arbeitsmitteln sowie die freie Gestaltung von Arbeitsorganisation, Arbeitsablauf und -zeit und eine eigene Kundenakquise.

Weitere Fragen: Darf man als Freie oder Freier in der Praxis entscheiden, wann, wo und in welchem Umfang ein Auftrag erledigt wird? Kann man Termine aussuchen oder ablehnen? Oder ist man – was für ein abhängiges Verhältnis spräche – organisatorisch in den Betriebsablauf eingebunden, hat einen festen Arbeitsplatz im Betrieb (mit eigener Redaktions-Mail, Telefonnummer etc.) und einen festen Redaktionsplan mit Schichten und Sonntagsdiensten? Bekommt man Urlaubsgeld, feste Urlaubszeiten und die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall?

KSK-Mitgliedschaft als Indiz

Als Indiz gegen eine Scheinselbstständigkeit spricht übrigens auch die Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse (KSK), die ja beim Eintritt die Bedingungen prüft. Diese Entscheidung bindet in gewisser Weise auch die Deutsche Rentenversicherung. Dagegen gilt das Homeoffice allein nicht als ausreichendes Indiz, da dies auch für Angestellte möglich und üblich ist.

BJV-Mitglieder können sich gebührenfrei Rat von den Experten des BJV-Justiziariats holen. Terminvereinbarungen sind über die BJV-Geschäftsstelle möglich.

Die Autorin
Maria Goblirsch ist Juristin und freie Journalistin mit Schwerpunkt Medienrecht und Medienpolitik.
@MariaGoblirsch; goblirsch@bjv.de

Foto: Thomas Geiger

„Das ist ein Riesenschritt für mehr Sichtbarkeit“

Noch nie hat jemand im deutschen Fernsehen die Nachrichten im Rollstuhl präsentiert. Mirjam Kottmann macht jetzt den Anfang bei „BR24“.

Von Senta Krasser

Seit der Faschingswoche ist Mirjam Kottmann regelmäßig als Moderatorin bei den früher „Rundschau“ genannten TV-News „BR24“ zu sehen. Sich im Rollstuhl zu zeigen, war auch für sie „ein Prozess“.

Sagen Sie mal, Frau Kottmann, warum gab es in 75 Jahren BR*-Geschichte noch nie eine Nachrichtenmoderatorin im Rollstuhl?*
Mirjam Kottmann: Warum, weiß ich nicht. Vielleicht gibt es nicht so viele Journalisten, die im Rollstuhl sitzen und gerne moderieren wollen. Oder es hat sich bislang keiner getraut. Auf jeden Fall gab es so jemanden wie mich im gesamten deutschen Fernsehen noch nicht. Insofern erfüllt es mich mit Stolz und Freude, dass ich es als erste geschafft habe. Das ist gelebte Inklusion! Es war allerdings ein langer Weg.

Was war die größte Barriere: das Stehpult im „BR24“-Studio oder das Mindset im Sender?
Es war noch nicht in den Köpfen drin, dass auch jemand im Rollstuhl die Nachrichten präsentieren kann. Stattdessen kamen Fragen wie: „Wie willst du sitzend hinter dem Tisch hervorschauen?“ Das ist doch kein Hexenwerk, es gibt immer technische Lösungen!

Wie sieht Ihre aus?
Ich habe mir einen Spezialrollstuhl angeschafft, dessen Sitzfläche ich ohne Hilfe nach oben fahren kann, sodass ich ungefähr auf 1,75 Meter Augenhöhe komme. Zum Glück übernimmt meine Rentenversicherung die Kosten für diesen teuren Stuhl, der für mich angefertigt wurde.

Mit welchem ultimativen Argument konnten Sie Ihre Zweifler überzeugen?
Ich glaube, dass ich es einfach gut kann und eine gewisse Präsenz vor der Kamera habe. Ich arbeite seit 1997 als Reporterin für den *BR*. Irgendwann fragte ich mich: Warum präsentierst du die Nachrichten, die du schon so viele Jahre produzierst, nicht auch mal selbst im TV-Studio? Im vergangenen Sommer bekam ich schließlich ein Casting, was gut lief. Daraufhin sagte mein Chef, Andreas Bachmann: „So, jetzt machen wir Nägel mit Köpfen, du moderiest mal eine ganze Woche die 16-Uhr-Ausgabe von „BR24.“ Das war im vorigen November. Er hat an mich geglaubt. Und ich habe ihm versprochen, dass ich ihn nicht enttäusche. Chefredakteur Christian Nitsche und Informationsdirektor Thomas Hinrichs haben dann nach dieser Probewoche entschieden, dass ich regelmäßig die Nachrichten moderieren soll.

Moderationsunerfahren waren Sie bis dato nicht.
2018 gab mir *ARD alpha* die Chance, Teil des Moderationsteams von „alpha-demokratie“ zu werden, einer, wie ich finde, einzigartigen Sendung, die leider Ende 2023 abgesetzt wurde.

Schon da moderierten Sie im Rollstuhl?
Ja, wobei zuerst die Idee war, dass ich mich am Stehtisch auf einen Hochstuhl setze. Konzept der Sendung war, dass Moderator und Gäste stehen. Ich fühlte mich aber sehr unsicher auf dem Stuhl. Eine halbstündige Sendung, live, ohne Teleprompter, hochkomplexe Themen – da konnte ich mich nicht auch noch darauf konzentrieren, nicht vom Stuhl zu fallen. Die Redaktion war ganz wunderbar und sagte: „Ist doch wurscht, dann zeigen wir dich halt im Rollstuhl!“ Sie baute mir ein Podest mit Rampe. So konnte ich die Sendung sicher moderieren. Hilde Stadler in der Auslandsredaktion ermutige mich dann, auch Magazine wie „Euroblick“ zu moderieren.

Ihnen war es auch wurscht, sich im Rollstuhl zu zeigen?
Es war ein Prozess. Als ich beim *BR* anfing, war ich kerngesund. Rasende Reporterin war mein Traumberuf. Wenn irgendwo was passierte, wurde ich losgeschickt. „Mirjam, du bist live eine Bank“, wurde mir im-

Bei der *BBC* ist es selbstverständlich, dass Moderatoren, ob männlich oder weiblich, mit Rollator durchs Studio laufen oder im Rollstuhl sitzen. Wenn das in England geht, dachte sich die *BR*-Reporterin Mirjam Kottmann, warum sollte es nicht auch bei uns gehen? „Das hat mich motiviert“, sagt sie. „Ich bin ohnehin der Typ, der sagt: Geht nicht, gibt’s nicht.“
Foto: *BR*/Vera Johannsen

... Frau Kottmann

Mirjam Kottmann
wurde 1974 in München geboren. Sie absolvierte ein einjähriges Praktikum beim *Regionalfernsehen Rosenheim* und dem *SDR* (heute *SWR*), bevor sie Diplom-Journalismus an der LMU zu studieren begann. Nebenher arbeitete sie frei für die *Süddeutsche Zeitung* und dpa. Nach dem Praktikum beim *Bayerischen Rundfunk* blieb sie dort und wurde freie Reporterin in der Aktualität. Bei *ARD alpha* sammelte sie seit 2018 erste Erfahrung als Moderatorin in Gesprächsformaten. Seit 2022 ist sie immer mal wieder in den *BR*-Sendungen „Alpen, Donau, Adria" und „Euroblick" als Vertretung von Daniela Dinandt bzw. Natalie Amiri zu sehen. Im November 2023 hatte sie ihren Einstand als Nachrichtenmoderatorin bei „BR24". Foto: *BR*/Vera Johannsen

mer wieder gesagt. Ende 1998 erfuhr ich dann, dass ich an Multipler Sklerose erkrankt bin. Ich habe es lange niemandem im *BR* gesagt.

Warum nicht?
Weil ich Angst hatte. In der Neuerkranktengruppe der MS-Gesellschaft bekamen wir den Rat: „Sagt es ja nicht eurem Arbeitgeber, sonst werdet ihr aufs Abstellgleis gestellt mit dem Argument, dass Stress nicht guttut und es deshalb besser wäre, kürzerzutreten." Mich schonen? Keine spannenden Geschichten mehr, wo es hektisch zugeht? Ich hatte doch grad erst im Beruf angefangen! Also schwieg ich. Hatte ich einen Schub, meldete ich mich krank wegen Grippe. Nach einigen Cortison-Infusionen ging ich zurück in die Arbeit, als wäre nichts Besonderes gewesen. Ich konnte ja auch noch jahrelang laufen. Als Papst Johannes Paul II. im Sterben lag, war ich in Rom und berichtete live unter anderem für die „Tagesschau".

Aber irgendwann ging das nicht mehr.
Ja, die Krankheit schritt voran, die Beine wurden schlechter. Ich konnte das Hinken nicht mehr mit einem Skiunfall erklären. Also schenkte ich meinem damaligen Chef, dem Leiter der Redaktion Aktuelles und Landesberichte, Peter Mader, reinen Wein ein.

Wie änderte sich das Arbeitsverhältnis?
Die Redaktion kam mir sehr entgegen. Obwohl ich nur freie Mitarbeiterin war, durfte ich direkt auf dem *BR*-Gelände in Freimann parken, damit ich nicht mehr weit laufen musste. Und ich bekam, auf meinen Wunsch, mehr Schichten im Innendienst. Das war eine Umstellung für mich, die mich auch geschmerzt hat. Denn die Reporterin, die rausgeht und mit Leuten spricht, das ist eigentlich mein Wesen. Ich musste erst lernen und akzeptieren, dass da eine Krankheit ist, die mich bremst, und dass ich andere Akzente setzen muss.

Aus der rasenden wurde eine rollende Reporterin.
Schöner Ausdruck, richtig. Viele Live-Geschichten bekomme ich zwar nicht mehr, aber ich bin doch noch als Tagesreporterin im Einsatz. Anfangs hatte ich Hemmungen als rollende Reporterin. Ich weiß noch, dass ich vor einer „Tagesschau"-Schalte mit dem Team überlegte, wie man mich am besten positioniert und filmt, damit der Rollstuhl ja nicht zu sehen ist. Das war, als ich von der Gerichtsverhandlung über das Zugunglück in Bad Aibling berichtete. Ich wollte nicht, dass man meine Einschränkung sieht. Irgendwann dachte ich: Ist doch egal.

Schwang die Sorge mit, das Publikum könnte sich vom Rollstuhl ablenken lassen, sogar verschreckt abwenden? Sie arbeiten in einer auf Äußerlichkeiten fixierten Branche. Jeder Makel wird kommentiert.
Nein, wer soll schon was dagegen haben? Was ist an einem Rollstuhl schlimm? Ganz im Gegenteil. Als ich bei *ARD alpha* anfing, schrieben Zuschauer aus ganz Deutschland: „Super, wir wollen mehr von Ihnen sehen." Die bewegendste Zuschrift bekam ich nach einer on-Reportage für das *ARD*-„Morgenmagazin" von einer Schülerin: Sie habe vor Glück geweint, als sie mich im Fernsehen sah, weil sie jetzt wisse, dass auch sie diesen Beruf ergreifen könnte, trotz ihrer Einschränkung. Das hat mich sehr berührt. Und es ist großartig, wenn ich anderen Menschen Mut machen kann!

An welchen Vorbildern haben Sie sich orientiert?
Na ja, es gibt ja hierzulande keine. Meine beste Freundin lebt in London und erzählte mir von Moderatoren bei der *BBC*, die mit Rollator durchs Studio laufen oder im Rollstuhl sitzen. Das ist dort völlig selbstverständlich. Wenn das in England geht, dachte ich, warum sollte es nicht auch bei uns gehen? Das hat mich motiviert. Ich bin ohnehin der Typ, der sagt: Geht nicht, gibt's nicht.

Paradoxerweise wurde in den Anfängen des deutschen Nachrichtenfernsehens gesessen. Irgendwann setzte sich das Stehen durch. Als man 2015 zum ersten Mal die Beine der „Tagesschau"-Sprecher zu sehen bekam, war das Aha sehr groß ...
Stimmt, ich erinnere mich.

Im Stehen ist das Atmen und Sprechen einfacher, die Moderation wirkt dynamischer und lockerer. Wie machen Sie dieses Manko wett?
Indem ich alles dafür tue, dass ich möglichst fit bleibe. Ich mache seit Jahren Atemübungen und arbeite mithilfe von Physiotherapie daran, mein Lungenvolumen zu erhalten und die Muskulatur zu lockern. Ich muss sicher viel mehr Zeit und Training aufwenden als Kollegen ohne Einschränkung. Aber das ist es mir absolut wert. Ich wollte nie frühverrentet werden, sondern weiter in diesem Beruf arbeiten und Teil der Gesellschaft sein.

Was hat die Debatte über Diversität und Inklusion aus Ihrer Sicht bisher gebracht?
Ich sehe im Fernsehen inzwischen sehr viele Menschen mit anderer Hautfarbe oder Migrationshintergrund. Und das ist auch gut so. Aber wo sind bitte die rund acht Millionen Menschen mit einer Einschränkung repräsentiert? Ja, gut, in der *ARD*-Serie „In aller Freundschaft" spielt neuerdings ein Schauspieler im Rollstuhl einen Rollstuhl fahrenden Arzt. Aber das ist Fiktion. Dass ich jetzt eine Nachrichtensendung moderieren darf, ist ein Riesenschritt für mehr Sichtbarkeit und Normalität. Und was mich besonders freut: Für die allermeisten Zuschauer spielt es keine Rolle, dass ich im Rollstuhl sitze. Für sie zählt nur, dass sie gut informiert werden.

Die Autorin
Senta Krasser arbeitet frei als Medienjournalistin.
@sentakrasser, senta@krasserjournalismus.de
Foto: Enric Mammen

Am **Donnerstag**,
den **11. April 2024**,
09:00-17:30 Uhr
in der
Katholischen
Akademie
München.

Das Branchentreffen der
Medienprofis von morgen.

Für journalistische Volos, Azubis
und Ausbilder*innen.

Workshops, Vorträge und Diskussionen
– über 30 Programmpunkte.

Mehr unter:
bjv.de/press-ahead

Wir danken unseren Sponsoren und Partnern für die Unterstützung.

START INTO MEDIA
BLM Kompetenz stärken. Vertrauen schaffen.
PRESSE-VERSORGUNG
MEDIA LAB BAYERN ANSBACH

BJV
Bayerischer Journalisten-Verband

Anzeige

Medien brauchen Freiheit

Bundesweiter Wettbewerb

Rainer Reichert-Preis zum Internationalen Tag der

Einsendeschluss: 15. April 2024

Eine demokratische Gesellschaft funktioniert nur mit einer freien Presse. Deshalb vergibt der **Bayerische Journalisten-Verband (BJV)** einen Preis zum **Tag der Pressefreiheit 2024**. Ausgezeichnet werden journalistische Werke (Video, Audio, Text/Multimedia), die sich herausragend mit dem Wert der Pressefreiheit auseinandersetzen. Nähere Informationen finden Sie unter: **bjv.de/pressefreiheit2024**

www.bjv.de **facebook.com/bjvde** **twitter.com/bjvde**

Die Stimme der Journalist*innen in Bayern

BJV

Bayerischer Journalisten-Verband e.V.